

perspektive21

BRANDENBURGISCHE HEFTE FÜR WISSENSCHAFT UND POLITIK

WIE WIR DIE ZUKUNFTSAUFGABEN BEWÄLTIGEN

Brandenburg in Bewegung

KLAUS NESS | KLAUS FABER : **Aufstieg für alle**

TOBIAS DÜRR : **Warum Österreich jetzt?**

MATTHIAS PLATZECK : **Brandenburg: Land der Lebenschancen**

JENS BULLERJAHN : **Die Zukunft im Blick**

RITA MÜLLER-HILMER : **Brandenburg im Wandel**

THOMAS KRALINSKI : **Das Echo kommt**

TINA FISCHER : **Verwaltung der Zukunft**

KLAUS-PETER SCHULZE : **Wissenstransfer für die Märkte der Zukunft**

Judith Kerschbaumer
Wolfgang Schroeder (Hrsg.)

Sozialstaat und demographischer Wandel

Herausforderungen
für Arbeitsmarkt und
Sozialversicherung



Brandenburg in Bewegung

Wer über Brandenburgs Zukunft nachdenken will, kommt an zwei Jahreszahlen nicht vorbei: 2019 und 2030. Im Jahr 2019 laufen die Zahlungen aus dem Solidarpakt aus. Spätestens dann muss Brandenburg auf eigenen Füßen stehen und laufen können. Am Ende der Entwicklung wird Brandenburg keinen Etat mehr von 10 Milliarden, sondern von maximal 8 Milliarden Euro haben. Dazu kommt: Für den Zeitraum bis zum Jahr 2030 gibt es jetzt eine Bevölkerungsprognose für alle Städte und Ämter in Brandenburg. Wer diese Studie liest und die Demografiedebatte immer noch für eine neoliberale Zeitgeist-Erscheinung hält, wird ein bitteres Erwachen erleben. Während einige Städte im Berliner Umland in den nächsten 20 Jahren noch einmal deutlich Einwohner gewinnen werden, geht das Schrumpfen und Altern in den von Berlin entfernten Orten dramatisch weiter. In vielen brandenburger Städten, die heute noch unter hoher Arbeitslosigkeit leiden, geht das Arbeitskräftepotential um 40 Prozent zurück. Die Vokabel „Fachkräftemangel“ hat alle Chancen, das Thema der Zukunft zu werden.

Ziel sozialdemokratischer Politik für Brandenburg bleibt es, auch unter sich verändernden Bedingungen mehr Menschen bessere Zukunftschancen zu geben. Der Schlüssel für eine gute individuelle Zukunft liegt in einer guten Bildung. Matthias Platzeck hat sich in einer viel beachteten Rede auf der Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes dieses Themas angenommen. Wir dokumentieren sie in diesem Heft. Der Landesvorstand hat als Konsequenz beschlossen, ein „Schüler-BAföG“ für Kinder aus sozial schwachen Familien in der gymnasialen Oberstufe zu fordern, um mehr Chancengleichheit bei der Bildung herzustellen.

Brandenburgs Zukunft liegt in Europa, besonders in Mittelosteuropa. Matthias Platzeck hat aus diesem Grund eine Reise nach Wien und Niederösterreich unternommen. Zwei Länder, die wie Brandenburg und Berlin an der Nahtstelle der neuen Mitteleuropas liegen. Zwei Länder, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ihre Region konsequent nach Mittelosteuropa ausgerichtet und dadurch einen wirtschaftlichen Aufschwung erreicht haben. Tobias Dürr untersucht in seinem Beitrag das Erfolgsduo Wien und Niederösterreich. Und er zeigt auf, warum auch Brandenburg und Berlin noch stärker in den Osten schauen sollten.

[impressum]

HERAUSGEBER

- SPD-Landesverband Brandenburg
- Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
in Berlin, Brandenburg und Mecklen-
burg-Vorpommern e. V.

REDAKTION

Klaus Ness (V.i.S.d.P.), Thomas Kralinski
(Chefredakteur), Ingo Decker, Dr. Tobias
Dürr, Klaus Faber, Tina Fischer, Klara Gey-
witz, Lars Krumrey, Christian Maaß, Till
Meyer, Dr. Manja Orlowski, John Siegel

ANSCHRIFT

Alleestraße 9
14469 Potsdam
Telefon: 0331/73 09 80 00
Telefax: 0331/73 09 80 60

E-MAIL : Perspektive-21@spd.de

INTERNET : <http://www.perspektive21.de>

GESAMTHERSTELLUNG UND VERTRIEB

weberpress. Daniela Weber
Feuerbachstraße 38, 14471 Potsdam
daniela.weber@potsdam.de

BEZUG

Bestellen Sie Ihr kostenloses Abonnement
direkt beim Herausgeber. Senden Sie uns
eine Mail.

Brandenburg in Bewegung

WIE WIR DIE ZUKUNFTSAUFGABEN BEWÄLTIGEN

MAGAZIN

—

- KLAUS NESS | KLAUS FABER** : Aufstieg für alle 5
Das „Schüler-BAföG“ entwickelt den Vorsorgenden Sozialstaat weiter
- TOBIAS DÜRR** : Warum Österreich jetzt? 11
Keine Region ist Brandenburg so ähnlich wie das Bundesland Niederösterreich

THEMA

—

- MATTHIAS PLATZECK** : Brandenburg: Land der Lebenschancen 21
Wie wir die Idee des Vorsorgenden Sozialstaates in die Tat umsetzen
- JENS BULLERJAHN** : Die Zukunft im Blick 37
Warum die neuen Länder schon heute über das Jahr 2020 hinaus denken müssen
- RITA MÜLLER-HILMER** : Brandenburg im Wandel 49
Politik und Gesellschaft sind in Bewegung geraten
- THOMAS KRALINSKI** : Das Echo kommt 63
Zur Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg bis 2030
- TINA FISCHER** : Verwaltung der Zukunft 77
Eine Zielvorstellung zur Quadratur des Kreises
- KLAUS-PETER SCHULZE** : Wissenstransfer für die Märkte der Zukunft 81
Wie für die Wirtschaft neue Chancen entstehen

Aufstieg für alle

DAS „SCHÜLER-BAFÖG“ VERBESSERT ZUKUNFTSAUSSICHTEN
UND ENTWICKELT DEN VORSORGENDEN SOZIALSTAAT WEITER
VON **KLAUS NESS** UND **KLAUS FABER**

Ein ostdeutsches Gespräch vor einigen Wochen am Rande einer öffentlichen Veranstaltung. Doreen Gerlach¹ ist eine erfolgreiche Studentin – so erfolgreich, dass sie in diesem Jahr das beste Vordiplom an ihrer Fakultät erreicht hat. Jetzt hat ihre Universität sie sogar für ein Hochbegabtenstipendium vorgeschlagen. Doreen Gerlach begreift noch gar nicht ganz, wie ihr geschieht. Sie stammt vom Land, aus „allerkleinsten Verhältnissen“, wie sie selbst sagt. Während ihrer gesamten Schulzeit hat sie immer wieder gegen Widerstände ankämpfen müssen: „Meine Eltern, meine Verwandten, meine Freunde – alle haben dauernd gesagt: Was willst du denn mit dem Abitur? Mach doch irgendeine Lehre wie alle anderen hier im Dorf.“ Und sogar als ich dann das beste Abi der ganzen Schule hatte, ging es trotzdem noch genau so weiter. Da haben sie alle gesagt: ‚Warum willst du denn bloß studieren? Geh lieber arbeiten und verdien Geld.‘ Dass ich mehr wissen und lernen wollte, das hat nie irgendjemand begriffen. Da war einfach überhaupt kein Verständnis, bei niemandem. Nur einen einzigen Lehrer hatte ich, der mir sagte: ‚Doreen, geh deinen eigenen Weg, du schaffst das.‘ Ohne den würde ich jetzt irgendwo hinterm Verkaufstresen stehen.“

Doreen Gerlachs Geschichte hat ein *happy end*. Heute ist sie sich völlig sicher: Sie wird ihren eigenen Weg tatsächlich gehen. Sie wird erfolgreich zu Ende studieren und einen qualifizierten Beruf ausüben – ein Musterbeispiel für sozialen Aufstieg durch Bildung gegen riesige Widerstände. Unglücklicherweise gelingt dies in viel zu wenigen vergleichbaren Fällen. Allzu oft sind die Entmutigungen, die Kinder und Jugendliche im Laufe ihrer Schulzeit aus ihrem Umfeld erfahren, zu groß und auf die Dauer zu niederschmetternd, um überwindbar zu sein. Die Folge: Bildungspotentiale werden nicht genutzt, sozialer Aufstieg wird verhindert, erfolgreiche Lebenswege werden verbaut und vernagelt. Jeder von uns kennt Menschen, von denen wir wissen oder ahnen: Mit mehr Förderung und Unterstützung hätten sie deutlich weiter kommen können. Wir Sozialdemokraten wollen genau dies: dass möglichst alle Menschen in die Lage versetzt werden, das Beste aus ihrem Leben zu

¹ Name von der Redaktion geändert.

machen. Und dazu gehört im Zeitalter der wissensintensiven Wirtschaft zwingend die Chance zu einer hervorragenden Schulbildung.

Bildung ist nicht alles, aber Voraussetzung für fast alles

Mehr denn je entscheiden sich Lebensschicksale an der individuellen Qualifikation. Vielfach wird immer noch das Schauermärchen davon erzählt, unserer Erwerbsgesellschaft gehe die Arbeit aus. Nichts stimmt weniger! Tatsächlich gehen – auch in Brandenburg – der Wirtschaft die *qualifizierten* Arbeitskräfte aus. Zwei Zahlen verdeutlichen das ganz schnell: Volle 55 Prozent derjenigen, die keinen Schulabschluss haben, sind in Brandenburg arbeitslos – aber kaum 4 Prozent unserer Universitäts- und Fachhochschulabsolventen. Nicht an Arbeitsplätzen herrscht zunehmender Mangel, sondern an Bildung und Qualifikation. Es ist deshalb nicht nur ein sozialer Skandal, sondern auch wirtschaftlich widersinnig, wenn immer noch jeder Zehnte unserer Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlässt. Die Folge sind zerstörte Lebensläufe und hohe soziale Folgekosten.

Allein bis zum Jahre 2015 werden in Brandenburg 200.000 neue Jobs zu vergeben sein – Jobs, für die die Unternehmen bestens ausgebildete und motivierte Fachleute suchen. Angebot und Nachfrage stimmen aber längst nicht mehr, so dass auch bei 217.000 Arbeitslosen das Dilemma nicht aus der Welt ist. Besonders die Qualifikationen der Langzeitarbeitslosen passen leider häufig nicht mehr zu den Jobs von morgen.

Spätestens gegen Ende der Schulzeit zeigt sich häufig, wem alle Chancen offen stehen – und wer von Anfang an mit Schwierigkeiten ins Berufsleben startet. Wer mit dem Abitur in der Tasche in die Welt hinausziehen kann, besitzt heute alle Chancen. Wer keinen guten Schulabschluss hat, muss sich heftig anstrengen, um eine Lehrstelle zu finden. Eine Berufsausbildung bedeutet Licht am Horizont, dauerhaft Geringqualifizierte jedoch drohen in den bekannten Kreislauf aus schlecht bezahlten, unsicheren Jobs, aus Arbeitslosigkeit und Stütze zu geraten, dem sie – gerade weil und solange sie gering qualifiziert sind – nur schwer wieder entkommen können. Mit 15,3 Prozent hat Deutschland bei den Geringqualifizierten die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote in der Europäischen Union. Kein Wunder, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene mit nicht ausgeschöpften Bildungspotentialen zu dem Eindruck gelangen, sie würden im Grunde nicht gebraucht.

Deshalb ist Bildung die große soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Es stimmt: Bildung ist nicht alles, und Bildung allein beseitigt nicht jede Ungerechtigkeit. Aber Bildung ist die Voraussetzung für fast alles weitere. Die Brandenburger Sozi-

aldemokraten haben das erkannt. Dabei werden Grundlagen für den erfolgreichen Bildungs- und Lebensweg schon in den ersten Lebensjahren gelegt. Mit unseren hohen Investitionen in Kitas und Schulen tragen wir dieser Erkenntnis Rechnung.

Weil wir entschlossen sind, eine besonders kinder- und familienfreundliche Region zu werden, hat Brandenburg seine Bildungsausgaben in diesem Jahr noch einmal um 17 Millionen Euro erhöht – ein Zuwachs von 4,8 Prozent. Allein in dieser Legislaturperiode, also seit Ende 2004 sind bereits 171 neue, leistungsfähige Ganztagschulen eingerichtet worden. Im selben Zeitraum hat das Land seine Ausgaben für die Kitas noch einmal um annähernd 15 Prozent erhöht, obwohl wir bei den hier maßgeblichen Bildungsstandards schon deutscher Spitzenreiter sind.

Wer sich anstrengt, dem stehen alle Türen offen

Aber was gut beginnt, geht oftmals nicht gut genug weiter. Viele Bildungspotenziale werden im weiteren Verlauf der schulischen Laufbahn verspielt – auch aus Gründen, die nicht die Schulen selbst zu verantworten haben. Entscheidend für Doreen Gerlach war ihr Lehrer, der sie ermutigte und an ihre Chancen glaubte. Genau solche Pädagogen braucht unser Land! Aber wir müssen noch an weiteren Hebeln ansetzen. Kindern und Jugendlichen muss auf jedem Meter ihrer Schullaufbahn die Gewissheit vermittelt werden, dass ihre Bildung und schulische Leistung wichtig und vom gesamten Gemeinwesen gewollt sind. Wir wollen mehr Jugendliche ermuntern, so viel Bildung wie möglich „mitzunehmen“, also im Idealfall ein gutes Abitur zu machen und anschließend zu studieren.

Sozialdemokraten haben sich nie damit abgefunden, dass Menschen, die ihren Platz in der Gesellschaft finden wollen, derart schlechte Startbedingungen haben. Die SPD als Partei des sozialen Aufstiegs will den Anspruch auf Zukunftschancen einlösen, also wo immer möglich dazu beitragen, dass mehr Menschen Bildungs- und Aufstiegschancen verwirklichen können. In einem Satz: Leistung muss sich wieder lohnen. Wer sich anstrengt, dem sollen wieder alle Türen offen stehen!

Es ist kein Geheimnis, dass gerade Kinder und Jugendliche sowie allein erziehende Eltern überproportional von Armut betroffen sind. Das ist umso schädlicher, als materielle Not in frühen Lebensabschnitten allzu oft Bildungsdefizite und damit dauerhaft problematische Erwerbsbiografien nach sich zieht. Wenn in einer Familie jeder Euro zählt, dann besteht eher die Gefahr, dass ein Jugendlicher durch eine Lehre zur Entlastung der Familienkasse beitragen soll, als dass er

drei weitere Jahre mit dem Ziel des Abiturs zur Schule geht. So wird Bildungsgerechtigkeit zementiert.

Wir sind der festen Überzeugung, dass jeder Mensch gebraucht wird – als aktiver Bürger und als Steuer- und Beitragszahler, das heißt als möglichst hochproduktive Arbeitskraft. Doch von diesem Ziel sind wir noch ein Stück entfernt, unter anderem auch, weil der bisherige Sozialstaat zu wenig in die Menschen investiert hat. Die von Matthias Platzeck entwickelten Gedanken zum *Vorsorgenden Sozialstaat* finden jetzt Eingang ins „Hamburger Programm“, das neue sozialdemokratische Grundsatzprogramm; Vorausschauende Gestaltung – genau darauf kommt es an, wenn wir unser Motto der Landesentwicklung, „Erneuerung aus eigener Kraft“ mit Leben füllen wollen.

Neue Sprosse in der Bildungsleiter: Das „Schüler-BAföG“

Ein Instrument zu diesem Zweck ist das „Schüler-BAföG“, das die SPD in Brandenburg vorgeschlagen hat. Das „Schüler-BAföG“ soll nach der Einführung der Oberschule, dem Festhalten an der sechsjährigen Grundschule und der Ausweitung des Ganztagsangebots ein weiterer notwendiger Schritt sein, um eine zentrale Zielsetzung der sozialdemokratisch geführten Landesregierung zu bekräftigen: „Wir dürfen kein einziges Kind zurückzulassen.“

Mit dem „Schüler-BAföG“ können wir zeigen, dass wir aus den PISA- und OECD-Vergleichsstudien gelernt haben und entschlossen handeln. Es ist ein Skandal, dass die Bildungs- und Lebenschancen der Menschen in keinem entwickelten Land der Welt so stark von der sozialen Herkunft abhängen wie in Deutschland. Es ist nicht hinnehmbar, dass nirgendwo sonst soziale Benachteiligung so sehr von Generation zu Generation „vererbt“ wird wie bei uns. Ein Beamtenkind hat gegenwärtig in Deutschland eine zwanzigfach größere Chance, das Abitur zu machen, als das Kind eines Facharbeiters. In Deutschland besteht schon viel zu lange eine ebenso unvernünftige wie asoziale Ungleichheit von Bildungschancen. Dieser unerträgliche Zustand muss öffentlich thematisiert und abgestellt werden.

Ein „Schüler-BAföG“, wie es die Brandenburger SPD vorschlägt, gab es in der westdeutschen Bundesrepublik zwischen 1971 und 1983. Auf Initiative der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Willy Brandt ist es 1971 als Reaktion auf die von Georg Picht festgestellte „Bildungskatastrophe“ verabschiedet worden. Noch 1963 hatte der Anteil der „Arbeiterkinder“ an den westdeutschen Studierenden bei nur 6 Prozent gelegen. Das „Schüler-BAföG“ trug erheb-

lich dazu bei, diesen unhaltbaren Zustand deutlich zu verbessern. Bis 1982 stieg der Anteil der studierenden „Arbeiterkinder“ auf 18 Prozent. Dann schaffte die neue Regierung Kohl das Schüler-BAföG 1983 bis auf geringe Reste wieder ab – und der Arbeiterkinderanteil an den Hochschulen sank erneut auf knapp 10 Prozent ab.

Ein Signal für Eltern und Kinder

Wissenschaftler und Fachpolitiker bestätigen: Es ist eine rückblickend betrachtet sinnvolle Investition gewesen, die sich nachhaltig gelohnt und vieles Positive bewirkt hat. Aus diesem Grunde greifen wir sie im Kontext der Debatte um den *Vorsorgenden Sozialstaat* jetzt wieder auf. Sollte das „Schüler-BAföG“ auf Bundesebene nicht machbar sein, so hat der SPD-Landesvorstand Brandenburg beschlossen, eine Länderregelung für Brandenburg anzustreben.

Mit dem neuen „Schüler-BAföG“ können alle Elf- bis Dreizehntklässler aus einkommensschwächeren Familien am Ende der Sekundarstufe I losgelöst von kurzfristigen finanziellen Überlegungen entscheiden, ob sie sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bemühen oder ob sie weiter zur Schule und eventuell später zur Hochschule gehen wollen. Das unmissverständliche Signal an Schüler und Eltern lautet dabei: Die bestmögliche Schulausbildung ist wichtig und erstrebenswert. Durch die jetzt schon existierende BAföG-Studienförderung wird der Familie zusätzlich die Sicherheit gegeben, dass ihr Kind auch während eines möglichen späteren Hochschulstudiums finanzielle Unterstützung erhalten wird. Die langfristige Planbarkeit und die verlässliche Umsetzbarkeit bilden die Voraussetzungen für den Erfolg der Anstrengungen, mehr Kinder zu besseren Schulabschlüssen zu verhelfen – und darin liegt auch ein Großteil des politischen Charmes der Initiative.

Die Diskussion über die künftige Höhe eines Schüler-BAföG führt die Brandenburger SPD ergebnisoffen. Denkbar (für eine landeseigene Regelung) sind Zahlen in einer Größenordnung von (nicht zurückzahlbaren) 100 bis 150 Euro monatlich pro Schüler oder Schülerin, einschließlich eines Aufschlags für besonders gute Leistungen. Es sind angesichts leerer öffentlicher Kassen keine weltbewegenden Summen möglich, aber auch nicht vonnöten, wie ein Blick auf die historischen Erfahrungen in den siebziger Jahren zeigt

Ein weiterer Grund, weshalb wir das „Schüler-BAföG“ brauchen, ist die Tatsache, dass die Bevölkerung in Brandenburg (und zeitversetzt in ganz Deutschland) im Schnitt immer älter wird und zu wenig Kinder geboren werden. Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung nimmt in Brandenburg um 15 Prozent

ab, gleichzeitig sinkt die Zahl der Schulabgänger in den kommenden Jahren rapide. Ohne besser qualifizierte Schulabgänger und mehr berufstätige Mütter werden wir auch im überregionalen Wettbewerb zurückfallen. Nachteilig ist zudem, dass bei uns zu wenig Jugendliche Abitur machen. Unser Ziel sind 50 Prozent Hochschulzugangsberechtigte am Altersjahrgang, um uns dem internationalen Durchschnitt anzunähern.

Ein weiteres Ziel ist eine höhere Studierendenquote. Zu wenig Brandenburgerinnen und Brandenburger studieren! Derzeit nehmen bei uns nur 65 Prozent der Abiturienten ein Studium auf – bundesweit dagegen 71 Prozent. Hier gehen wir mit dem Schüler-BAföG in die Offensive, denn es besteht dringend Handlungsbedarf, genauso wie auf dem Feld der Studienabbrecher. Wir können uns den Luxus des Nichtstuns und Abwartens einfach nicht leisten und wollen ihn uns im Interesse der Menschen auch nicht leisten. Denn unsere wissensintensive Ökonomie verlangt Arbeitnehmer, die ein Leben lang Wissen aufnehmen, es schöpferisch anwenden und produktiv umsetzen können. Mit dem „Schüler-BAföG“ schaffen wir daher nicht nur mehr Lebenschancen für mehr Menschen, sondern leisten auch einen Beitrag, um das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu erhöhen.

Mit dem „Schüler-BAföG“ spricht das Land seine Familien gezielt an und macht deutlich, dass dem Staat, der Politik und der ganzen Gesellschaft am persönlichen Fortkommen eines jeden Jugendlichen liegt. So werden Anstrengungen honoriert, die ohne diese Aufmerksamkeit vielleicht unterblieben wären. Genauso wichtig ist freilich die Ansprache und Einbeziehung der Eltern, die in manchem Fall eine geringe Erwartungshaltung an die Bildungskarriere ihrer Kinder an den Tag legen: Wo zu Hause nicht der Wert von Bildung vermittelt wird, können Schule und Arbeitgeber dies nur unzureichend kompensieren.

Doreen Gerlach hat es gegen alle Widerstände – irgendwie – auch so geschafft. Vielen anderen soll in Zukunft das „Schüler-BAföG“ zu Abitur, Studium und Zukunftschancen verhelfen. ■

KLAUS FABER

ist ehemaliger Staatssekretär für Wissenschaft und Bildung sowie Geschäftsführender Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

KLAUS NESS

ist Generalsekretär der SPD Brandenburg und Herausgeber der *Perspektive 21*.

Warum Österreich jetzt?

KEINE REGION IN EUROPA IST BRANDENBURG SO ÄHNLICH
WIE DAS BUNDESLAND NIEDERÖSTERREICH
VON **TOBIAS DÜRR**

Der neugierige Blick über den eigenen Tellerrand ist für Regionen im Wettbewerb um Menschen, Ideen und Investoren immer eine gute Idee. Aber nicht überall lassen sich gleich gute Lösungen und Rezepte vorfinden. Die erfolgreichste Kombination von wirtschaftlicher Dynamik und moderner Sozialstaatlichkeit gelingt heute zweifellos den nordischen Gesellschaften. Ob bei Bildung, Arbeitsmarktpolitik, der Balance von Arbeit und Familie, der Anwendung von Informationstechnologie oder Wettbewerbsfähigkeit – die skandinavischen Länder liegen heute unbestritten überall vorn.

Die Orientierung an absolut herausragenden Vorbildern im Sinne einer *best practice* ist völlig unabdingbar. Sie hat allerdings zugleich den Nachteil, dass vergleichbar gute Ergebnisse von Anderen auf Anhieb oft nur schwer erzielt werden können. Ebenso wichtig ist deshalb eine zweite, ergänzende Form des Blicks über den eigenen Tellerrand: die Hinwendung zu Regionen, die es im engeren Sinne mit ganz ähnlichen Herausforderungen zu tun haben. Wo sich die Aufgaben – etwa aus strukturellen oder historischen Gründen – ähneln, ist es umso sinnvoller zu überprüfen, welche Lösungen diejenigen finden, die vor vergleichbaren Problemen stehen. Im besten Fall ergeben sich daraus neue Möglichkeiten und Perspektiven für beide Seiten.

Unter genau diesem Gesichtspunkt ist es heute für aktiv gestaltende Brandenburger Politiker besonders sinnvoll, den Kontakt nach Österreich, in die Region Wien und ganz besonders in das österreichische Bundesland Niederösterreich zu suchen und zu intensivieren. Es gibt im frühen 21. Jahrhundert keine zweite Region in Europa, mit der Brandenburg derartig viele Herausforderungen und Potentiale teilt. Die Parallelen sind bei etwas genauerem Hinsehen geradezu frappierend.

1. Warum soll Brandenburg überhaupt nach Österreich schauen?

Österreich hat nach dem Ende des Kalten Krieges eine der großen Erfolgsgeschichten in Europa geschrieben. Zuvor jahrzehntelang als eine etwas verschlafene „Insel der Seligen“ im Niemandsland zwischen Westeuropa und dem Eisernem Vorhang wahrgenommen und belächelt, zählt das Land heute nach diversen Kriterien zu den wirklichen Aufsteigern des Kontinents. Bei der Beschäftigungsquote liegen in der EU nur Finnland, Schweden und Dänemark vor Österreich; die österreichische Beschäftigungsquote liegt mit 69 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt von 64 Prozent. Zahllose Medienberichte über deutsche – vor allem ostdeutsche – Arbeitsmigranten in Tirol, Kärnten oder Vorarlberg illustrieren die veränderte Konstellation.

Beim Wirtschaftswachstum belegte Österreich in den vergangenen Jahren stabil den dritten Platz in Europa. Im den vergangenen Jahr betrug das Wirtschaftswachstum in Österreich 3,2 Prozent, für das laufende Jahr werden erneut etwa 3,0 Prozent vorausgesagt. Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren eine der niedrigsten in Europa und betrug im März 2007 (berechnet nach der Eurostat-Methode) nur noch ganze 4,4 Prozent. In der Haushaltspolitik verfolgt Österreich eine Strategie der Disziplin; für das laufende Jahr wird ein Defizit von 1,1 Prozent prognostiziert. Im Lebensstandard hat Österreich das einst überlegene Deutschland überholt und wird in der Europäischen Union nur noch von Dänemark und Irland übertroffen – und dies alles bei einer Unternehmensstruktur, die weithin geprägt ist durch kleine und mittelständische Unternehmen.

Österreichs Aufstieg zum Erfolgsmodell nach dem Ende des Kalten Krieges kann angemessen nur würdigen, wer sich die schwierige, von etlichen Niederlagen und Rückschlägen gekennzeichnete Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert vor Augen führt. Nach verlorenem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der 600-jährigen Habsburger Monarchie 1918 auf einen Kleinstaat reduziert, dominierten in der jungen Republik Österreich Schuldzuweisungen, Selbstzweifel und Hoffnungslosigkeit.

Es folgten schwierige Jahre, Inflation und Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und in den dreißiger Jahren der halbdiktatorische Ständestaat des Bundeskanzlers Dollfuß, der in Wien nach dem deutschen Beispiel Hindenburgs mit Notverordnungen regierte, bevor er 1934 bei einem nationalsozialistischen Putschversuch erschossen wurde. Die krisenhafte Entwicklung und partielle Selbstaufgabe der Ersten Republik schufen die Voraussetzungen dafür, dass Österreich 1938 zu keinem wirksamen Widerstand gegen den „Anschluss“ an das

nationalsozialistische Deutsche Reich im Stande war. Es folgten der Zweite Weltkrieg und die erneute Niederlage.

Am Ende waren ein Drittel der Geburtsjahrgänge 1914 bis 1925 und insgesamt 300.000 Österreicher ums Leben gekommen, das Land war besetzt und geteilt. Die Zweite Republik begann 1945 gewissermaßen aus dem Nichts: ohne Souveränität, ohne funktionierende Versorgung, zunächst auch ohne wirtschaftliche und politische Perspektive. Seine volle Souveränität erlangte Österreich erst durch den Abschluss des Staatsvertrages mit den Besatzungsmächten und dem Abzug der alliierten Truppen im Jahr 1955. Charakteristische Merkmale Österreichs in den folgenden Jahrzehnten waren seine von Sozialpartnerschaft geprägten gesellschaftlichen Verhältnisse im Inneren sowie seine Neutralität in den auswärtigen Beziehungen.

Österreichs abgelegene Lage am äußersten östlichsten Rand des Westens war in den Jahrzehnten des Kalten Krieges in wirtschaftlicher Hinsicht ein erheblicher Nachteil, denn es fehlte nun das alte Hinterland. Umgekehrt wurde nach 1989 die Position des Landes im Zentrum des neuen, „gewachsenen“ Europas zu einem entscheidenden Vorteil. Nach Österreichs Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 baute das Land seine Handelsbeziehungen zu Westeuropa kontinuierlich aus.

Zugleich spielt Österreich eine immer wichtigere Rolle in den expandierenden Märkten in Osteuropa. Das Land unterhält gute Beziehungen zu seinen zentral- und osteuropäischen Nachbarn, was sich besonders in starken wirtschaftlichen Verbindungen niederschlägt. Ein wachsender Anteil der österreichischen Exporte geht nach Mittel- und Osteuropa. Seit der Osterweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 hat sich die Konstellation des Landes nochmals verbessert, zumal vier der Beitrittsländer (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) unmittelbare Nachbarländer Österreichs sind. Seit 2004 sind die österreichischen Exporte in die EU-Beitrittsländer um 24 Prozent gestiegen.

2. Warum auf die Region Wien/Niederösterreich schauen?

Absolutes Zentrum der österreichischen Wirtschaft ist die neuerdings so genannte *Vienna Region*, bestehend aus der Hauptstadt Wien sowie den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland. In dieser Region leben insgesamt 42,3 Prozent der österreichischen Bevölkerung (2004; davon Wien allein 19,8 Prozent), die zusammen volle 45,6 Prozent der Wirtschaftsleistung Österreichs erbringen (2003; davon Wien allein 27,7 Prozent). Im Vergleich der europäischen Haupt-

stadtreionen nach ihrer Wirtschaftskraft nimmt Wien einen hervorragenden Platz ein. Im Jahr 2002 betrug das Wiener Bruttoregionalprodukt pro Kopf 38.656 Euro – beträchtlich mehr als in Berlin (22.709 Euro) und mehr auch als in der deutschen Boomregion München/Oberbayern (37.142 Euro). Laut einem Index der *Mercer Consulting Group* belegt Wien hinsichtlich seiner Lebensqualität im weltweiten Vergleich den dritten Rang und im Ranking der Städte der Europäischen Union sogar den ersten Platz.

Die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen den Regionen Niederösterreich/Wien und Brandenburg/Berlin sind beträchtlich. Wien hat 1,6 Millionen Einwohner, der Großraum Wien insgesamt etwa 2 Millionen. Durchaus vergleichbar mit Brandenburg ist Niederösterreich ein in der Fläche dünn besiedeltes Land: Auf knapp 20.000 Quadratkilometern leben etwa 1,5 Millionen Menschen, in Brandenburg sind es auf knapp 30.000 Quadratkilometern ungefähr 2,5 Millionen. Die Bevölkerungsdichte ist somit fast identisch: Sie beträgt pro Quadratkilometer 81 Einwohner in Niederösterreich und 87 in Brandenburg.

Die jeweiligen Bundeshauptstädte Berlin und Wien sind Stadtstaaten, beide sind die mit Abstand größten Städte des Landes, beide liegen im Osten des jeweiligen Landes. Die Wien und Berlin umschließenden Bundesländer Niederösterreich beziehungsweise Brandenburg grenzen jeweils auf Hunderten von Kilometern an mittelosteuropäische Transformationsstaaten – an Polen (mit einer Grenzlänge von 250 Kilometern) im Fall Brandenburgs, an die Slowakei und Tschechien (mit einer Grenzlänge von 414 Kilometern) im Fall Niederösterreichs. Beide Hauptstädte und ihre Regionen, ehemals geopolitisch in östlicher Randlage, sind durch die Integration Europas seit 1989 in zentrale Drehscheiben- und Scharnierlagen geraten.

Für beide Regionen ergeben sich daraus neue Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung in demselben transnationalen Kontext, den ein „Bericht zum Territorien Zusammenhalt“ der EU folgendermaßen beschreibt: „Betrachtet man das zentraleuropäische urbane System im weiteren Maßstab, so lassen sich die Wachstumspotenziale sowie die Herausforderungen der alten Industrieregionen insbesondere in der zentralen transnationalen Makroregion der Beitrittsländer feststellen, die das ... Gebiet zwischen Warschau (im Osten), Posen (und möglicherweise Berlin im Westen), Krakau, Sachsen (Dresden), Prag, Bratislava, Wien und Budapest (im Süden) umfasst. Diese Makroregion bildet eine spezifische transnationale Einheit, die die meisten zentraleuropäischen Wachstumspole und Innovationspotenziale (Hauptstädte und deren Umgebung) ... einschließt. Dieses ‚Dreieck‘ bildet in der Tat ein Ballungsgebiet großer Städte mit einem Entwicklungspotenzial, das in

naher Zukunft zu einer globalen Integrationszone führen kann, die mit der europäischen Makroregion Nordwesteuropa vergleichbar ist.“

3. Warum ganz besonders genau nach Niederösterreich schauen?

Wohl mit kaum einer zweiten Region beziehungsweise regionalen Gebietskörperschaft in Europa teilt Brandenburg so viele strukturelle Gemeinsamkeiten wie mit Niederösterreich. Nur in diesen beiden Fällen existiert innerhalb der Europäischen Union *erstens* die Konstellation, dass innerhalb eines föderalen Systems ein Bundesland die jeweilige Hauptstadt und Metropole vollständig umschließt; und nur in diesen beiden Fällen geht dies *zweitens* zugleich einher mit einer neuen Mittellage an der Grenze zu neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union.

Die Disparität von Zentrum und Peripherie. Beide Regionen haben es mit ökonomischem Strukturwandel, dynamischen Wachstums- und Suburbanisierungsprozessen zu tun, zugleich aber auch mit dem Auseinanderfallen von metropolennahem Verdichtungsraum („Speckgürtel“) und einer sich entleerenden Peripherie. Genau dies ist die auf Anhieb augenfälligste Gemeinsamkeit zwischen Brandenburg und Niederösterreich. Der Bezirk mit dem stärksten Steueraufkommen in Niederösterreich ist der Bezirk Mödling direkt am Südrand von Wien. Je weiter die Gebiete von Wien entfernt liegen, desto schwächer wird ihre Wirtschaftskraft. Dies ist noch immer auch dadurch bedingt, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Niederösterreich in der sowjetischen Besatzungszone lag, was ein wesentlicher Standortnachteil für die Wirtschaft bedeutete.

Während in den anderen Teilen Österreichs die Wirtschaft bereits mit dem Wiederaufbau beginnen konnte, blieben in der sowjetischen Besatzungszone viele Großbetriebe zerstört oder standen unter sowjetischer Verwaltung. Erst nach der Unabhängigkeit Österreichs im Jahr 1955 konnte in Niederösterreich mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Aber auch der Eiserne Vorhang selbst wirkte sich eher hemmend für die Wirtschaftskraft aus, vor allem an der Nord- und an der Ostgrenze Niederösterreichs. So pendeln auch heute noch viele Menschen aus dem Waldviertel als Tages- oder Wochenendfahrer für ihren Beruf nach Wien.

Das niederösterreichische Landesentwicklungskonzept beschreibt (unter anderem) aus dieser Vorgeschichte resultierende langfristige Entwicklungsprozesse, wie sie aus Brandenburg nur zu gut bekannt sind: „Das Wachstum der Bevölkerung in den urbanen Ballungsräumen ist von einem Rückgang der Bevölkerung in den

peripheren Gebieten begleitet. Das ist mit einem spezifischen inneren Kreislauf verbunden: Meist jüngere Menschen verlassen die peripheren Regionen und wandern ab. Weil Arbeitskräfte und Konsumenten im erwerbsfähigen Alter immer häufiger fehlen, schließen Geschäfte und Betriebe. Das Schließen von Geschäften und Betrieben ist wiederum ein Signal für die noch Anwesenden, ebenfalls die Region zu verlassen. Ein sich selbst verstärkender Prozess setzt ein.“

Aus Brandenburger Perspektive erscheinen solche Verhältnisse und (wenigstens zum Teil) historisch begründete Hemmnisse allemal bekannt. Auch hinsichtlich der möglichen Antworten auf diese Situation verweist das niederösterreichische Landesentwicklungskonzept auf ausgeprägte Parallelen: „Entweder gelingt es, durch Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur die Erreichbarkeit dieser Regionen zu verbessern und aus einer Abwanderung eine Pendelbewegung zu machen oder es müssen Maßnahmen gesetzt werden, um die Mechanismen der Selbstverstärkung zu bremsen.“

Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt die Besinnung auf endogene Potentiale. In jüngerer Zeit hat daher in beiden Ländern eine intensive Emanzipation von den jeweiligen Hauptstädten eingesetzt. So wie Brandenburg seit 1990 aus der hauptstädtischen Perspektive oft nur als amorphes Hinterland wahrgenommen wurde (was auch das Selbstbild und Selbstbewusstsein der Brandenburger beeinträchtigte), galt Niederösterreich über lange Zeit nur als ebenso gestaltloses „Land um Wien“. Niederösterreich wurde nicht als eigenständiges Land gesehen, sondern nur als Ergänzungsraum und Absatzmarkt, als Rohstofflieferant und Erholungsregion für Großstädter. Das Verhältnis zwischen Berlin und Brandenburg ist in der jüngeren Vergangenheit von ganz ähnlichen Asymmetrien geprägt gewesen.

In beiden Fällen hat sich an diesem Fremdbild (und teilweise auch Selbstbild) in den vergangenen Jahren viel verändert. Brandenburg verfolgt unter dem Leitmotiv der „Erneuerung aus eigener Kraft“ seit 2004 eine bewusste Politik der kooperativen, dynamischen Eigenständigkeit. Das Land versteht sich dabei heute ausdrücklich als „Land in Bewegung“. Ähnliches gilt für Niederösterreich: Das Land sieht sich heute mit Selbstbewusstsein als Bundesland mit eigenem, vom großen Wien unabhängigem Profil, wird offensichtlich auch von außen zunehmend so wahrgenommen und macht mit dem Motto „Wir haben noch viel vor“ in ganz ähnlicher Weise wie Brandenburg den Anspruch auf Erneuerung und Aufbruch geltend.

Das ambitionierte Landesentwicklungskonzept „W.I.N. – Wir in Niederösterreich“ aus dem Jahr 2004 enthält in diesem Kontext grundsätzliche Ausführungen, wie sie seit 2004 auch in Brandenburg zunehmend besser verstanden wer-

den: „Niederösterreich braucht wettbewerbsfähige Regionen, die für potentielle Investoren, Unternehmen und auch für die Wohnbevölkerung attraktiv sind. Gerade aufgrund der zunehmenden Mobilität der Produktionsfaktoren und der Bevölkerung konkurrieren Niederösterreichs Regionen nicht nur mit anderen österreichischen Bundesländern, sondern auch mit Regionen in Bayern, in Baden-Württemberg oder in der Lombardei. Wettbewerbsfähige Regionen benötigen Standorte, die durch harte und weiche Standortfaktoren aufgewertet werden. Dazu zählen leistungsfähige Verkehrsanschlüsse, ein flexibler Arbeitsmarkt mit qualifizierten Arbeitnehmern, ein unkomplizierter Zugang zu *Know-how* und wirtschaftsnahen Dienstleistungen, ein kreatives und innovationsfreundliches ‚Klima‘ sowie eine schlanke und effiziente Verwaltung. Standorte können aber auch mit Sicherheit, gesunder Umwelt und attraktiver Landschaft für sich werben. Raumordnungs- und Regionalentwicklungspolitik soll daher nicht zu schmal gedacht werden. Umweltpolitik kann ebenso zur Standortpolitik beitragen wie Bildungs- und Sozialpolitik, wenn sie gemeinsam bestimmte Ziele und Prinzipien verfolgen. Standortqualität ist das Ergebnis vieler Faktoren und zahlreicher Politikbereiche.“

Ganz wie Brandenburg beruft sich auch Niederösterreich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf das Prinzip „Stärkung der Stärken“. Im Landesentwicklungskonzept heißt es: „Die Stärkung der Stärken soll das betonen, pflegen und weiterentwickeln, was zu den Standortvorteilen einer Region beiträgt. Was macht das Spezifische einer Region aus und welche Möglichkeiten bestehen, diese Stärken zu entwickeln und ‚in Szene‘ zu setzen? Es hat wenig Sinn, aus einer agrarisch geprägten, ländlichen Region eine ‚*High-Tech-Region*‘ machen zu wollen, aber es erscheint regionalpolitisch vernünftig, die gesunde Umwelt oder die naturverbundene Wirtschaftsweise hervorstreichen, zu entwickeln und zu nutzen. Die Stärkung der Stärken hat etwas mit einer regionalen Spezialisierung sowie mit der Schaffung eindeutiger und wieder erkennbarer regionaler Identitäten zu tun.“

Offenbar auch aufgrund solcher grundlegender Klärungen lautet die primäre Assoziation mit Niederösterreich inzwischen nicht mehr „Umland“, sondern Vielfalt, intakte Kulturlandschaft, und wirtschaftliche Prosperität. Sowohl Niederösterreich als auch Brandenburg werden mittlerweile weitaus stärker als zuvor als selbstständige und selbstbewusste regionale Akteure mit eigenen Interessen und Strategien wahrgenommen. Über alle diese Dimensionen ähnlicher Entwicklungen lohnt der interregionale Erfahrungsaustausch. Dieser erscheint aus Brandenburger Perspektive vor allem auch deshalb fruchtbar, weil Niederösterreich einen erfolgreichen Weg eingeschlagen hat und eine hohe Lebensqualität aufweist. Nie-

derösterreich gilt heute als Region eines „modernen Landlebens“ – ein Image, das auch für große Teile Brandenburgs eine sehr erstrebenswerte Perspektive sein dürfte.

Niederösterreich und Brandenburg: Zwei Länder in der neuen europäischen Mitte. Eng verbunden mit dem Zentrum-Peripherie-Problem ist der Gesichtspunkt geopolitische Lage der beiden Länder in der „neuen europäischen Mitte“. Überhaupt nur wenn es Brandenburg und Niederösterreich gelingt, aus diesem fundamentalen Wandel der Rahmenbedingungen Kapital zu schlagen, könnte dies auch die inneren Disparitäten dieser Länder wesentlich mindern. Die durch Grenzen nicht mehr getrennte neue europäische Mitte wird deshalb nur durch zielbewusstes politisches und wirtschaftliches Handeln entstehen, ein Bewusstsein ihrer Gemeinsamkeit entwickeln und über nationale Grenzen hinweg zusammenwachsen.

Dass vormalige Randregionen zumal im Osten von Niederösterreich und Brandenburg heute in Wirklichkeit „mittendrin“ liegen, ist in das Bewusstsein der Öffentlichkeit sowie regionaler Entscheidungsträger noch nicht überall eingedrungen. Der europäische Integrationsprozess macht Niederösterreich, aber auch Brandenburg/Berlin in besonderer Weise zu Sprungbrettern für die Erschließung neuer Märkte im östlichen Europa.

Im Fall Niederösterreichs sind die strategischen Überlegungen dabei schon weit gediehen. Die Erweiterung der Europäischen Union begünstigt in dieser Region die Entstehung eines grenzübergreifenden europäischen Zentralraums mit insgesamt etwa 8 Millionen Einwohnern (Ostösterreich, Südmähren, Westslowakei und Westungarn). Hier liegen beträchtliche Entwicklungspotentiale. Regionale Arbeitsteilung und Absatzmärkte werden sich neu formieren. In Wien und Niederösterreich ist man fest entschlossen, von dieser Entwicklung zu profitieren. Symbolhaft für den Aufbruch nach Osten steht dabei die Entwicklung des Wiener Flughafens Schwechat, der sich dynamisch zur wichtigsten Ost-West-Dreh-scheibe im europäischen Luftverkehr entwickelt. Mittlerweile werden von Wien bereits mehr Ziele in Osteuropa angefliegen (42) als von Frankfurt/Main (39).

Die Bemühungen der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Österreich und seinen östlichen Nachbarn konzentrieren sich besonders auf die 2003 gegründete und CENTROPE genannte „Europa Region Mitte“, zu der die österreichischen Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, der tschechische Kreis Südmähren, die slowakischen Kreise Bratislava und Trnava sowie die ungarischen Komitate Győr-Moson-Sopron und Vas zählen. Mit CENTROPE

(www.centrope.info) entsteht nach dem Willen der Protagonisten dieses Kooperationsprojekts in den vier Mitgliedsstaaten „ein neuer grenzüberschreitender Lebens- und Wirtschaftsraum für mehr als sechseinhalb Millionen Menschen“. Dabei bildet sich eine offene, durchgängige Region in Mitteleuropa neu.

Im Zentrum von CENTROPE liegen, nur 50 Kilometer durch Niederösterreich voneinander entfernt, die „Twin Cities“ Bratislava und Wien. Weitere überregionale städtische Mittelpunkte sind Brno und Győr. In wirtschaftlicher Hinsicht gehören die Europa Region Mitte und ihre Bevölkerung zweifellos zu den großen Gewinnern der EU-Erweiterung. Die in den ehemaligen Transformationsländern gelegenen Partnerregionen können auch in Zukunft mit einem jährlichen Wachstum von bis zu fünf Prozent rechnen. Gleichzeitig bringen die österreichischen Partner Wien, Niederösterreich und Burgenland einen der am stärksten prosperierenden Agglomerationsräume Europas in die Partnerschaft ein. Wachstum und Wohlstand in der CENTROPE werden damit durch ein stabiles Fundament langer Traditionen von Industrie und Dienstleistung, ein durchweg hohes Qualifikationsniveau, leistungsfähige Bildungseinrichtungen und stabile Sozialsysteme begünstigt. Eine besonders hohe Entwicklungsdynamik erscheint wahrscheinlich.

Das ambitionierte Projekt CENTROPE zeigt, wie groß die Möglichkeiten vormals randständiger Regionen sein können, sich gemeinsam auf der Grundlage einer für alle Beteiligten attraktiven *Win-win*-Strategie völlig neu zu positionieren. Dass dabei Elemente von Wettbewerb (*competition*) und Zusammenarbeit (*cooperation*) stets in einem ambivalenten Verhältnis stehen werden, versteht sich von selbst. Ebenso richtig ist jedoch auch, dass alle Seiten gemeinsam von der Zusammenarbeit profitieren: Produktive *Co-opetition*, also die Gleichzeitigkeit von Konkurrenz und Kooperation, wird prägend für das Verhältnis der Teilregionen in CENTROPE sein.

Aus Brandenburger Perspektive ist das Projekt CENTROPE auch deshalb von außerordentlich hohem Interesse, weil eine vergleichbar intensive Kooperation über die deutsch-polnische Grenze hinweg bislang – aus verschiedenen Gründen – nicht einmal in Ansätzen besteht. Käme solch eine Zusammenarbeit in Gang, so würde Brandenburg als verbindende Region zwischen der Metropole Berlin und den Großstädten Stettin, Posen und Breslau beziehungsweise zwischen Berlin und Warschau zweifellos besonders profitieren – genauso wie alle anderen beteiligten Regionen auch.

Derzeit allerdings ist – beispielsweise – kaum auch nur im Bewusstsein der allermeisten Brandenburger angekommen, dass nur eine gute Autostunde von Berlin entfernt die polnische Großstadt Stettin liegt – mit ihren 412.000 Einwoh-

[tobias dürr]

nern kaum weniger groß als das von Wien und Niederösterreich aus guten Gründen so heftig umworbene Bratislava mit seinen 430.000 Einwohnern. Es wäre bereits ein großer (vorläufiger) Erfolg, wenn der brandenburgische Blick auf Niederösterreich und CENTROPE dazu beitrüge, dem deutsch-polnischen Kooperationsprozess auf der regionalen Ebene verstärkte Inspiration zu verleihen. Regionen wie Brandenburg und Niederösterreich sind die neue Mitte Europas. Sie haben allen Grund, miteinander ins Gespräch zu kommen. ■

DR. TOBIAS DÜRR

ist Chefredakteur der Zeitschrift *Berliner Republik*.

Brandenburg: Land der Lebenschancen

WIE WIR DIE IDEE DES VORSORGENDEN
SOZIALSTAATES IN DIE TAT UMSETZEN
VON **MATTHIAS PLATZECK**

Lasst uns zur Abwechslung einmal nicht über Brandenburg reden, lasst uns über ein anderes deutsches Bundesland sprechen: über Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist ein großes Land, ein schönes Land, ein stolzes Land und seit vielen Jahrzehnten noch dazu ein wirtschaftlich starkes Land. Es war eine Stütze des westdeutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg, und dementsprechend selbstbewusst treten die Baden-Württemberger immer noch gerne auf: „Wir können alles außer Hochdeutsch“, heißt bekanntlich ihr schönes Motto. Neuerdings nennt sich das Land – mit Ministerpräsident Günther Oettinger an der Spitze – auch noch „Kinderland Baden-Württemberg“.

Das hört sich gut an. Aber wenn man etwas genauer hinguckt, dann sieht die Sache schon deutlich anders aus: Für seine 278.000 Kinder im Alter zwischen 0 und 3 Jahren weist Baden-Württemberg nämlich in absoluten Zahlen weniger Krippenplätze

auf als Brandenburg für seine 56.000 Kleinkinder.

Nach Berechnungen des Brandenburger Bildungsministeriums beträgt der Versorgungsgrad mit Krippenplätzen in Brandenburg bedarfsgerechte 39 Prozent – in Baden-Württemberg dagegen beläuft er sich gerade einmal auf ein einziges Prozent. Damit liegt Brandenburg in Deutschland in der absoluten Spitzengruppe. Das angebliche Kinderland Baden-Württemberg dagegen ist unter den 16 Bundesländern abgeschlagenes Schlusslicht.

Warum am Anfang dieser Seitenblick auf das selbstbewusste Baden-Württemberg? Weil man aus dem Vergleich mit der Situation hier bei uns in Brandenburg eine ganze Menge lernen kann. Man kann daraus zum Beispiel lernen, wie gut wir auf bestimmten Feldern heute selbst schon sind. Gerade im Hinblick auf den Umfang unseres Kinderbetreuungsangebots haben wir nicht den geringsten Grund, uns zu verstecken. Aber das wussten wir schon. Aber etwas anderes wussten wir

noch nicht: Dass sich nämlich ein anderes Bundesland selbst dann voller Selbstbewusstsein zum „Kinderland“ ausrufen kann, wenn es bei den objektiven Daten – vorsichtig gesagt – äußerst bescheiden dasteht. Ich finde das bemerkenswert – und sehr lehrreich für uns. Die wichtigste Lehre lautet: Da wo wir gut, wo wir attraktiv und führend sind, da müssen wir noch viel offensiver und lauter darüber sprechen. Klappern gehört zum Handwerk. Wir wollen Brandenburg stark machen, und deshalb müssen wir unsere Stärken nicht nur weiter stärken, sondern wir müssen auch laut und deutlich über unsere Stärken reden. Weil sonst nämlich keiner davon weiß.

|| ■ Um hier kein Missverständnis auszulösen: Ich will ganz bestimmt nicht, dass wir uns dabei an Bluffs orientieren wie dem Bluff vom „Kinderland Baden-Württemberg“. Wir Brandenburger sind nüchterne Charaktere, und das sollten wir auch bleiben. Wir können nicht „alles“ und darum behaupten wir das auch nicht. Die meisten von uns würden überhaupt nicht auf die Idee kommen, mit Dingen zu renommieren, die wir gar nicht geleistet haben.

Wir würden das nicht tun. Wir schmücken uns nicht gern mit falschen Federn. Das ist gut so. Aber wir schmücken uns auch nicht mit unseren eigenen Federn. Und das ist nicht so gut.

Wir treten nämlich auch bei den Themen manchmal zu defensiv, zu leise, zu zurückhaltend auf, bei denen wir im Vergleich mit Anderen richtig gut sind. Und dasselbe gilt für Themen, bei denen wir zumindest richtig gut werden können – unter einer Bedingung: dass wir uns selbst und anderen klar machen, was wir schon geschafft haben und was wir noch vorhaben.

Derzeit erleben wir in Brandenburg so positive Entwicklungen wie lange nicht:

- Die Arbeitslosigkeit liegt so niedrig, wie sie seit einem halben Jahrzehnt nicht mehr war. Und sie sinkt weiter. Sogar Menschen, die lange Zeit erwerbslos waren, finden erstmals wieder einen Arbeitsplatz.
- Unsere Wirtschaft wächst, die Stimmung in den Unternehmen hat sich deutlich spürbar aufgehellt. Brandenburgs Betriebe produzieren und exportieren wie kaum jemals zuvor. Neue Jobs entstehen, neue Investoren mit innovativen Konzepten siedeln sich in Brandenburg an – die Solarindustrie ist nur das wichtigste Beispiel.
- Immer mehr Brandenburger Jugendliche finden Lehrstellen hier bei uns im Land; bei der betrieblichen Ausbildung verzeichnen wir ein Plus von vollen 15 Prozent gegenüber 2005.
- Und Brandenburg gewinnt an Attraktivität für immer mehr Menschen: Die Zahl der ausländischen

Besucher in unserem Land ist 2006 um 8 Prozent gestiegen.

Das vergangene Jahr 2006 ist für unser Land Brandenburg ein richtig gutes Jahr gewesen, eines der besten überhaupt. Wer hätte das zur Zeit der Landtagswahl vor zweieinhalb Jahren gedacht? Damals war die Stimmung in Brandenburg und Ostdeutschland ganz tief im Keller. Wir haben im Sommer 2004 trotzdem nicht der Versuchung nachgegeben, zu klagen oder zu resignieren. Das ist nicht unser Stil. Wir haben damals schon gesagt: „Das Jammern nützt nichts, lasst uns die Ärmel aufkrempeln – und zwar alle gemeinsam.“

Solidarität stärken

Das ist uns damals in der verbreiteten Stimmungslage nicht leicht gefallen. Und es hat auch nicht allen gefallen. Aber die Brandenburger SPD war auch früher nie die Partei, die mit dem Finger auf andere zeigt, sondern sie war immer die Partei des energischen Anpackens. Wir haben das auch in schwierigen Zeiten so durchgehalten. Und wir haben damit von Brandenburg ein klares Zeichen gesetzt für den Bundestagswahlkampf 2005. Unser Signal wurde verstanden. So wie wir uns 2004 am eigenen Schopf aus dem Schlammassel gezogen haben, so hat das ein Jahr später die SPD im Bund getan.

Mit unserer Haltung und mit unseren Ideen haben wir die deutsche Sozialdemokratie auch sonst stärker geprägt, als manchen von uns bewusst ist. Schon in unserem Landtagswahlprogramm 2004 haben wir klar angekündigt, was wir für Brandenburg erreichen wollten. Da hieß es wörtlich: „Unser Ziel ist ein sozialer Staat, der in die Fähigkeiten der Menschen investiert, sich selbst zu helfen und ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu organisieren. Ein Staat, der Orientierungshilfe in schnelllebigen Zeiten bietet und die Solidarität zwischen Menschen und Regionen stärkt.“

In Menschen investieren

Das haben wir 2004 so beschlossen und gesagt. Und diese Ziele finden sich heute im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der SPD wieder. Von Brandenburg aus haben wir die programmatische Entwicklung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren ganz maßgeblich bestimmt.

Das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaates, der in die Menschen investiert und in ihre Fähigkeiten, damit sie aus eigener Kraft ihr Leben bestreiten können – das haben wir von hier aus praktisch vorangetrieben. Und wir haben dafür gesorgt, dass zwischen politischer Programmatik und politischem Handeln immer ein enger Zusammenhang geblieben ist. Programmatik darf

nicht abgehoben, steril und sphärisch sein: Sie ist ein Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck. Programmatik ist dafür da, dass das politische Handeln Orientierung und Richtung hat. So haben wir Programmarbeit in Brandenburg immer verstanden. Das war und das bleibt gut für unser Land.

■■■ Was sind unsere Ziele? Welches zentrale Prüfkriterium muss unsere Politik heute leiten? Für welche Idee von Brandenburgs Zukunft werben wir? Meine Antwort ist klar. Wir Brandenburger Sozialdemokraten müssen dafür sorgen, dass in unserem Land immer mehr Menschen immer bessere Lebenschancen bekommen.

Was meine ich mit Lebenschancen? Ich meine damit echte Wahlmöglichkeiten im Leben. Die echte Chance dazu, etwas aus dem eigenen Leben zu machen. Die Möglichkeit, dass Menschen eigene Entscheidungen nach ihren eigenen Wünschen treffen können: für das eine, gegen das andere. Lebenschancen, das heißt: nicht durch soziale oder regionale Herkunft von Anfang an auf ein Lebensschicksal festgelegt zu sein. Das heißt, dass alle die Gelegenheit bekommen sollen, ihre eigenen Pläne zu verwirklichen – das ist ein zeitgemäßes Verständnis von Sozialdemokratie für unsere Zeit.

Bessere Lebenschancen für mehr Menschen – am besten natürlich für alle Menschen von Anfang an. Darum

geht es uns – und übrigens nur uns und den anderen Parteien nicht:

- Die CDU rechts von uns hat zwar nichts gegen Lebenschancen; sie hat aber auch nichts gegen ererbte Privilegien oder Benachteiligungen. Für die CDU ist es nicht so wichtig, dass wirklich alle Menschen das Recht auf gleiche und gute Lebenschancen haben.
- Und für die PDS auf der anderen Seite ist zwar Gleichheit besonders wichtig; und das hat sie mit uns gemeinsam. Aber bei der PDS geht es meistens um Gleichheit im Ergebnis: Wenn es am Ende allen gleich schlecht geht: auch gut, Hauptsache es geht ihnen dabei gleich.

Alle Menschen haben Potentiale

Das ist nicht unser Ansatz. Wir erkennen die Vielfalt der Ausgangsbedingungen an. Wir begrüßen Vielfalt und Kreativität. Wir respektieren und fördern besondere Anstrengung und Leistung. Wir wollen nicht über einen Kamm scheren, was nicht über einen Kamm zu scheren ist. Aber eins wollen wir unbedingt: Wir wollen, dass alle Menschen aus allen Schichten, Familien und Regionen die bestmöglichen Ausgangsbedingungen bekommen, damit sie das bestmögliche aus ihren Potentialen machen können.

Nicht alle Menschen sind gleich, nicht alle haben dieselben Potentiale.

Aber: Alle Menschen haben Potentiale. Und deswegen geht es um die Frage: Was muss passieren, damit sie diese Potentiale entwickeln können? Was müssen wir dafür tun? Welche Instrumente sind dafür notwendig? Darum geht es. Das ist die alles entscheidende Messlatte für das, was wir politisch unternehmen. Ich bin überzeugt: Wenn wir beharrlich und präzise dieses eine zentrale Ziel verfolgen – mehr Lebenschancen für mehr Menschen in Brandenburg –, dann wird die Brandenburger Sozialdemokratie auch bei den kommenden Wahlen gut aussehen. Wenn immer mehr Menschen spüren und wissen: Wir stehen auf ihrer Seite – dann werden wir erfolgreich sein.

IV. Wir waren in den vergangenen Jahren auf der Ebene unserer Einsichten und unserer Programmatik auf der Höhe der Zeit. Wir haben ein paar zentrale Wahrheiten begriffen, und uns von bestimmten Illusionen der Nachwendjahre getrennt. Darüber können wir sehr selbstbewusst sprechen. Es ist kein Makel dazuzulernen.

Was haben wir gelernt? Was wissen wir heute?

- Wir wissen heute, dass Wirtschaft vor allem die dynamische Entwicklung und Stärkung aller Potentiale heißen muss – nicht die statische Verwaltung des Bestehenden oder die Hoffnung auf den großen industriellen Durchbruch.
- Wir wissen heute, dass Arbeitsplätze in Zukunft zuvorderst nicht in der verarbeitenden Industrie entstehen werden – übrigens auch dann nicht, wenn dort schöne Gewinne gemacht werden. Die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen vor allem in den Dienstleistungsberufen.
- Wir wissen heute, dass gut bezahlte Arbeit in Zukunft immer stärker wissensintensive Arbeit sein wird; wir reden buchstäblich über Produkte und Dienstleistungen mit eingebautem Wissen. Und wenn dieses Wissen nicht auf der Höhe der Zeit ist, dann sind auch die Produkte nicht verkäuflich.
- Wir wissen heute, dass Wissen – und damit Wirtschaft, Arbeit, ein gutes Einkommen – niemals mehr ohne bestmögliche Qualifikationen möglich sein wird. Wer die Schule ohne Abschluss verlässt, der sieht einem Leben mit sehr geringen Perspektiven entgegen. Darum müssen wir dafür sorgen, dass unsere Kinder und unsere Enkel die Schulen mit zeitgemäßen Abschlüssen verlassen. Nur dann sehen wir selbst einer guten Zukunft entgegen.
- Wir wissen heute, dass Regionen miteinander im Wettbewerb stehen – im Wettbewerb um Menschen, um Wissen und Ideen, um Investitionen. Darum müssen sie mit allen ihren Pfunden wuchern. Es nützt uns nicht viel, Gleichheit für alle zu

verlangen, wenn dabei gleich ärmliche Verhältnisse für alle herauskommen. Deshalb müssen wir klipp und klar sagen: Brandenburg nimmt diesen Wettbewerb an. Wir *müssen* gut sein, wir *wollen* gut sein, und wir sind heute manchmal schon besser, als wir manchmal glauben. Wie gesagt: Das deutsche „Kinderland“ liegt jedenfalls nicht am Neckar.

- Wir wissen heute, dass Brandenburg große Chancen im Berliner Umland hat. Es sind überall in Europa die Regionen rund um die großen Städte, in denen heute die dynamischste wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen ist. Wohl gemerkt: nicht die Städte selbst, sondern die Gegenden rundherum. Große Städte bedeuten Wissen, bedeuten Entwicklung, bedeuten Kaufkraft für die gesamte Region.
- Wir wissen heute, dass sich die Entwicklung und das Erlblühen von Regionen nicht erzwingen lassen, weder mit viel Geld noch mit der Brechstange. In einer Welt, in der es immer mehr um Wissen geht, besteht die Gefahr, dass abgelegene Regionen ins Hintertreffen geraten. Und die Gefahr ist groß, dass diejenigen, die dort leben, von der Entwicklungsdynamik abgehängt werden. Das ist eine riesige Gefahr – aber mit leeren Versprechungen ist niemandem gedient. Und wer leere Versprechungen macht, verschafft sich vielleicht ein

gutes Gewissen – aber der hilft keinem einzigen Menschen. Wir müssen ehrlich sein: Wir können nicht gleiche Ergebnisse für alle in allen Regionen garantieren, aber wir können und müssen Lebenschancen für alle bieten. Ohne Wenn und Aber: Dies ist eine der ganz großen Herausforderungen – gerade für die Sozialdemokratie. Niemand soll zurückgelassen werden, und dafür kämpfen wir mit allen Mitteln. Aber eine Politik der Illusionen hilft niemandem.

- Und noch etwas wissen wir heute. Wir wissen heute, dass Toleranz nicht nur moralisch gut und richtig ist. Vielmehr hängen Wohlstand, Wachstum und Arbeit eng mit Toleranz zusammen. In der alten Industriegesellschaft war Toleranz kein wichtiger Wirtschaftsfaktor, heute ist sie es. Und das wird weiter zunehmen. Nur tolerante Regionen werden als lebenswerte Regionen erfahren – und nur lebenswerte Regionen können heute wirtschaftlich erfolgreich sein. Wo Intoleranz herrscht – oder auch nur dieser Eindruck entsteht – da ist die Zukunft schon verspielt.

V Das alles wissen wir heute besser. Wir haben Brandenburg seit 2004 deutlich spürbar in Bewegung gebracht, gerade weil wir aus diesen Einsichten politische Schlüsse gezogen haben. Die Landesregierung hat ihre

Arbeit 2004 unter das Motto der „Erneuerung aus eigener Kraft“ gestellt. Für diese „Erneuerung aus eigener Kraft“ haben wir seitdem hart gearbeitet. Und mittlerweile können wir auch erste handfeste Ergebnisse vorweisen. Sieben davon will ich nennen:

- *Erstens:* In Brandenburg sind heute 50.000 Menschen mehr in Arbeit als noch vor zwei Jahren. Das bedeutet 20 Prozent weniger Erwerbslose als zu Beginn der Arbeitsmarktreformen Anfang 2005.
- *Zweitens:* Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Brandenburg ist 2006 um 1,7 Prozent gestiegen. In ganz Deutschland war nur in Hamburg der Anstieg noch größer.
- *Drittens:* Wir reduzieren die Verschuldung. 2004 haben wir über 700 Millionen Euro an neuen Krediten aufgenommen. 2006 waren es nur noch 350 Millionen. Jeder Euro, den wir nicht neu aufnehmen müssen, spart uns in Zukunft Zinsen und schafft Handlungsspielraum.
- *Viertens:* Unsere Wirtschaft brummt. Wir haben derzeit das höchste Wachstum seit sechs Jahren. Das verarbeitende Gewerbe hat im vergangenen Jahr um satte 8 Prozent zugelegt.
- *Fünftens:* Der Export unserer Unternehmen stieg 2006 um ein Drittel auf ein absolutes Rekordniveau. Das sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft neue.

- *Sechstens:* Wir investieren mehr in die Bildung. Seit 2004 wurden in Brandenburg 171 neue Ganztagschulen eingerichtet – und jeden Monat werden es mehr.
- *Siebtens:* Wir haben Ausgaben des Landes für die Kitas von 120 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 137 Millionen in diesem Jahr erhöht – ein Anstieg von fast 15 Prozent. Wir haben die Sprachstandsmessung und Sprachförderung für Kinder eingeführt, und wir verbessern systematisch die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

VI. Was erklären all diese Zahlen? ■ Zum einen können wir – mit Stolz – feststellen: Wir haben unsere Versprechen gehalten. Wir haben versprochen, das Land zu erneuern. Wir haben versprochen, die Wirtschaftsförderung zu konzentrieren. Wir haben versprochen, die Qualität in der Bildung zu verbessern. Wir haben versprochen, alles dafür zu tun, dass in unserem Land neue – und zwar: neue gute Arbeitsplätze entstehen können.

Was wir heute in Brandenburg sehen, ist das Ergebnis harter Arbeit: harter Arbeit in der Regierung, in der Landtagsfraktion und in der Partei. Dafür möchte ich an dieser Stelle allen danken, die mitgeholfen haben, die zweite große Koalition in Brandenburg zu einem echten Erfolgsmodell zu machen.

Und zum anderen sehen wir jetzt: Die „Erneuerung aus eigener Kraft“, um die es uns ging, ist tatsächlich in Gang gekommen. Brandenburg ist tatsächlich ein Land in Bewegung, ist tatsächlich ein Land mit positiver Perspektive und mit allem Grund zu neuer Zuversicht. Gewinner dieser Entwicklung sind die Bürgerinnen und Bürger von Brandenburg.

Die jüngste Umfrage von Infratest in Brandenburg zeigt:

- 94 Prozent der Brandenburger sagen, dass sie gerne in unserem Land leben.
- 69 Prozent der Brandenburger äußern sich zufrieden über ihre persönliche Lebenssituation.
- 72 Prozent der Brandenburger sagen: „Es gibt zwar Probleme in Brandenburg, aber wir schaffen das schon.“
- Volle zwei Drittel der Brandenburger sagen: „Unser Land bewegt sich in die richtige Richtung.“
- 76 Prozent der Befragten sagen: „Brandenburg wird sich im Wettbewerb der Regionen behaupten.“

So viel Zuversicht und Selbstbewusstsein in unserem Land war nie. Diese Zahlen belegen: Die Stimmung im Land ist besser geworden, die Menschen sind zuversichtlicher. Heute sind mehr Menschen davon überzeugt, dass die wirtschaftliche Lage sich bessert. Sie erleben, dass sie wieder einen Job finden können,

wenn sie zuvor arbeitslos gewesen sind. Oder dass sie sich nach einem anderen, interessanteren Arbeitsplatz umschauchen können, wenn sie das wollen. Das Lebensgefühl der Menschen in der ganz breiten bodenständigen Mitte unserer Gesellschaft verändert sich Schritt für Schritt. Das sind alle die, die morgens ihre Kinder in die Schule bringen, die arbeiten gehen, die ihre Steuern zahlen, die sich um Eltern und Großeltern kümmern, die sich in Vereinen und Initiativen engagieren.

Das Land glaubt an sich

Diese aktive Mitte der Brandenburger Gesellschaft ist breiter, als wir manchmal selber glauben. Fast 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bezeichnen sich heute als „Mitte“. Und diese Mitte entwickelt sich – und mit ihr auch das Selbstbewusstsein. Da entsteht mehr Bereitschaft zum Anpacken, da sinkt der Hang zu Missmut und Verdrossenheit. Und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass immer mehr Menschen im Land an dieser Entwicklung teilhaben können – nicht nur die, die heute schon zur aktiven Mitte zählen.

Die Zahlen belegen jedenfalls: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen besserer Politik und besserer Stimmung. Bessere Politik führt zu besserer Stimmung und damit letztlich auch zu besseren Ergebnissen. Und bessere Ergebnisse werden dazu führen, dass die Stimmung

sich weiter verbessert. Diesen positiven Kreislauf müssen wir unbedingt in Gang halten. Ich sage sehr bewusst: Wir! Auf uns Sozialdemokraten kommt es dabei an! Denn dieser Kreislauf ist ganz sicher eines nicht: Er ist kein *Perpetuum Mobile*, das sich von allein in Bewegung hält. Und darum: Wir können es uns schlicht nicht erlauben, uns zurückzulehnen. Das Land nicht, die Politik nicht, die Brandenburger nicht. Wer Pause macht, fällt zurück. Die anderen Regionen, in Deutschland aber auch in unseren Nachbarländern, warten nicht auf uns.

Wir wollen die Hoffnung der Brandenburger erfüllen, dass sich ihre Heimat im Wettbewerb der Regionen behaupten wird. Aber dafür müssen wir auch in den kommenden Jahren hart arbeiten. Genau das erwarten die Menschen von uns. Wir müssen für diejenigen da sein, die zupacken und zupacken wollen. Für die Leute, die nichts geschenkt bekommen, aber auch nichts geschenkt bekommen wollen.

Perspektiven für alle

Und wir müssen denjenigen konkrete Perspektiven anbieten, deren Bedingungen nicht so günstig aussehen. Immerhin ein knappes Drittel der Brandenburger ist nicht zufrieden mit dem eigenen Leben, immerhin ein Drittel hat Angst um den eigenen Arbeitsplatz, immerhin ein Drittel sieht sich auf der Verliererstraße, im-

merhin 5 Prozent sagen: „Wir leben nicht gerne in Brandenburg“, und ebenfalls immerhin 5 Prozent ordnen sich selbst als „Unterschicht“ ein.

VII. Auch um sie alle – und gerade um sie – geht es uns mit aller Macht. Aber wir werden ihnen nicht helfen, wenn wir Zufriedene und Unzufriedene gegeneinander ausspielen, wenn wir Gewinner und Verlierer, Oben und Unten gegeneinander ausspielen. Sondern nur indem wir allen zusammen immer wieder klar machen: Es gibt nur ein Brandenburg, ein Brandenburg für alle. Nur zusammen werden wir erfolgreich sein.

Und deshalb: Wir Sozialdemokraten müssen für die breite, aktive und solidarische Mitte der Brandenburger Gesellschaft da sein. Wir müssen ihr helfen, wir müssen sie verstärken, auch weil unser Land umgekehrt auf ihre Hilfe und ihre Solidarität mit den Schwächeren angewiesen ist. Wir müssen ihr Ansprechpartner sein. Wir müssen die Mitte stärken und ihre Interessen vertreten. Das sind die Leute, die unser Land tragen, die es zusammenhalten, die Brandenburg nach vorne bringen, die zur Solidarität bereit und fähig sind.

Diese aktive Mitte unserer Gesellschaft und ihre Einstellungen müssen wir schon deshalb stärken, damit wir bei der nächsten Konjunkturdelle nicht gleich wieder ins nächste Stimmungs-

loch fallen. Es kann ja gut sein, dass es auch mal wieder schlechtere Zahlen auf dem Arbeitsmarkt oder beim Wachstum gibt – aus Gründen, die wir in Brandenburg nicht zu verantworten haben. Dann sind wir darauf angewiesen, dass nicht sofort wieder die Prediger des Pessimismus den Ton angeben. Die Entmutiger und Pessimisten dürfen in Brandenburg niemals das große Wort führen. Deshalb müssen wir die Politik der Zuversicht auch in Zukunft weiter verfolgen. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen mit Optimismus in die Zukunft blicken.

VIII. Wie sehen also unsere Aufgaben für die kommenden Jahre aus – bis 2009 und darüber hinaus? Um fünf große Felder muss es uns gehen:

- *Erstens:* Bildung ist die Voraussetzung für fast alles andere. Brandenburg muss das Land der guten Bildung für alle sein – und zwar der guten Bildung von Anfang an. Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung ist und bleibt das zentrale sozialdemokratische Leitmotiv. Bildung für alle Altersgruppen und in allen Regionen eröffnet Lebenschancen. Deshalb werden wir den Kurs der Qualitätsverbesserungen, den wir eingeschlagen haben, weiter fortsetzen.
Wir sind Vorreiter in Deutschland bei den Bildungsstandards in der Kita.
Wir sind Vorreiter in Deutschland bei

Sprachstandsmessung und Sprachförderung für unsere Kleinsten. Und wir sind Vorreiter in Deutschland bei der Ausweitung einer hochwertigen Ganztagschule. Die OECD bescheinigt Brandenburg, dass bei uns die Durchlässigkeit bei den Bildungsabschlüssen größer ist als in anderen Teilen Deutschlands. Bei uns ist der Bildungserfolg schon heute weniger vom sozialen Status der Kinder oder Eltern abhängig als anderswo. Daran werden wir weiter arbeiten. Doch damit können und wollen wir uns noch lange nicht zufrieden geben.

- Unser Ziel muss sein, dass mehr Schüler Abitur machen als bisher. Derzeit sind es 40 Prozent Abiturienten, unser Ziel sind 50 Prozent – ohne Qualitätseinbußen. Wer glaubt, das ginge nicht: Skandinavien beweist uns das Gegenteil.
- Unser Ziel muss sein, dass mehr Abiturienten ein Studium aufnehmen. Derzeit sind das bei uns nur 65 Prozent, bundesweit dagegen 71. Und wir wollen, dass angefangene Studiengänge auch abgeschlossen werden; die Abbrecherquote muss sinken.
- Unser Ziel muss sein, dass wir gute Schulen in allen Regionen des Landes haben.
- Unser Ziel muss sein, dass mehr Kinder aus allen sozialen Gruppen eine gute und immer bessere

Bildung erhalten. Deshalb sollen die Kleinen Grundschulen in den dünn besiedelten Regionen erhalten bleiben. Auch in Zukunft sollten dort an den weiterführenden Schulen siebente Klassen mit zwei mal 15 Schülern eröffnet werden können.

Noch einmal: Es geht uns um Lebenschancen, um Gerechtigkeit, um Chancengleichheit und darum, dass keine Potentiale verloren gehen dürfen. Deshalb sollen Kinder der 11. bis 13. Klasse aus sozial schwachen Haushalten eine finanzielle Unterstützung bekommen, wenn sie Abitur machen wollen. Deshalb soll das „Schüler-BAföG“ auf diese Gruppe ausgeweitet werden. Besonders gute Leistungen sollen mit einem Aufschlag beim Schüler-BAföG honoriert werden. Wenn das auf Bundesebene nicht machbar ist, werden wir überlegen, ob wir das hier im Land selbst verwirklichen können.

Wir wollen die Eltern-Kind-Zentren ausbauen, die Eltern und Kinder aus sozial schwachem Umfeld gezielt unterstützen. Wir wollen die „Netzwerke Gesunde Kinder“ landesweit etablieren. Dort arbeiten Geburtshilfe, Ärzte, Ämter, Kitas und ehrenamtliche Paten eng zusammen und unterstützen Familien mit Kindern.

- *Zweitens:* Brandenburg muss das Land der zupackenden kleinen und

mittleren Unternehmen sein. Unsere kleinen Unternehmen leisten Großes – das kann man nicht oft genug sagen. Aber für manche Aufgaben sind unsere Unternehmen häufig noch zu klein. Neben den dringenden Fragen wie Auftragsabwicklung, Finanzierung oder Marketing geraten langfristige wichtige Fragen wie Personalentwicklung und Personalmanagement häufig in den Hintergrund. Das sind aber heute ganz entscheidende Themen. Bis zum Jahr 2015 werden wir etwa 200.000 gut ausgebildete Fachkräfte in Brandenburg brauchen. Zugleich aber nimmt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung um 15 Prozent ab, die Zahl der Schulabgänger sinkt in den kommenden Jahren rapide. Und daneben schreitet der Wandel in unserer Wirtschaft fort, die Berufe von gestern sehen morgen ganz anders aus.

Deshalb muss Brandenburg das Land der hervorragenden Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen werden. Die enge Zusammenarbeit zwischen Betrieben, Hochschulen, Eltern, Schülern und Lehrern ist die Bedingung dafür, dass uns in Zukunft nicht Fachkräfte fehlen. Die Landesregierung wird bei der Fachkräftesicherung helfen, indem sie zusammen mit den Kammern ein Fachkräftemonitoring aufbaut. Damit werden wir Angebot und Nach-

frage besser aufeinander abstimmen. An allen weiterführenden Schulen brauchen wir eine systematische Studien- und Berufsorientierung. Die Kammern und die Landesregierung veranstalten am 12. Mai den deutschlandweit ersten „Tag des offenen Unternehmens“. Mehrere hundert Unternehmen laden dann Schüler, Lehrer, Eltern und Großeltern ein, um sich in den Unternehmen ihrer Region umzusehen. Sie alle sollen sehen, was unsere Unternehmen leisten, welche spannenden Berufe es gibt, welche Anforderungen und Fähigkeiten unsere Unternehmen heute brauchen. Ich bin sicher: Das wird ein guter Tag für Brandenburg. Er wird zeigen, dass wir ein Land voller Ideen und guter Perspektiven sind. Und ich bin sicher, dass wir diesen Tag in den kommenden Jahren wiederholen werden. Daneben werden wir die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen weiter verbessern. Bei der Infrastruktur haben wir bereits fast alle Lücken geschlossen. Die Wirtschaftsförderung ist umgestellt und wird evaluiert. Beim Weg in die Wissensgesellschaft wollen wir zusammen mit der Wirtschaft eine gemeinsame Strategie zur Verbreitung des Breitbandes entwickeln. Informations- und Kommunikationstechnologien sind ein Standortfaktor für Unternehmen. Sie

sind aber auch weit mehr als das. Wir werden sie in Zukunft auch brauchen, wenn wir am technologischen Fortschritt teilhaben wollen – in der Telemedizin, beim Nutzen der elektronischen Gesundheitskarte, beim E-Learning oder bei der Verwaltungsmodernisierung. Eine Spaltung des Landes in *Online-* und *Offline-*Regionen werden wir nicht zulassen. Auch das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit unter neuen Bedingungen.

- *Drittens:* Brandenburg muss ein Land mit solidem Haushalt sein. Unser finnischer Freund Paavo Lipponen hat uns Deutschen aus seinen eigenen Erfahrungen heraus ins Stammbuch geschrieben: „Wirtschaftliche Belebung setzt gezwungenermaßen die Konsolidierung der Staatsfinanzen voraus.“ Diesen Rat haben wir in den vergangenen Jahren beherzigt. Und wir werden das weiter tun. Die Neuverschuldung haben wir in Brandenburg seit 2004 halbiert, 2006 haben wir so wenig Schulden aufgenommen wie noch nie in der Geschichte Brandenburgs. Wir reduzieren die Neuverschuldung aber nicht aus Selbstzweck. Wir bauen damit Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates auf. Denn ab sofort bekommen wir jedes Jahr weniger Geld aus dem Solidaripakt. Im Jahr 2020 wird

unser Landeshaushalt nicht mehr zehn sondern nur noch etwa acht Milliarden Euro betragen. Wenn wir dann noch Politik gestalten wollen und nicht bloß verwalten – wenn wir dann nicht den größten Teil der Einnahmen für Zinsen und Pensionen ausgeben wollen – dann müssen wir heute handeln. Deshalb wollen wir spätestens ab 2010 keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Und deshalb wollen wir danach auch beginnen, die Schulden Schritt für Schritt abzutragen.

- *Viertens*: Brandenburg muss Scharnier und Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa sein. Brandenburg liegt geografisch privilegiert in der Mitte des neuen Europa. Aus dieser Lage müssen wir in Zukunft mehr machen. Wir sind das Bundesland mit der längsten gemeinsamen Grenze zu Polen. Die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist zentral für die deutsch-polnischen Beziehungen. Aufgrund seiner Erfahrungen in den vergangenen Jahren kann Brandenburg ein guter Partner für unsere Freunde in Osteuropa sein, ein Mittler von Interessen zwischen Ost und West. Dabei wollen wir nicht nur unser wirtschaftliches und kulturelles *Know how* anbieten, sondern auch unsere Erfahrungen beim Aufbau von Demokratie und modernem Sozialstaat.

Dieses Engagement ist gut für Brandenburg. Es stärkt die Verbindung zwischen den Menschen. Es ist auch Voraussetzung für wirtschaftlichen Austausch und für das weitere Wachstum unserer Exporte. Für dieses Verständnis wird der neue Flughafen Berlin-Brandenburg International das Symbol sein: Er ist ein Brandenburger Projekt zum Nutzen des ganzen Kontinents.

- *Fünfstens* schließlich: Brandenburg muss ein Land der guten Lebenschancen für alle werden. In den vergangenen Jahren haben wir viel geschafft. Aber es bleibt noch viel zu tun. Jeder, ob jung oder alt, soll sich in Brandenburg wohl fühlen können. Vor allem aber soll jede und jeder handfeste Perspektiven haben, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Wir wollen die bestmögliche Kinderbetreuung. Wir wollen eine umfassende und innovative Beratung und Betreuung für alle Familien. Wir wollen, dass gute Schulen in allen Regionen eine gute Ausbildung garantieren. Wir wollen gute Ausbildungsplätze in modernen Berufen. Und wir wollen ein tolerantes gesellschaftliches Klima. Wir wollen ein weltoffenes Land. Und wir wollen den demografischen Wandel mit dem engen Zusammenhalt der Generationen beantworten.

Genau daraus ergibt sich die Zukunftsfähigkeit unserer Heimat. Genau daraus ergeben sich die Lebenschancen für die Menschen in unserem Land. Mehr Lebenschancen für mehr Menschen – das ist das Ziel der Brandenburger Sozialdemokratie für die nächsten Jahre.

IX. Das alles zusammen ist ein ehrgeiziges Programm. Ich weiß das. Nicht alles davon können wir in den verbleibenden gut zwei Jahren dieser Wahlperiode verwirklichen. Dieses Programm ist ehrgeizig für die Partei, aber vor allem ist es auch ehrgeizig für das Land. Aber mit nichts weniger können wir Sozialdemokraten uns zufrieden geben, wenn es uns um das Wohl unserer Heimat geht. Für dieses Programm der Lebenschancen müssen wir werben. Für dieses Programm der Lebenschancen müssen wir einstehen. In die Tat umsetzen können wir es aber nur, wenn wir Mehrheiten im Land, bei den Menschen und in den Parlamenten haben.

Deshalb sind die kommenden Jahre so wichtig – nicht nur für Brandenburg, sondern auch für die SPD. Wir haben bei den Kommunalwahlen 2003 einen kräftigen Schuss vor den Bug bekommen, auch wenn die Schuld dafür nicht allein in Brandenburg lag. Im Herbst 2008 sind erneut Kommunalwahlen. Sie entscheiden, wer in den Rathäusern und Kreistagen sitzt. Vor allem aber ent-

scheiden sie darüber, wer in den Kreisen die Landräte stellen wird. Deshalb muss überall unser erstes Ziel sein: Wir wollen wieder auf Platz 1!

Bündnis mit den Bürgern

Die Chancen dafür stehen gut. Wir haben im vergangenen Herbst in den „schwarzen Festungen“ Cottbus und Senftenberg gezeigt, dass wir gewinnen können. Diese Erfolge bei den Bürgermeisterwahlen wollen wir in diesem Jahr fortsetzen, in der demnächst fünftgrößten Brandenburger Stadt, in Falkensee, und auch in Ludwigsfelde.

Im März 2007 haben der *rbb* und die *Märkische Allgemeine* in einer Umfrage 39 Prozent für die SPD ermittelt. Das sind fast 15 Prozent Vorsprung vor unseren Verfolgern. Das sind 7 Prozent mehr als bei der Landtagswahl. Diese Umfrage ist ein Zwischenstand, mehr nicht. Sie ist der Lohn für die harte Arbeit der vergangenen Jahre. Aber sie ist eines ganz sicher nicht: ein Ruhekissen, auf dem wir uns ausruhen können.

Wenn wir auch in Zukunft weiter erfolgreich sein wollen, braucht es eins: Geschlossenheit. Die Herausforderungen der nächsten Jahre können wir nur gemeinsam meistern. Wir wollen die Kommunalwahlen 2008 gewinnen. Wir wollen die Landtags- und Bundestagswahlen 2009 gewinnen. Denn wir sind die Brandenburg-

partei. Dafür müssen wir alle zusammenstehen: in den Kommunen, in den Kreisen und im Land. Solidarität ist nicht nur der Markenkern der Brandenburger SPD nach außen. Sie ist auch unser wichtigster Kitt nach innen. Das war so, das ist so und das muss auch so bleiben.

Wenn wir das beherzigen, wenn wir unseren Weg jetzt beherzt weitergehen, dann ist mir um unser Bündnis mit den Bürgern nicht bange. Dann ist mir auch um Brandenburg nicht bange. Die SPD war, ist und bleibt die Brandenburgspartei. Das ist gut für uns. Vor allem aber ist das gut für unser Land. ■

MATTHIAS PLATZECK

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg und Landesvorsitzender der SPD.

Die Zukunft im Blick

WARUM DIE NEUEN LÄNDER SCHON HEUTE
ÜBER DAS JAHR 2020 HINAUS DENKEN MÜSSEN
VON **JENS BULLERJAHN**

Vor kurzem führte mich mein Weg wieder mal nach Potsdam. Das Thema des Abends war so klar umrissen wie es auch abstrakt war: Es ging um den Sozialstaat. Es ging darum, welche Chancen unsere Gesellschaft an der Schwelle des Übergangs vom Industriezeitalter zur wissensbasierten Epoche haben könnte. Darum, was wir uns heute noch leisten können und darum, was wir leisten müssen. Ob wir nachsorgen oder vorsorgen sollten. Ob das eine das andere ausschließt. Es ging im Kern also um eine ganz zentrale Frage: Wie gestalten wir unsere Finanzpolitik so, dass wir auch den nachfolgenden Generationen die Möglichkeit des selbstbestimmten Handelns garantieren?

Zugegeben: eine große Frage. Insofern war es fast schon symbolisch, dass man an jenem Abend in dem Potsdamer Hotel auf dem Weg in den Veranstaltungssaal einen Teppich passieren musste, auf den ein kluger Satz von Albert Einstein gedruckt worden war: „Wichtig ist, dass man nicht aufhört

zu fragen.“ Treffender hätte man die längst noch nicht abgeschlossenen Überlegungen zu diesem Thema kaum fassen können.

Beispiellose Transformation

Denn tatsächlich ist das, was der Transformationsprozess nach 1990 den neuen Ländern abverlangte, ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte. Damit sind nicht nur die tief greifenden politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen gemeint. Dies bezieht sich vor allem auch auf den wirtschaftlichen und damit einhergehend auf den finanzpolitischen Umbau unserer Gesellschaft. Gerade weil die ostdeutschen Bundesländer – allesamt Nehmerländer im Finanzausgleich – von der Solidarität des Westens profitieren, sind sie in der Pflicht einer strategischen Konsolidierung. Sie können auf diese Weise ein Stück der gelebten Solidarität zurückgeben.

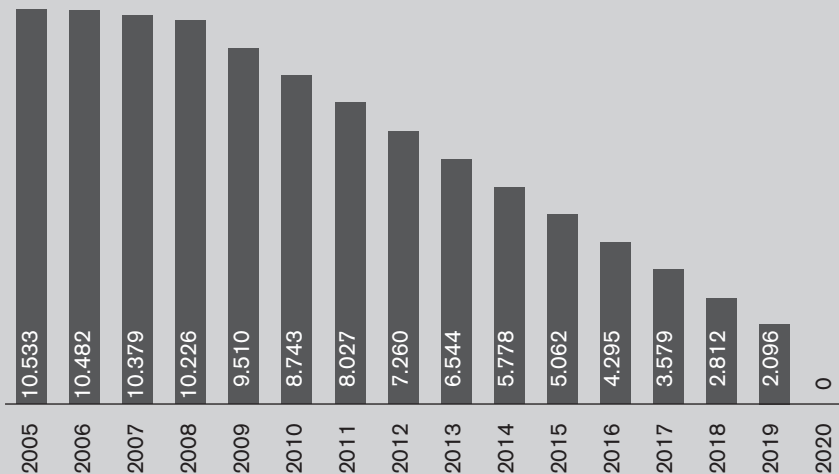
Vergessen wir nicht: Entsprechend dem Europäischen Stabilitäts- und

Wachstumspakt sind die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen Haushalt anzustreben, wofür der schöne Begriff *close to balance* gefunden worden ist. Das erfordert auf allen staatlichen Ebenen – bei Bund, Ländern und Kommunen – entsprechende finanzpolitische Weichenstellungen.

Die Bundesrepublik sieht sich vereinigungsbedingt dabei einer besonderen Herausforderung gegenüber. Die Haushalte der neuen Länder sind gegenwärtig noch gekennzeichnet durch geringere Steuereinnahmen als im Bundesdurchschnitt – Schritt für Schritt arbei-

ten alle Länder daran, ihre Steuerdeckungsquote zu erhöhen. Wegen der noch niedrigen Steuerdeckungsquote erhalten sie zum einen aus dem Länderfinanzausgleich, zum anderen aus den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen zusätzliche Mittel, um ihre Aufgaben angemessen wahrzunehmen. Drittens werden – zeitlich befristet – Solidarpaktmittel in Form der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau der noch vorhandenen Infrastrukturlücke sowie zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft gewährt. Diese sind – entsprechend der erwarteten weiteren Ent-

Entwicklung der Solidarpaktmittel (Korb 1) für die neuen Länder und Berlin 2005-2020 (in Millionen Euro)



Quelle: MF ST

wicklung in den neuen Ländern – degressiv ausgestaltet. Für die Haushalte der neuen Länder bedeutet dies, sich rechtzeitig auf die rückläufigen überproportionalen Einnahmen aus dem Solidarpaket II einzustellen, die derzeit noch rund 15 Prozent der Ausgaben decken (Korb I).

Aufbau Ost bis 2020

Neben den Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen stellt der Bund im Rahmen des sogenannten „Korbes II“ des Solidarpakts weitere Mittel für den Aufbau Ost zweckgebunden für bestimmte Programme bereit, z. B. die Gemeinschaftsaufgaben für regionale Wirtschaftsförderung, zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, Bildungsplanung, aber auch im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, für Wohnungs- und Städtebauförderung sowie weitere Zwecke. Diese Mittel müssen zumeist von den neuen Ländern kofinanziert werden. Sie übernehmen also an diesen Programmen einen eigenen Finanzierungsanteil, der auch aus den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen entnommen werden kann.

Entsprechend liegen Einnahmen und Ausgaben der neuen Länder auf einem Niveau, das derzeit deutlich über dem Niveau vergleichbarer westdeutscher Länder liegt. Dies kann nur für einen befristeten Zeitraum von der

Solidargemeinschaft finanziert werden. Deshalb werden die zurückgehenden Einnahmen bis zum Jahr 2020 Ausdruck des sich in allen neuen Ländern vollziehenden Normalisierungsprozesses sein. Außerdem wird es zur Sicherung künftiger Gestaltungsspielräume angesichts steigender Zinslasten in den nächsten Jahren erforderlich sein, die in den meisten neuen Ländern noch nötige Neuverschuldung mittelfristig zurückzuführen. Im Ergebnis sind deutliche Einnahmerückgänge zu kompensieren. Im Folgenden sollen die Herausforderungen, vor denen alle neuen Länder stehen, exemplarisch am Beispiel Sachsen-Anhalts dargestellt werden.

40 Prozent mehr Geld

Sachsen-Anhalt wird entsprechend seiner Mittelfristigen Finanzplanung die Neuverschuldung bis spätestens zum Jahr 2010 – wenn möglich eher – beenden. Trotz steigender Steuereinnahmen bis zum Jahr 2020 wird das Land jedoch etwa 1 bis 1,5 Milliarden Euro weniger an Einnahmen zur Verfügung haben, um seine Aufgaben zu erfüllen und die Bürger mit entsprechenden Gütern und Leistungen zu versorgen. Dies ist letzten Endes aber Ausdruck der Anpassung an das so genannte „Normalniveau“: Im Jahr 2005 hatte Sachsen-Anhalt etwa 140 Prozent des Ausgabenniveaus west-

deutscher Vergleichsländer¹, das durch entsprechend höhere Einnahmen gedeckt wurde. Insbesondere bei den Zahlungen an die Kommunen, beim Arbeitsmarkt sowie bei den Investitionen wurden deutliche Mehrausgaben geleistet, um den Anpassungsprozess der neuen an die alten Länder weiter voranzubringen.

Trotz der überdurchschnittlichen Ausgaben zugunsten der Kommunen heißt das nicht, dass diese automatisch auf finanziell sicheren Füßen stehen. So muss beispielsweise Halle, als die größte Stadt Sachsen-Anhalts, trotz der Zuweisungen des Landes und trotz steigender Steuereinnahmen zum Jahresende 2007 ein Defizit von ca. 316

1 Dabei handelt es sich um die so genannten finanzschwachen westdeutschen Flächenländer, die ebenfalls Empfängerländer im bundesstaatlichen Finanzausgleich sind: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Ausgabenbereiche 2005 im Vergleich

	Sachsen-Anhalt in Mio. Euro	Sachsen-Anhalt in Euro pro Einwohner	Finanzschwache Flächenländer West in Euro pro Einwohner	Sachsen-Anhalt in % der finanzschwachen Flächenländer West
Personalausgaben, insb. für Lehrer, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung	2.320	934	1.104	85 %
Sachausgaben, insb. für Mieten, IT, Bewirtschaftung der Immobilien, Zinsausgaben	462	186	205	91 %
lfd. Zahlungen an Gemeinden (ohne Fluthilfe 2002)	876	353	293	120 %
lfd. Zahlungen an Gemeinden (ohne Fluthilfe 2002)	2.489	1.002	542	185 %
Zuschüsse an Unternehmen	1.210	487	238	205 %
Erstattungen für die Zusatz- und Sonderversorgung der DDR	388	156	0	–
Sozialausgaben (Renten, Unterstützungen usw.)	189	76	46	166 %
lfd. Zahlungen an Sonstige	243	98	120	82 %
Investitionsausgaben (ohne Fluthilfe 2002), insb. für regionale Wirtschaftsförderung, Straßenbau, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau, Gesundheitswesen	1.925	775	266	291 %
Gesamtausgaben (ohne Fluthilfe 2002)	10.101	4.067	2.814	144 %

Quelle: MF ST

Millionen Euro abtragen. Warum ist das so? Ein Grund ist die Einnahmesituation insgesamt. Vergleiche mit sächsischen Städten wie Leipzig oder Chemnitz belegen, dass die Einnahmen bei den Gewerbesteuern in den sachsen-anhaltischen Städten deutlich niedriger liegen. In den sächsischen Kommunen ist die Einnahmesteigerung nachweislich in den städtischen Randbereichen erzielt worden, die durch Umland-Eingemeindungen als Flächengewinn verbucht werden konnten.

Halle ist kein Einzelfall. In allen neuen Ländern ist also eine Politik nötig, die eine partnerschaftliche Balance zwischen den finanziellen Interessen des Landes und denen der Kommunen sicherstellt. Denn klar ist auch, dass höhere Zuweisungen des Landes an die Kommunen die eigenen Ausgabemöglichkeiten des Landes noch weiter reduzieren.

8 Prozent fallen weg

Zurück zu den Mehrausgaben Sachsen-Anhalts: Auch in den politisch prioritären Bereichen der Bildung sowie der flächendeckenden Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen wurden deutliche Mehrausgaben geleistet. Aus

den zurückgehenden Einnahmen einerseits und den derzeit überproportionalen Ausgaben andererseits ergibt sich der zu bewältigende Handlungsbedarf. Wie ein aktuelles wissenschaftliches Gutachten bescheinigt, werden für Sachsen-Anhalt in den nächsten drei Jahren ca. 8 Prozent, in den folgenden zehn Jahren je nach Annahme des weiteren wirtschaftlichen Wachstums und damit der zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen etwa 8 bis 16 Prozent der heutigen Ausgaben wegfallen müssen.²

Nicht alles ist bezahlbar

Dies gilt in ähnlicher Weise für alle neuen Länder – auch Brandenburg hat gerade ein entsprechendes Gutachten mit ähnlichen Befunden vorgelegt.³ Die Rückführung der Ausgaben in Sachsen-Anhalt wird allerdings nicht gleichmäßig alle Bereiche betreffen: Zu unterscheiden ist zunächst zwischen überwiegend verwaltungsorientierten Bereichen (z. B. Polizei, Justiz, Finanzverwaltung) und den Subventionsbereichen, die den Hauptteil der überproportionalen Förderung Ost beinhalten. Weiterhin ist bei den personalintensiven Bereichen zu unterscheiden, wie die derzeitige Ausstattung im Vergleich zu den finanzschwachen West-Ländern, aber

² Vgl. Joachim Ragnitz und Helmut Seitz, Gutachten zur Ermittlung haushaltswirtschaftlicher Kennziffern für das Land Sachsen-Anhalt, Halle/ Dresden 2006, S. 77ff.

³ Vgl. Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg (Hg.), Durchführung einer Benchmarking-Analyse des Landeshaushaltes Brandenburg zur Unterstützung der Haushaltsaufstellung 2008/2009, 11.12.2006

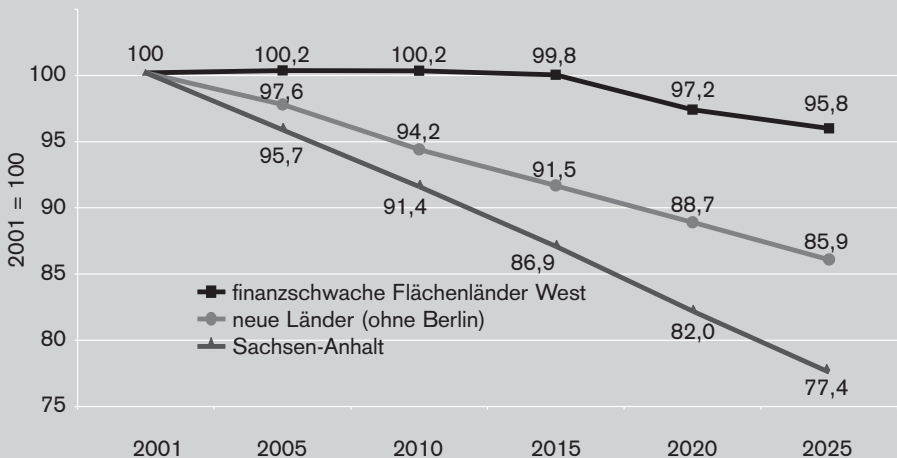
auch im Hinblick auf die künftige demografische Entwicklung zu bewerten ist. Für Sachsen-Anhalt, aber auch für die übrigen ostdeutschen Flächenländer, hat das erwähnte wissenschaftliche Gutachten eine personelle Mehrausstattung je Einwohner festgestellt, obwohl in den vergangenen Jahren bereits deutlich Stellen abgebaut worden sind.

Der hier festgestellte Handlungsbedarf wird für Sachsen-Anhalt durch den zu erwartenden Einwohnerrückgang von etwa 500.000 Menschen bis 2025 weiter verstärkt. Künftig wird es also nicht möglich sein, die bisherige Ausstattung des Landes mit Lehrern, Polizisten usw. in absoluter Höhe aufrecht

zu erhalten. Dies ist bereits mittelfristig nicht mehr finanzierbar. Aber auch die Förderpolitik des Landes wird sich stärker als bisher an Effizienzkriterien ausrichten müssen. Nicht alles, was wünschenswert wäre, wird künftig auch bezahlbar sein. Umso mehr kommt es auf eine ausgewogene, möglichst viele Interessen berücksichtigende Ausgabenpolitik des Landes an. Hier wird Sachsen-Anhalt mit dem neuen Doppelhaushalt 2008/2009 entscheidende Weichenstellungen vornehmen.

Die Landesregierung hat ihre künftige strategische Arbeit unter das Motto „Konsolidieren – Investieren – Vorsorgen“ gestellt. Die folgenden Leitgedan-

Bevölkerungsprognosen 2001-2025 im Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt ST

ken bestimmen dabei die weitere Arbeit:

- Haushaltskonsolidierung: Zukunftsinvestitionen ohne Neuverschuldung,
- Vorbereitung der Einführung neuer Steuerungsmodelle: Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung in der Landesverwaltung,
- Personalentwicklungskonzept des Landes: Strategien für eine effiziente Verwaltung,
- Aufbau eines Pensionsfonds: Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben,
- Stiftung Sachsen-Anhalt (Zukunftsfonds): Privatisierungserlöse nachhaltig investieren,
- verstärkte Nutzung von *Private Public Partnership*,
- optimiertes Immobilienmanagement des Landes,
- zentrales Beteiligungsmanagement,
- Fördermittelcontrolling und
- moderne Landesverwaltung: Strukturen reformieren (Finanzverwaltung/Justiz).

Ständiges Anpassen

Erstmals mit der Mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 hat die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auch eine langfristige Projektion zur künftigen Haushaltsentwicklung vorgelegt. Diese wird fortlaufend überarbeitet und bildet ausgehend von der

langfristigen Einnahmeentwicklung die Grundlage für die Ermittlung der finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten des Landes, an die die Ausgabenstruktur des Landes anzupassen ist. In einem zweiten Schritt wurden in dieser Langfristbetrachtung zudem die bisherigen Ausgaben analysiert und in ihrer aktualisierten Entwicklung ebenfalls in die Zukunft projiziert. Auf diese Weise ergibt sich eine finanzielle Entwicklungsperspektive für einzelne Ausgabearten bzw. Politikbereiche.

Priorität für Bildung

Diese Projektion verdeutlicht den in allen Bereichen bestehenden Handlungsbedarf. Es geht um die Notwendigkeit struktureller Veränderungen, die allerdings nicht allein mittel- bis langfristiges Handeln verlangen, sondern bereits in den kommenden Jahren grundlegende Weichenstellungen erzwingen. Das wird allein dadurch deutlich, dass die Projektion für den Ausgabenbereich Universitäten und Hochschulen bis zum Jahr 2020 einen konstanten Betrag vorsieht, was angesichts der degressiven Entwicklung des Haushaltvolumens eine relative Zunahme der Ausgaben in diesem Sektor bedeutet. Schon daran kann man erkennen, welche Priorität die Landesregierung der Bildungspolitik einräumt.⁴

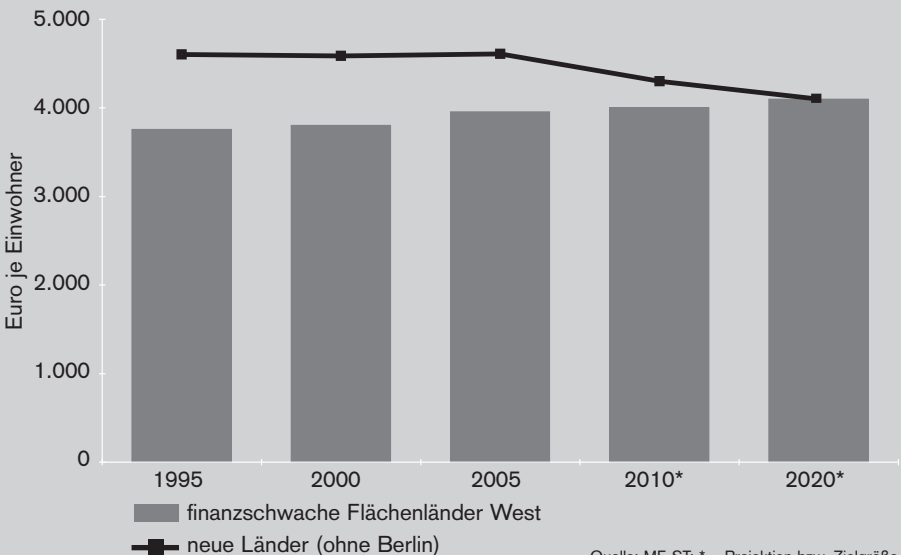
⁴ Vgl. www.finanzplanung.sachsen-anhalt.de

Die Langfristprojektion wurde zwischenzeitlich bis zum Jahr 2025 erweitert, um auch die weitere Entwicklung nach Auslaufen des Solidarpakts II bereits heute ins Auge fassen zu können. Dabei sind bereits Trends berücksichtigt. So werden die Ausgaben für das Kinderförderungsgesetz ab 2016 um jährlich ein Prozent zurückgehen – kein Wunder angesichts der demografischen Entwicklung. Die Ansätze für Schulen in freier Trägerschaft werden dagegen bis 2025 fortgeschrieben. Außerdem wird kontinuierlich ein Zukunftsfonds mit Privatisierungserlösen gespeist, aus dem dann dauerhaft innovative Projekte finanziert werden.

Ziel dieses Fonds, der in der Rechtsform einer Stiftung errichtet werden soll, ist es, Vermögen des Landes nicht im laufenden Geschäft aufzuzehren, sondern auf bestimmte Ziele zu konzentrieren.

Für alle neuen Länder gilt, dass die weiteren Anpassungsprozesse noch erhebliche strukturelle Veränderungen in den Länderhaushalten nach sich ziehen werden. Diese werden jährlich in den „Fortschrittsberichten Aufbau Ost“, die die neuen Länder dem Bundesfinanzministerium übermitteln, dargelegt. Hier wird auch die kommunale Ebene in ihrer weiteren Entwicklung dargestellt. Alle neuen Länder

Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben in den neuen Ländern (einschl. Kommunen) im Vergleich mit finanzschwachen Flächenländern West



zahlen gegenwärtig aus den ihnen zustehenden Steuereinnahmen sowie weiteren allgemeinen Einnahmen einen überdurchschnittlichen Anteil an die Kommunen zum Ausgleich der noch vorhandenen unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. In dem Maße, in dem die eigene Steuerkraft der Kommunen ansteigt, werden diese Ausgleichszahlungen zurückgeführt werden können. Dies spiegelt sich auch in der eingangs angesprochenen degressiven Ausgestaltung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wider. Die neuen Länder werden demnach bis 2020 über eine enorme Konsolidierungsleistung ihre pro-Kopf-Ausgaben schrittweise auf das „Normal-Niveau“ der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer absenken. Im Übrigen darf darauf hingewiesen werden, dass durch die Reduzierung der Neuverschuldung – Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben hier bereits Vorbildliches geleistet – ein rechnerischer Effekt zum Tragen kommt: Mit sinkender Neuverschuldung erhöht sich automatisch der Anteil der korrekten Mittelverwendung im Sinne der Definition des Fortschrittsberichts.

Geordnetes Schrumpfen

Mit Blick auf die erheblichen Veränderungen im demografischen Bereich, von dem alle neuen Länder betroffen sind –

Ausnahmen sind wegen der besonderen Wanderungsbewegung für den Raum Berlin-Brandenburg zu konstatieren – ist eine „geordnete Schrumpfung“ notwendig. Die Tatsache, dass die Zahl der Einschulungen und der Immatrikulationen an den Hochschulen erheblich sinkt, der Umstand, dass die Menschen älter werden und dadurch zum Beispiel ihre Pflegebedürftigkeit in erheblichem Maße zunimmt, verlangt nachhaltige Antworten durch die Politik. Dabei ist nicht zu vernachlässigen, dass es langfristig eine demografisch stärkere Hinwendung zu den Städten gibt. Wir werden also in viel stärkerem Maße als bisher von den Städten, den Zentren her denken müssen.

Format 16:9

Dasselbe gilt meines Erachtens auch für eine nachhaltige Investitions- und Förderpolitik. Ihr Ziel muss sein, die Zentren dauerhaft zu stärken und über diesen Weg die anderen Regionen mitzuziehen. Wohl wissend, dass der Erfolg dieses Weges durchaus auch hinterfragt wird, hat die Landesregierung in Sachsen-Anhalt beschlossen, eine so genannte Cluster-Analyse anfertigen zu lassen. Mit Ergebnissen wird Ende dieses Jahres gerechnet.

Dass die Diskussion um leistungsfähigere Einheiten und die Stärkung von Regionen oft auf die Formel „Länderneugliederung“ reduziert wird, ist

mir durchaus bekannt. Und dennoch: Ich bleibe dabei, dass am Ende eines sicher noch 15 Jahre dauernden Prozesses der Angleichung von Rahmenbedingungen (inklusive geordneter Staatsfinanzen) auch die Frage von Länderneugliederungen stehen muss und stehen wird. Im Rahmen der Verhandlungen zur zweiten Föderalismusreform wird dieses Thema sicherlich wieder auf die Tagesordnung kommen.

Mein Deutschlandbild hat dabei ein konkretes Format: Und das heißt 16:9. Neun Länder und darunter ein Bundesland Mitteldeutschland bieten die Chance, leistungsfähige Einheiten zu entwickeln, die in der Lage sind, auch in der ersten Liga – mit Bayern oder Baden-Württemberg – mitzuspielen. Dies gilt gerade auch für Ostdeutschland mit seinen spezifischen und vielschichtigen Problemen (wobei insbesondere für Berlin gilt, dass seine speziellen Probleme nicht repräsentativ für die neuen Länder sind).

„Weiter so“ geht nicht

Geordnete Schrumpfung, sinnvoller und zielgerichteter Einsatz der finanziellen Ressourcen: Natürlich hört sich das alles sehr folgerichtig an. Die Zukunft im Blick zu haben, kann nicht verkehrt sein. Aber selbstverständlich wird das, was sich vor dem Hintergrund unwiderlegbarer Fakten logisch darstellt, den politisch Verantwortli-

chen in der Praxis einiges abverlangen. Es ist ja nicht so, dass die Öffentlichkeit begeistert ist von der Formel, die – auf einen Nenner gebracht – heißt: mit weniger Mitteln wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Gerechtigkeit zusammenzuführen und dabei inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

Eine der entscheidenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte der neuen Länder wird deshalb in der politischen Kommunikation liegen. In einer Mediengesellschaft, die immer stärker darauf ausgerichtet ist, dass sich verschiedenste Interessenverbände kraft ihrer Lobbyarbeit behaupten und über dieses Agieren entsprechend wahrgenommen werden, wird es mehr denn je darauf ankommen, für die Akzeptanz seiner Argumente zu werben. Die Politik muss wieder lernen, auch komplexe Sachverhalte vermitteln zu wollen und zu können – ohne dabei die Rolle Kassandras einzunehmen oder Potjemkinsche Dörfer vorzugaukeln.

Die Bereitschaft dafür ist vorhanden. Die Sensibilität, das eine vom anderen sehr genau zu unterscheiden, ohnehin. Aus meinen Erfahrungen in den zurückliegenden Monaten weiß ich, dass das offene Aussprechen von Wahrheiten – manche meinen fälschlicherweise, eine „neue Ehrlichkeit“ hineininterpretieren zu müssen – durchaus goutiert wird. So ist die Debatte um das bereits erwähnte Benchmark-Gutachten für

Sachsen-Anhalt sehr sachlich und konstruktiv verlaufen. Es gibt die Einsicht, dass ein „Weiter so!“ nicht trägt. Das Vorgehen über den Weg im Einzelnen, und dies ist wenig überraschend, kann und muss dabei intensiv hinterfragt werden.

Nicht aufhören zu fragen

Politische Kommunikation muss genau hier ansetzen. Es ist mehr denn je unerlässlich, die Argumente differenziert einzusetzen und auszuloten. Nur wer bereit ist, sich genau den Fragen, die unweigerlich aus den wirtschaftlichen, demografischen und letztlich finanzökonomischen Herausforderungen resultieren, zu stellen, kann fähig sein, die Antworten zu finden.

Noch haben wir nicht für jede Frage, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird, eine Antwort. Aber sie

zu stellen und heute schon in Analysen zu versuchen, erste Lösungsansätze zu entwickeln, ist Vorsorge im besten Sinne des Wortes. Nicht aufhören zu fragen, fordert Einstein. Ein Satz, über den das Nachdenken lohnt.

Übrigens: Der in Potsdam von Einstein aufgegriffene Gedanke hat mich so beeindruckt, dass die Idee entstand, auch im Eingangsbereich des Magdeburger Finanzministeriums einen solchen Teppich zu platzieren. Inzwischen sind wir ein Stück weiter. Wir haben den Hersteller ausfindig gemacht, wir haben den Preis überprüft. Und wir haben eine Liste mit elf lieferbaren Zitaten übersandt bekommen. Um ehrlich zu sein: Wir haben uns noch nicht entschieden. Nur einen – zugegebenermaßen originellen – Ausspruch haben wir verworfen: „Ich Sorge mich nie um die Zukunft. Sie kommt früh genug.“ ■

JENS BULLERJAHN

ist stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in Sachsen-Anhalt sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.

Brandenburg im Wandel

POLITIK UND GESELLSCHAFT SIND IN BEWEGUNG GERATEN
VON **RITA MÜLLER-HILMER**

Immer wieder gibt es Daten aus Ostdeutschland, die aufhorchen lassen: Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie in den alten Ländern, ganze Regionen sind von Abwanderung und Alterung geprägt. Doch seit kurzem tut sich was.¹ Denn seit einiger Zeit entsteht ein neues Bild im Osten: Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück, Fachkräfte werden in vielen Branchen gesucht, die Wirtschaft kommt in Schwung.

Mittlerweile befinden wir uns im Jahr 18 nach der Wende in der DDR. Fast eine komplette Generation ist seitdem herangewachsen. Bei den nächsten Bundestagswahlen werden erstmals junge Menschen wählen können, die erst nach der Wende geboren wurden. Grund genug in einer ausführlichen Studie genauer in die ostdeutsche Gesellschaft hineinzuschauen. Dazu haben wir Ende Februar/Anfang März 2007 im Auftrag von Landesverband und Landtagsfraktion der SPD 1.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger zu

ihrer persönlichen Situation, ihrer Lebensbewältigung und ihren Werten befragt. Einige der Daten konnten mit ähnlichen Fragen aus den Jahren 1993 und 2000 verglichen werden. Manches erstaunliche kam dabei zu Tage.

Brandenburg befindet sich im Hinblick auf verschiedene Indikatoren im Mittelfeld der neuen Bundesländer. Die Arbeitslosigkeit entspricht in etwa dem ostdeutschen Durchschnitt. Hinter diesen Zahlen verbergen sich jedoch regional unterschiedliche Entwicklungen: Brandenburgs Industrie und Dienstleistungen haben ihren Schwerpunkt entlang der A 10 rund um Berlin sowie in den industriellen Kernen bei Eisenhüttenstadt, Brandenburg an der Havel, Schwedt und der Lausitz. Jenseits der gesicherten industriellen Kerne sind die berlinfernen Teilräume des Landes ländlich geprägt und weisen in der Regel eine höhere Arbeitslosigkeit auf.

¹ Siehe dazu Tobias Dürr, Vom Nutzen der Zuversicht. Warum wir gerade die Geburt einer neuen ostdeutschen Mitte erleben, in: Perspektive 21, Heft 33 (2007), S. 5-18

Trotz dieser regional sehr unterschiedlichen Entwicklung weisen so gut wie alle Brandenburger eine hohe Identifikation mit ihrer Heimat auf: Fast jeder Befragte (94 Prozent) gibt an, gerne in seinem Heimatland zu leben. Dies gilt für alle soziodemographischen Untergruppen und unabhängig davon, ob jemand im Speckgürtel um Berlin lebt oder nicht.

Auch die eigene Lebenszufriedenheit schätzen die Brandenburger mehrheitlich positiv ein. Über zwei Drittel (69 Prozent) sind mit ihrer eigenen Lebenssituation zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Lediglich drei von zehn (31 Prozent) sind mit ihrer jetzigen Situation unzufrieden. Hier deutet sich – wie in anderen Fragen auch – eine „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ in Brandenburg an: zwei Drittel, die relativ zufrieden

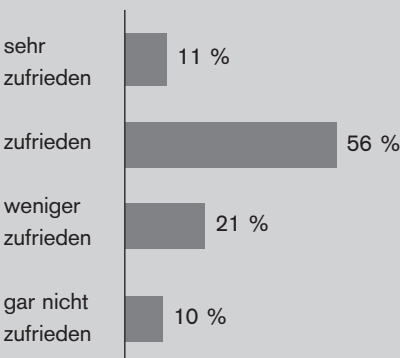
sind, ein Drittel das seine Lebensumstände deutlich skeptischer sieht.

Bewertungsmaßstab hierfür ist zum einen die Teilhabe am beruflichen Leben – Berufstätige sind deutlich zufriedener als Arbeitslose oder Rentner. Zum anderen spielt der erreichte Lebensstandard eine Rolle: Besserverdiener äußern sich positiver als Geringverdiener, sowie damit eng verbunden der erreichte Bildungsgrad bzw. die erreichte berufliche Position. Darüber hinaus ist die biografische Situation wichtig: Jüngere Befragte bis 24 Jahre zeigen die höchste Lebenszufriedenheit.

Innerhalb der Parteianhänger zeichnen sich vor allem Anhänger der Liberalen sowie von SPD und CDU mit überdurchschnittlichen Zufriedenheitswerten aus. Unterstützer der Linken.PDS äußern sich zwar auch mehrheitlich positiv, dies aber auf deutlich niedrigerem Niveau.

Trotz der großen gesellschaftlichen Veränderungen, die in den letzten 14 Jahren stattgefunden haben, hat sich die Bewertung der eigenen Lebenssituation im Vergleich zu 1993 nur geringfügig (+5 Prozentpunkte) verbessert. Dabei hat sich der Zufriedenheitswert nicht kontinuierlich verbessert, im Jahre 2000 war er höher als heute (73 Prozent sehr zufrieden/zufrieden). Diese geringfügige Verschlechterung innerhalb der letzten sieben Jahre spiegelt sicherlich die veränderten Rahmenbedingungen nach dem Ende des *New*

Wie zufrieden sind Sie mit ihrer derzeitigen Lebenssituation?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Economy Booms wider und dem damit einhergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Einführung der Arbeitsmarktreformen.

Seine eigene derzeitige finanzielle Situation stuft mehr als jeder Zweite als sehr gut (4 Prozent) bzw. gut (53 Prozent) ein. Demgegenüber sehen vier von zehn die ihre eigenen Finanzen als weniger gut (30 Prozent) oder sogar schlecht (13 Prozent) an. Besonders positiv wird die eigene finanzielle Situation von Befragten mit hoher formaler Schulbildung, Angestellten und Beamten sowie Selbstständigen gesehen. Deutlich kritischer äußern sich Arbeitslose sowie Personen mit niedriger formaler Schulbildung.

Im Vergleich zu 1993 hat sich die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation geringfügig verbessert (+4 Punkte), wobei auch hier – ähnlich wie bei der persönlichen Zufriedenheit – im Jahr 2000 ein vorläufiger Höhepunkt erreicht wurde (64 Prozent sehr gut/gut).

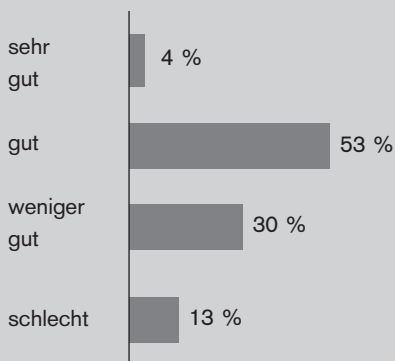
Diese Entwicklung spiegelt sich auch im gefühlten Lebensstandard wider: Jeder Zweite berichtet von einer Verbesserung des persönlichen Lebensstandards in den letzten Jahren. Besonders häufig sind das Personen in den mittleren Altersgruppen, besser Gebildete sowie Erwerbstätige, die als Angestellte oder Beamte beschäftigt sind bzw. als Selbstständige ihr Geld verdienen. Eher selten haben Arbeitslose, Personen mit niedriger formaler

Schulbildung sowie Rentner das Gefühl, von der Entwicklung der letzten Jahre profitiert zu haben.

Jeder zweite Brandenburger (47 Prozent) ist der Meinung, dass seine eigene Finanzlage mit der finanziellen Situation der meisten Leute in den neuen Bundesländern vergleichbar ist. Etwa ein Drittel (32 Prozent) stuft die eigene Finanzlage besser ein. 17 Prozent sehen sich im Vergleich zu den meisten anderen Leuten in den neuen Bundesländern im Nachteil.

Auch hier zeigt sich das bekannte Bild: Besonders positiv äußern sich Befragte mit hoher formaler Schulbildung, Angestellte und Beamte, Selbstständige sowie Besserverdiener. In diesen Gruppen ist etwa jeder Zweite der Meinung, dass es ihm eher besser geht als den meisten anderen Leuten im Osten.

Wie beurteilen Sie Ihre eigene finanzielle Lage?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

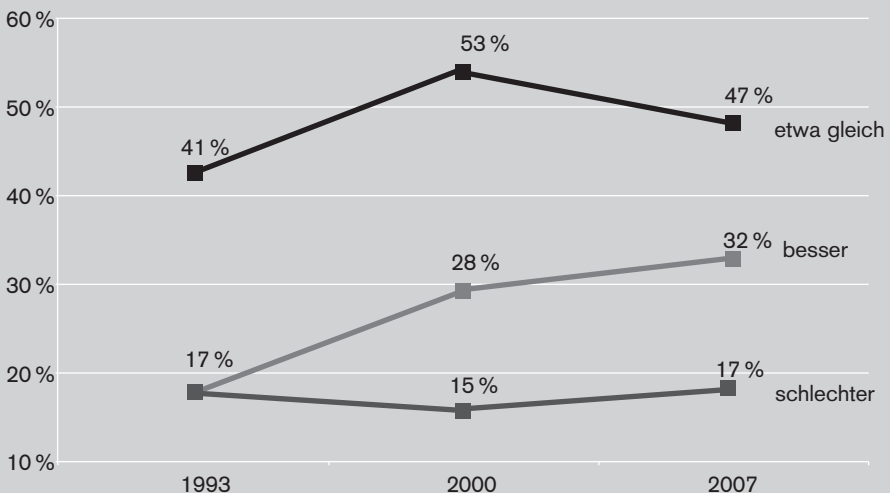
Im Vergleich zu 1993 ist der Anteil derjenigen, die ihre Lage besser einstufen als die der anderen, deutlich gestiegen (+15 Punkte). Im Vergleich zu 2000 zeichnet sich hier ebenfalls eine positive Entwicklung ab (+4 Punkte) – möglicherweise ein Indikator für die weitere Ausdifferenzierung der brandenburgischen Gesellschaft.

Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung zeigt sich gleichwohl jeder Zweite (49 Prozent) darüber besorgt, den eigenen Lebensstandard künftig nicht mehr halten zu können. Diese Befürchtung teilen zum einen Personen, denen es bereits jetzt nicht beson-

ders gut geht, zum Beispiel Arbeitslose, aber auch diejenigen, die sich mit mittleren Einkommen und einem mittleren Bildungsabschluss derzeit eigentlich in der Mitte der Gesellschaft befinden.

Trotz der enormen wirtschaftlichen Veränderungen stufen mittlerweile zwei Drittel (66 Prozent) der befragten Berufstätigen ihren Arbeitsplatz als ziemlich sicher ein. Etwa jeder Dritte stimmt dieser Aussage eher nicht (24 Prozent) bzw. gar nicht (9 Prozent) zu. Als besonders sicher empfinden ihren Arbeitsplatz vor allem besser Gebildete sowie Personen mit einem hohen Haushaltsnettoeinkommen. Überdurchschnittlich

Ist Ihre eigene finanzielle Lage im Vergleich zu den meisten Leuten in den neuen Ländern besser, schlechter oder etwa gleich?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

besorgt äußern sich Jüngere, Personen mit niedriger formaler Schulbildung sowie Arbeiter.

Die grobe Aufteilung der Brandenburger in etwa zwei Drittel, die mit ihrer gegenwärtigen Situation im Großen und Ganzen zufrieden sind, sowie ein Drittel, das sich eher kritisch äußert, findet sich auch bei der Frage nach der persönlichen Zukunftserwartung wieder: Sechs von zehn (58 Prozent) blicken ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch entgegen, während bei 38 Prozent die Sorgen überwiegen.

Besonders zuversichtlich äußern sich jüngere Befragte bis 34 Jahre, Personen mit hoher formaler Schulbildung sowie diejenigen Berufstätigen, die als Angestellte bzw. Beamte beschäftigt sind oder als Selbstständige ihren Lebensunterhalt verdienen. Bei Arbeitern sowie Personen mit geringer formaler Schulbildung überwiegt die Skepsis leicht, während bei Arbeitslosen eine klare Mehrheit pessimistisch in die Zukunft blickt.

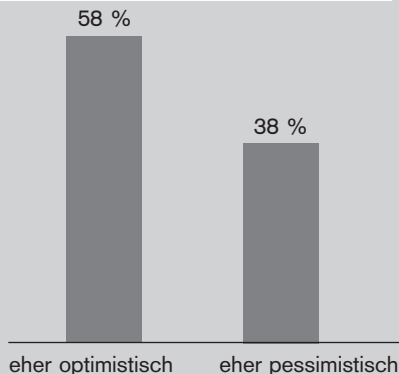
Innerhalb der Parteiwähler bewerten FDP-Anhänger ihre persönlichen Zukunftsaussichten besonders positiv, gefolgt von CDU- und SPD-Anhängern. Bei Unterstützern der Linken/PDS halten sich optimistische sowie pessimistische Zukunftssichten in etwa die Waage.

Innerhalb der letzten 14 Jahre hat es im Hinblick auf die persönliche Zukunftserwartung leichte Schwankungen gegeben. Derzeit bewegt sich die

Bewertung der persönlichen Zukunft wieder in etwa auf dem Niveau von 1993 (-3 Punkte), nachdem im Jahr 2000 der Anteil derjenigen, die ihre Zukunft optimistisch sahen, auf 70 Prozent angestiegen war. Für diesen Anstieg war sicherlich – wie bereits erwähnt – die *New-Economy*-Euphorie verantwortlich, während der jetzige Rückgang des Optimismus sicherlich der nach wie vor schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt geschuldet ist. Aus anderen Erhebungen wissen wir, dass viele Leute zwar seit Jahresbeginn eine Konjunkturaufhellung wahrnehmen, aber nicht glauben, selbst von diesem Aufschwung profitieren zu können.

Die DDR galt als nivellierte Gesellschaft, was im Hinblick auf die materiellen Verhältnisse auch

Wie sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft entgegen?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

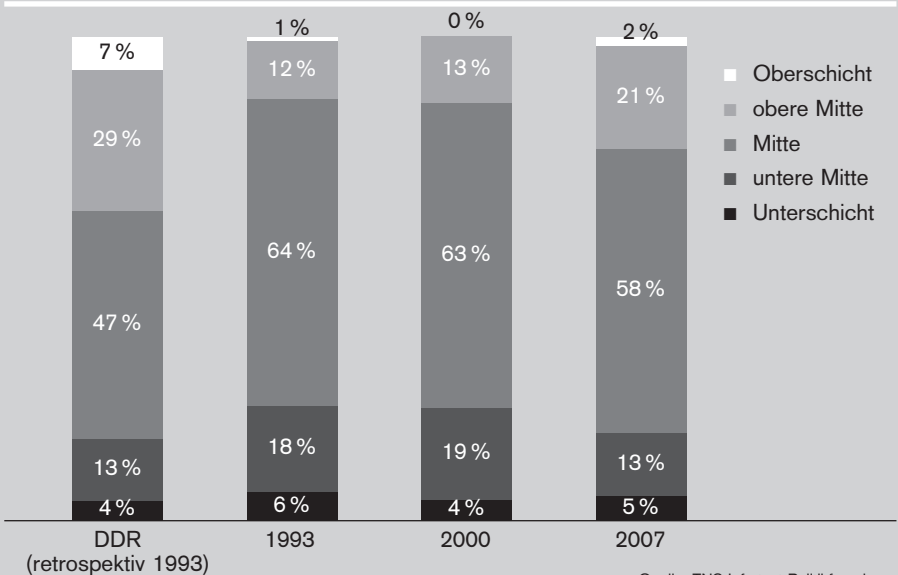
sicherlich zutrif. Gleichzeitig gab es jedoch Schichten mit unterschiedlichem Einfluss und Privilegien. In einer 1993 von Infratest für *Die Zeit* durchgeführten Erhebung wurde rückblickend nach der eigenen Verortung in der DDR-Gesellschaft gefragt: Dabei stuften sich 7 Prozent in die oberste Schicht ein (auf einer zehnstufigen Skala in die beiden obersten Kategorien). 29 Prozent rechneten sich zur oberen Mitte (Skalenwerte 7 und 8). Die Hälfte der Bevölkerung (47 Prozent) ordnete sich in der Mitte ein (Skalenwerte 5-6). Der Rest (17 Prozent) positionierte sich im unteren

Bereich der Gesellschaft, wobei sich nur vier Prozent in der untersten Kategorie einordneten (Skalenwerte 1-2).

Der Wechsel in ein anderes Gesellschaftssystem mit anderen Werten, Hierarchien und Positionen und die beginnende gesellschaftliche Ausdifferenzierung in den neuen Bundesländern führten dazu, dass der Einzelne innerhalb der Gesellschaft der neuen Bundesländer seinen Status neu definieren musste.

Diese Neupositionierung führte sehr schnell zu einer veränderten Wahrnehmung der persönlichen gesellschaftlichen Verortung: 1993 sahen

Wo würden Sie sich persönlich auf einer Skala von 1 „ganz unten“ bis 10 „ganz oben“ einordnen?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

sich nur noch 13 Prozent als Angehörige der Oberschicht bzw. der oberen Mitte – eine Verringerung um fast zwei Drittel (-23 Punkte). Gleichzeitig stieg die Positionierung innerhalb der Mitte der Gesellschaft auf 64 Prozent stark an (+17 Punkte). Die Verortung am unteren Ende wuchs ebenfalls an (24 Prozent), jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau (+7 Punkte). Diese Verteilung blieb in Brandenburg über die nächsten Jahre verhältnismäßig stabil bestehen.

In der aktuellen Erhebung – 17 Jahre nach der Wiedervereinigung – zeigt sich eine deutliche Ausdifferenzierung der brandenburgischen Gesellschaft nach oben: So zählt sich heute in Brandenburg rund ein Viertel (23 Prozent) zum oberen Segment der Gesellschaft, sechs von zehn (58 Prozent) verorten sich in der Mitte und ein knappes Fünftel (18 Prozent) sieht sich im unteren Segment. Im Vergleich zur letzten Erhebung vor sieben Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich im gesellschaftlichen Oben sehen, um 10 Punkte erhöht. Dieser Veränderung geht sowohl zu Lasten der Mitte als auch der unteren Kategorie. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Entstehung einer Unterschicht ist besonders bemerkenswert, dass gegenüber dem Jahr 2000 der Anteil der Menschen, die sich im unteren Segment der Gesellschaft verorten, um 5 Prozentpunkte verringert hat.

In die Oberschicht bzw. obere Mittelschicht stufen sich besonders häufig Personen mit hoher formaler Schulbildung, Erwerbstätige im Angestellten-/Beamtenverhältnis sowie Selbstständige und Besserverdiener ein. In der unteren Mitte bzw. der Unterschicht verorten sich überdurchschnittlich oft Arbeitslose. Die Nachwirkungen der Wendezeit – und die Schwierigkeit, sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, sind vor allem in der Gruppe der 45- bis 59-jährigen zu sehen. Diese Gruppe, die normalerweise die Führungsschicht einer Gesellschaft ausmacht, stuft sich in Brandenburg gesellschaftlich niedriger ein als jüngere Personengruppen.

Anhänger der bürgerlichen Parteien (vor allem der FDP) verorten sich auf der Zehnerskala besonders weit oben (Durchschnittswert FDP: 6,3; CDU: 5,9), Anhänger der SPD stufen sich leicht überdurchschnittlich ein (5,7). Unterstützer der Linken.PDS verorten sich hingegen deutlich weiter unten in der Gesellschaftshierarchie (5,0), potenzielle Nichtwähler sowie verunsicherte Wähler sehen sich ebenfalls eher in den mittleren sowie unteren Segmenten (5,1).

III Der gesellschaftliche Umbruch forderte große Anpassungsleistungen von den Menschen in den neuen Bundesländern. Eingetübte Abläufe und Regeln im Alltagsleben

hatten an Geltung verloren und mussten neu erlernt werden. Berufsbiografische Brüche waren an der Tagesordnung. Mittlerweile, nach 17 Jahren Vereinigung, scheint für die Mehrheit der Brandenburger dieser Eingewöhnungsprozess abgeschlossen zu sein: Sechs von zehn (59 Prozent) bekräftigen, in der neuen Gesellschaft inzwischen völlig bzw. eher angekommen zu sein. Jeder Dritte hat noch Integrationsprobleme: Für 17 Prozent ist der Eingewöhnungsprozess noch im Fluss, sie geben an, weniger angekommen zu sein. Und immerhin 16 Prozent glauben, dass sie nie so richtig in der neuen Gesellschaft ankommen werden.

Probleme mit der Integration in die neue Gesellschaft haben häufiger ältere Menschen, Personen mit einfacher Schulbildung, Arbeitslose sowie Ge-

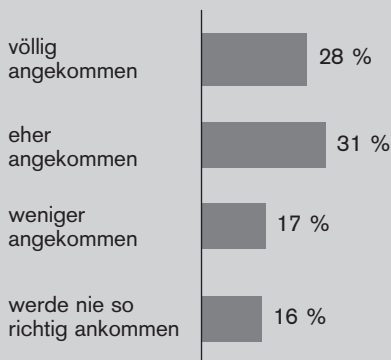
ringverdiener. Bei dieser Einschätzung spielt aber nicht nur die soziale Lage, sondern auch der ideologische Standpunkt der Befragten eine zentrale Rolle: vornehmlich PDS-Anhänger tun sich mit der neuen Gesellschaft schwer.

Eine Mehrheit der Brandenburger (54 Prozent) sieht sich gleichwohl heute als „Gewinner“ der gesellschaftlichen Entwicklung. Drei von zehn (29 Prozent) ordnen sich – sei es in materieller Hinsicht, sei es auf den sozialen Status bezogen – als Verlierer ein. Der Rest (15 Prozent) fühlt sich weder der einen, noch der anderen Kategorie zugehörig. Zu den Gewinnern zählen sich vornehmlich jüngere Menschen, höher Gebildete, Erwerbstätige, vor allem Angestellte und Beamte sowie besser Verdienende. Nach Parteipräferenzen ordnen sich vor allem Wähler des bürgerlichen Lagers sowie der SPD als Gewinner ein.

Als Verlierer sehen sich hauptsächlich Arbeitslose, schlechter Gebildete, schlechter Verdienende sowie Rentner. Personen, die sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung wahrnehmen, finden sich besonders häufig unter PDS-Wählern, aber auch bei Nichtwählern und unentschiedenen Wählern.

Im Vergleich zu 1993 hat es große Bewegungen in das Lager der „Gewinner“ hauptsächlich von denjenigen gegeben, die sich damals weder als Gewinner noch als Verlierer festlegen

Sind Sie in der neuen Gesellschaft inzwischen angekommen?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe

wollten. Diese Unentschiedenen machten 1993 in Brandenburg die größte Gruppe aus (40 Prozent) und nehmen seitdem in ihrer Bedeutung kontinuierlich ab. 2000 zählten sich fast zwei Drittel der brandenburgischen Gesellschaft zu den Gewinnern, heute rechnet sich gut jeder Zweite dazu.

Die Selbstwahrnehmung der Brandenburger zeichnet sich heute durch ein relativ ausgeprägtes Selbstbewusstsein aus: Nahezu alle Befragten (92 Prozent) sind sich einig, dass sie die Probleme bzw. Widrigkeiten des Lebens meistern werden. Bei dieser Grundhaltung spielt die eigene soziale Lage sowie die politische Präferenz kaum eine Rolle. Diese Einschätzung wird selbst bei Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro oder Anhängern der Linken/PDS geteilt.

Vier Fünftel der Befragten (81 Prozent) fühlen sich als Akteur des eigenen Lebens und glauben, ihr Leben weitgehend selbst bestimmen zu können. Diese Einstellung wird besonders häufig von Rentnern geteilt, die sich nicht mehr mit den Anforderungen des Berufslebens auseinandersetzen müssen. Fast alle Berufstätigen (92 Prozent) sind überzeugt, einen wichtigen Beitrag für den Erfolg des Unternehmens zu leisten.

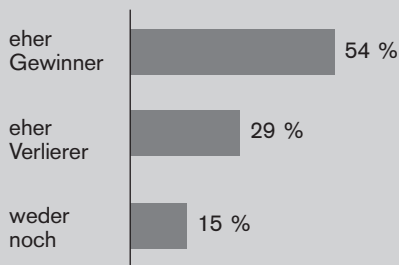
Etwa vier Fünftel (80 Prozent) sind bereit, Verantwortung für andere zu übernehmen. Diese Bereitschaft findet

sich überdurchschnittlich häufig in mittleren Altersgruppen, bei Personen mit Kindern unter 25 Jahren, bei besser Gebildeten sowie Erwerbstätigen. Immerhin jeder Vierte (24 Prozent) engagiert sich bereits ehrenamtlich.

Dieses Zutrauen in die eigene Problemlösungsfähigkeit kollidiert in Teilen mit einer mehrheitlich negativen Sicht auf die allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen: Zwei Drittel der Befragten machen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst (67 Prozent). Lediglich 45 Prozent haben das Gefühl, dass ihnen heute deutlich mehr Chancen offen stehen als früher. Eine positivere Gesellschaftswahrnehmung teilen lediglich Personen mit hoher formaler Schulbildung.

Ein wichtiges Indiz für die Bewertung der gesellschaftlichen Verhältnisse

Fühlen Sie sich selbst eher auf der Gewinner- oder der Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

ist die Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder durch die Eltern. In der alten Bundesrepublik herrschte die gesicherte Annahme vor, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als den Eltern. Im Zuge der Globalisierung und steigender Arbeitslosigkeit scheint diese Prämisse nicht mehr für alle zu gelten: In Brandenburg ist nur jeder Zweite (47 Prozent) mit Kindern unter 25 der Meinung, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen wird als ihnen selbst.

Nichtsdestotrotz sind jedoch zwei Drittel (65 Prozent) der Eltern mit Kindern unter 25 Jahren zuversichtlich, dass ihren Kindern viele Chancen offen stehen. Bei dieser Einschätzung spielt die eigene soziale Lage eine wichtige Rolle, da sich speziell Personen mit hoher formaler Schulbildung und hohem Haushaltsnettoeinkommen besonders zuversichtlich äußern.

IV. Zwei Drittel der Brandenburger (66 Prozent) sind 2007 der Meinung, dass sich ihr Bundesland in die richtige Richtung bewegt. Lediglich jeder Fünfte kritisiert die Weichenstellung der Landespolitik. Während gut acht von zehn SPD-Anhängern die Entwicklung des Landes guthießen, finden lediglich sechs von zehn Sympathisanten der sich ebenfalls in Regierungsverantwortung befindenden CDU, dass die Richtung stimmt. Immerhin auch jeder zweite Befragte, der der Linke.PDS seine Stimme geben würde bzw. der angibt, nicht an der Wahl teilzunehmen, ist mit der allgemeinen Entwicklung Brandenburgs zufrieden.

Diese positive Bewertung der Entwicklung des Landes geht einher mit einer generell optimistischen Grundhaltung. Zwar sind sechs von zehn Brandenburger (59 Prozent) – über die Parteigrenzen hinweg – der Mei-

Lebensbewältigung in Brandenburg

Es gibt Probleme in meinem Leben, aber ich schaffe das schon.	92 %
Ich kann mein Leben weitgehend selbst bestimmen.	81 %
Ich bin bereit, Verantwortung für andere zu übernehmen.	80 %
Die Veränderungen unserer Gesellschaft machen mir Angst.	67 %
Heute stehen einem deutlich mehr Chancen offen als früher.	45 %
Nur Personen mit Kindern unter 25 Jahren:	
Meinen Kindern stehen viele Chancen offen.	65 %
Meinen Kindern wird es einmal besser gehen als mir.	47 %

Quelle: TNS Infratest Politikforschung
Angaben für „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“

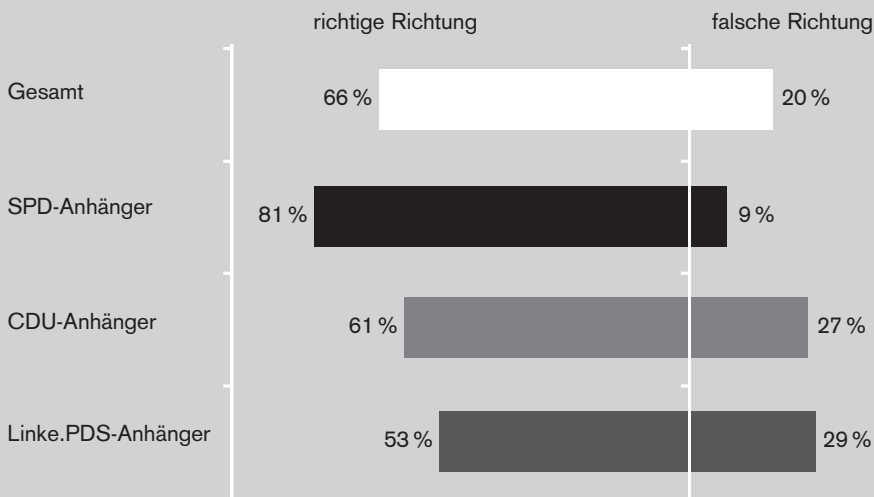
nung, dass ihr Bundesland ungünstigere Voraussetzungen als andere Länder hat, um wirtschaftlich auf die Beine zu kommen. Lediglich vier von zehn Befragten (38 Prozent) können keinen Standortnachteil Brandenburgs erkennen.

Brandenburger im Berliner Umland nehmen deutlich seltener eine Benachteiligung wahr, was vermutlich daran liegt, dass Brandenburg – anders als die anderen ostdeutschen Bundesländer – in seinen berlinnahen Regionen ein Gewinner der gegenwärtigen und voraussichtlichen Wanderungsbewegungen ist.

Insgesamt überwiegt aber deutlich die Zuversicht: Drei Viertel der Brandenburger (76 Prozent) gehen davon aus, dass sich die Probleme in Brandenburg bewältigen lassen. Fast ebenso viele (72 Prozent) vertrauen darauf, dass sich Brandenburg im Wettbewerb mit anderen Regionen behaupten können wird.

Generell gilt auch hier, dass Brandenburger aus dem Berliner Umland die Entwicklungschancen ihres Bundeslandes besonders positiv (78 Prozent) sehen. Gleichwohl sehen auch mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der Brandenburger in den äußeren Regionen eine gute Zukunft für ihr Land.

Ganz allgemein gefragt: Würden Sie sagen, Brandenburg bewegt sich in die richtige Richtung oder die falsche Richtung?



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
 fehlende Angaben zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Auch die Sicht auf die Brandenburger Bevölkerung ist eine mehrheitlich positive: Sechs von zehn Brandenburgern (59 Prozent) sind der Meinung, dass es in der Bevölkerung ihres Bundeslandes eine ausgeprägte Bereitschaft gibt, füreinander einzustehen. Ein Drittel (35 Prozent) kann dies weniger erkennen.

V Politische Werte sind gesellschaftlich bedeutsame Grundüberzeugungen. Die Orientierung an Werten bestimmt soziales Handeln und steuert die Selektion zwischen Handlungsalternativen, -mitteln und -zielen.

Anders als Einstellungen, die sich auf konkrete Objekte bzw. Sachverhalte beziehen und sich rasch ändern können, gelten Werte als relativ dauerhaft. Von allen abgefragten Werten

haben für die große Mehrheit der Brandenburger der Wert Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau die höchste Bedeutung (Durchschnittswert 6,5 auf einer Skala von 1 bis 7), gefolgt von den Werten Solidarität der Menschen untereinander (6,1), Pflichterfüllung (6,1), Weltoffenheit und Toleranz (5,9) sowie dass alles seine Ordnung hat (5,8).

Den Werten „Jeder soll für sich selbst verantwortlich sein“, Leistungsorientierung (beide 5,2) sowie „am Bewährten festhalten“ (4,9) messen die Brandenburger eine geringere Relevanz bei. Am unteren Ende der Rangreihe folgen die Werte Gewinnstreben (4,2) sowie – mit der geringsten Bedeutungszuschreibung – Religiosität und Glauben (3,4).

Die Ergebnisse spiegeln eine hohe Werteübereinstimmung auf verschiedenen Dimensionen wieder. So haben soziale Werte und libertäre, postmaterielle Werte, wie Gleichberechtigung von Mann und Frau oder Weltoffenheit und Toleranz eine ähnlich hohe Relevanz für die Brandenburger wie traditionelle Werte, wie Pflichterfüllung und Ordnung (Durchschnittswerte zwischen 6,5 und 5,8). Eher marktorientierte Werte werden als etwas weniger bedeutsam eingestuft. Jedoch hat der Wert „Leistungsorientierung“ immer noch für vier von zehn Brandenburgern eine sehr hohe Wichtigkeit und für etwa acht von zehn

Aussagen zu Brandenburg

Brandenburg hat ungünstigere Voraussetzungen als andere Länder, um wirtschaftlich auf die Beine zu kommen. 59 %

Brandenburg wird sich im Wettbewerb der Regionen behaupten. 72 %

Es gibt zwar Probleme in Brandenburg, aber wir schaffen das schon. 76 %

Quelle: TNS Infratest Politikforschung
Angaben für „stimme da zu“

eine hohe Wichtigkeit (Skalenwerte 5, 6 und 7, Durchschnittswert 5,2).

Diese Gleichrangigkeit unterschiedlichster Werte ist kein allein auf Brandenburg beschränktes Phänomen. Solche Wertesynthesen, bei denen zusammenkommt, was früher unvereinbar schien, lassen sich in den letzten Jahren in unterschiedlichsten Erhebungen auf Bundes- und Landesebene konstatie-

ren. Diese relativ hohe Präferenz für unterschiedliche Wertedimensionen ergibt entsprechend auch nur unscharfe Werteprofile nach Parteianhängern. Unterschiede zwischen den Parteianhängern lassen sich allenfalls bei religiösen, traditionellen und marktbezogenen Werten zwischen den bürgerlichen Parteien auf der einen Seite und der PDS auf der anderen Seite nachweisen.

Welche Bedeutung haben in Ihrem Leben die folgenden unterschiedlichen Werte? (auf einer Skala von 1 „sehr niedrig“ bis 7 „sehr hoch“)



Quelle: TNS Infratest Politikforschung
Angaben für „hohe“ und „sehr hohe“ Bedeutung

VI. Insgesamt zeigt die Studie, dass die Brandenburger Gesellschaft erheblich in Bewegung geraten ist. Ganz deutlich ist die Mitte-Zentrierung Brandenburgs sichtbar. Erstaunlich sind der enorme Zukunftsoptimismus und das große Selbstbewusstsein, die persönliche Entwicklung bestimmen zu können. Nun sind die Brandenburger kein rundum zufriede-

denes Volk – Unsicherheiten und Ängste sind deutlich vernehmbar. Doch insgesamt zeigt sich 18 Jahre nach der Wende eine ausdifferenzierte Gesellschaft, in der sozialer Zusammenhalt eine überaus große Rolle spielt und die gleichzeitig bereit ist, zuzupacken um ihres eigenen Glückes Schmied zu werden. Keine schlechte Ausgangslage für die kommenden Jahre. ■

RIITA MÜLLER-HILMER

ist Bereichsleiterin Politikforschung bei TNS Infratest Sozialforschung in Berlin.

Das Echo kommt

ZUR BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN BRANDENBURG BIS 2030
VON **THOMAS KRALINSKI**

Der demografische Wandel ist in aller Munde, seit einigen Jahren ist er im Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft angekommen. In Deutschland stehen insbesondere die neuen Länder im Fokus der Betrachtungen, denn hier ist der demografische Wandel besonders schnell und intensiv. Dabei sticht ein Land besonders heraus: Brandenburg. Denn in Brandenburg finden die verschiedenen Prozesse der Bevölkerungsentwicklung wie im Zeitraffer unmittelbar nebeneinander statt und machen das Land damit zu einem einzigartigen Laboratorium des demografischen Wandels. Neben der zunehmenden Alterung, die alle Landesteile betrifft, gibt es Gegenden mit hohem Bevölkerungszuwachs als auch Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. Das macht Brandenburg demografisch gesehen zu einem der spannendsten Länder in Deutschland: Nirgendwo sonst finden sich unterschiedliche Entwicklungen auf so engem Raum.

Derzeit steht das Jahr 2019 im Mittelpunkt aller Überlegungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ost-

deutschland, denn dann läuft der Solidaripakt aus, der den neuen Ländern überdurchschnittlich hohe staatliche Finanzen zugesteht.

Der Wandel geht weiter

Vollkommen unrealistisch ist derzeit, dass der Solidaripakt fortgesetzt wird. Somit müssen die neuen Länder bis 2019 ihre Infra- und Wirtschaftsstruktur soweit modernisiert haben, dass sie auf eigenen Beinen stehen und laufen können. Gleichzeitig müssen sie ihre öffentlichen Haushalte und staatlichen Aufgaben soweit organisiert haben, dass sie auch ab 2020 – wenn der finanzielle „Normalfall“ eintritt – bezahlt werden können. Die besondere Schwierigkeit besteht darin, dass die neuen Länder parallel dazu eine demografische Transformation bewältigen müssen, die ihres Gleichen sucht und auch 2020 nicht abgeschlossen sein wird.

Nun gibt es eine Brandenburger Bevölkerungsprognose, die hinter das Jahr 2020 blickt und bis in das Jahr 2030 reicht.¹ Damit werden erstmals auch die Nachwehen – das „Echo“ –

¹ Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (Hg.), Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2005-2030, Potsdam 2006

des enormen Geburtenrückgangs der neunziger Jahre voll sichtbar. Aber der Reihe nach.

1. Wie es war

Das entscheidende Jahr für Brandenburg war das Jahr 1989 – nicht nur aus politischer sondern auch aus demografischer Sicht. Mit dem Jahr 1990 brach die Geburtenrate in Brandenburg – wie im ganzen Osten – schlagartig zusammen. Kamen 1985 noch etwa 16 Babys auf 20 erwachsene Männer und Frauen, waren es 1993 nur noch sieben. Seit diesem Tiefpunkt hat sich die Geburtenrate wieder etwas erholt und liegt nun bei 12-13 Babys pro 20 Männer und Frauen. Das ist immer noch ein sehr niedriger Wert. Zum Vergleich: Frankreich führt die europäische Spitze an – mit 20 Babys auf 20 Männer und Frauen.

In Brandenburg wird die Elterngeneration also nur zu etwa zwei Dritteln ersetzt. Und das hat Folgen. Die Hälfte bis zwei Drittel weniger Kinder heißt eben auch nur noch die Hälfte an Kitas, die Hälfte an Grundschulen, die Hälfte an Gymnasien. In wenigen Jahren haben wir nur noch die Hälfte an Studienbewerbern. Und in ca. zehn Jahren wird diese „kleine Generation“ selber Eltern sein – und das heißt, dass die Kinderzahlen dann noch mal einbrechen werden – mit denselben Folgen.

Neben der Geburtenrate wird der demografische Wandel durch die Wanderungen bestimmt. Die neunziger Jahre waren in Ostdeutschland – und ebenso in Brandenburg – das Jahrzehnt der Wanderung. Etwa 1,3 Millionen Menschen gingen Anfang der neunziger Jahre aus Ostdeutschland in die alten Länder, in der Mitte der neunziger Jahre kam diese Ost-West-Wanderung fast zum Stillstand.

Ab 1992 setzte eine massive Stadtflucht ein – die Menschen zogen aus den Städten ins Umland. Davon hat nun Brandenburg wie kein zweites Land profitiert – denn seit 1991 zogen etwa 250.000 Menschen per saldo aus der Hauptstadt ins Berliner Umland. Die Stadtflucht zeigte sich übrigens in allen größeren Brandenburger Städten, die massiv Bevölkerung an ihre Umlandgemeinden verloren. Seit wenigen Jahren deutet sich nunmehr eine kleine Trendumkehr zurück in die Stadt an. Es könnte also sogar sein, dass auch Berlin ein paar seiner verlorenen Landeskinder wieder zurück gewinnt.

Ende der neunziger Jahre stieg die Abwanderung aus dem Osten in den Westen wieder deutlich an, betroffen waren davon in erster Linie die wirtschaftlich schwachen Gegenden. Bis heute verlassen per saldo zwischen 11.000 und 18.000 Menschen die äußeren Regionen Brandenburgs. Das entspricht etwa einer Stadt wie Angermünde – und das jährlich! Im Gegen-

satz zur Abwanderung zu Beginn der neunziger Jahre, als alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen das Land verließen, änderte sich etwas. In der Summe nämlich verlassen jetzt vor allem junge Menschen, insbesondere Frauen und vor allem junge und gut ausgebildete, das Land. Diese Wanderung zeitigt dramatische Folgen: In der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren fehlt teilweise ein Drittel der Leute, manchmal sogar mehr. Und an diesem Punkt schlägt Quantität in eine besondere Qualität um. Zwei Zahlen mögen das verdeutlichen: Unter den Abwanderern ist der Anteil der Hochschulabsolventen doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung, bei den Frauen sogar dreimal so hoch. Dummerweise sind das genau diejenigen, die wir aus demografischen Gründen so dringend brauchen: junge Frauen! In den kommenden Jahren wird mit einem Rückgang der Abwanderung gerechnet – zum einen weil die Aussichten auf Arbeit und Ausbildung für junge Menschen im Lande besser werden, zum anderen aber auch, weil die Zahl der Menschen, die abwandern *könnte*, zurückgeht.

2. Wie es wird

Heute befinden wir uns an einem demografischen Wendepunkt in Brandenburg. Vor allem aber müssen wir im Kopf behalten, dass es – demogra-

fisch betrachtet – zwei Brandenburgs gibt. Wer die Bevölkerungszahlen für die kommenden Jahre für die neuen Länder betrachtet, sieht, dass Brandenburg noch ganz gut wegkommt. Denn das ganze Land verliert bis 2020 „nur“ 6 Prozent seiner Bevölkerung (Sachsen -12 Prozent, Sachsen-Anhalt -20 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern -13 Prozent).

Auch Umland wird schrumpfen

Sobald man jedoch genauer hinschaut, sieht es anders aus. 2020 wird das Berliner Umland den Höhepunkt seiner Bevölkerungsentwicklung mit etwa 1.044.000 Menschen erreicht haben – das sind 5 Prozent mehr als heute. Danach wird die Einwohnerzahl auch im Umland langsam zurückgehen – auf 1.023.000 Menschen im Jahr 2030 (+3 Prozent gegenüber 2004, -2 Prozent gegenüber 2020). In den äußeren Regionen wird die Bevölkerungszahl kontinuierlich zurückgehen, nach 2020 wird sich der Einwohnerschwund aufgrund des demografischen Echos sogar beschleunigen (jährlich etwa -0,8 Prozent bis 2020, zwischen 2020 bis 2030 jährlich etwa -1,2 Prozent). Im Jahr 2030 werden in den äußeren Regionen noch 1.212.000 Menschen leben. Das sind 364.000 Menschen bzw. 23 Prozent weniger als heute. Das entspricht der heutigen Einwohnerzahl der Kreise Prignitz, Elbe-Elster und Uckermark zusammen. Im

Berliner Umland leben dann 230 Menschen auf einem Quadratkilometer, in den äußeren Regionen noch 48!

Warum befinden wir uns heute an einem Wendepunkt? Ganz einfach: Die Wanderung dominiert nicht mehr so stark. Die Wanderungen gehen zurück, sowohl die aus den Städten ins Umland, als auch die von Ost nach West. Dominieren wird jetzt die so

genannte natürliche Bevölkerungsentwicklung – also die geringen Geburten- und Kinderzahlen und zum anderen die zunehmende Alterung. Der Bevölkerungsrückgang in den äußeren Regionen geht zu über 90 Prozent auf die niedrigen Geburtenzahlen zurück.

Hinzu kommt: Die Brandenburger werden älter. Das Durchschnittsalter ist seit der Wende um etwa fünf Jahre ge-

Einwohnerzahl Brandenburgs 1981-2030 (in Millionen)



Quelle: LDS; * = Prognose

stiegen. Und es wird weiter steigen: Bis 2020 um etwa drei bis vier Jahre. Männer werden haben dann eine Lebenserwartung von 78 Jahren, Frauen von 84 Jahren. Das führt zu einer grundlegenden Verschiebung der Altersgruppen in Brandenburg. Die Altersgruppe der über 60-Jährigen wird um 27 Prozent von 666.000 auf 849.000 in 2020 steigen, bis 2030 sogar auf 960.000 (+44 Prozent). 43 Prozent der Brandenburger werden dann über 60 Jahre alt sein. Die Zahl der über 80-Jährigen wird sich sogar mehr als verdoppeln: von 91.000 (2004) auf 197.000 in 2030.

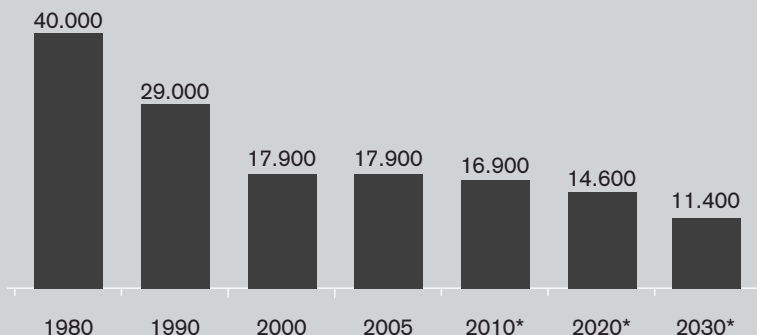
Auch bei diesem Prozess gibt es regional unterschiedliche Entwicklungen. Das Berliner Umland wird dabei besonders betroffen sein, denn in der Nachwendzeit sind vor allem die „mittelalten“ Generationen aus Berlin

ins Umland gezogen – und die werden jetzt gemeinsam alt. So steigt die Zahl der über 65-Jährigen dort von 167.000 (2004) auf 320.000 (2030). Das sind 91 Prozent mehr. Die äußeren Regionen sind von der Alterung nicht ganz so stark betroffen – allerdings nur, weil sie durch die starke Abwanderung junger Menschen in den vergangenen Jahren ohnehin bereits ein hohes Durchschnittsalter hatten. Gleichwohl werden – insgesamt betrachtet – die äußeren Regionen des Landes „älter“ sein als das Berliner Umland.

Weniger Frauen ...

Die Abwanderung gerade junger Frauen als auch der Einbruch der Geburtenrate nach der Wende wird in

Zahl der Geburten in Brandenburg 1980 bis 2030



Quelle: LDS; * = Prognose

den kommenden Jahren in Form eines „Echos“ wieder erlebbar sein. Denn die „kleine Generation“ der neunziger Jahre kommt ab 2015 in das Alter, wo sie Familien gründen und eigene Kinder bekommen werden. Derzeit gehen die Statistiker von einer nur leicht von 1,30 auf 1,35 Kinder pro Frau steigenden Geburtenrate aus. Da die Zahl der Frauen, die Kinder bekommen können, bis 2030 um fast die Hälfte sinkt, wird die Zahl der Neugeborenen von derzeit 18.000 auf etwa 15.000 in 2020 und nur noch gut 11.000 in 2030 sinken. Das wäre ein Rückgang um fast 40 Prozent gegenüber den heutigen Geburten.

Auch ein Anstieg der Geburtenrate würde die Zahlen nicht umkehren – zu groß war der Geburtenknick im Gefolge der Wende. Angenommen die

Geburtenrate würde in den kommenden Jahren auf den europäischen Mittelwert von 1,6 Kindern pro Frau steigen, würden in Brandenburg im Jahr 2020 etwa 18.000 und 2030 unter 14.000 Kinder geboren. Das wären fast 20 Prozent mehr als bei derzeitigen Prognosen, dennoch wäre ein absoluter Rückgang der Geburtenzahlen nach 2020 nicht vermeidbar.

... kriegen nur wenige Babys

Das wird nicht ohne Auswirkungen auf die Zahl der Schüler und Schulen bleiben. Während die Zahl der Grundschüler bis 2020 nur moderat absinkt (-8 Prozent), wird die Zahl der Schüler in der Abiturstufe und an den Berufsschulen bis 2020 um über 40 Prozent sinken. Damit wird auch der Nachwuchs für die

Schülerzahlen in Brandenburg

	2006	2010	2020	2010 zu 2003	2020 zu 2003
Primarbereich	70.000	66.000	64.000	-5,7%	-8,6%
Sekundarbereich 1	103.000	106.000	105.000	2,9%	1,9%
Sekundarbereich 2	107.000	57.000	60.000	-46,7%	-43,9%
berufliche Schulen	72.000	39.000	41.000	-45,8%	-43,1%
Absolventen mit Abitur	10.000	9.000	6.000	-10,0%	-40,0%
Absolventen mit Berufsausbildung	31.000	20.000	16.000	-35,5%	-48,4%

Quelle: KMK

Erwerbsfähigen deutlich zurückgehen. Bis zum Jahr 2020 ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Berufseinsteiger um fast die Hälfte sinkt. So wird umgekehrt zwangsläufig die Nachfrage an älteren Beschäftigten steigen.

All dies wird in Brandenburg zu großen Verschiebungen führen. Es wird in Brandenburg Orte geben, in denen die Einwohnerzahl (nochmal) um 30 bis 40 Prozent (Falkensee +30 Prozent, Teltow +37 Prozent) wachsen wird. Gleichzeitig gibt es Orte, in denen die Bevölkerung (nochmals) um den gleichen Betrag zurückgehen wird (Wittenberge -38 Prozent, Guben -32 Prozent).² Dadurch wird das Zahlenverhältnis zwischen Berliner Umland

und äußeren Regionen immer ausgeglichener – nachdem die Peripherie zu Beginn der neunziger Jahre noch für zwei Drittel Brandenburgs stand.

Während es heute 26 Orte mit weniger als 5.000 Einwohnern gibt, werden es 2030 fast 60 sein.

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden dabei für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ganz zentral sein. So wird insgesamt die Zahl der Erwerbsfähigen (15-65-Jährigen) um 30,5 Prozent zurückgehen – im Berliner Umland um 15,5 Prozent, in den äußeren Regionen sogar um 40 Prozent. Einige wichtige Industriestädte werden die Hälfte ihrer Erwerbsfähigenbasis verlieren: In Wit-

² Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (Hg.), Bevölkerungsvorausschätzung 2005 bis 2030 für die Ämter und amtsfreien Gemeinden des Landes Brandenburg, Potsdam 2006

Die zehn größten Städte in Brandenburg

1990	
1 Potsdam	141.000
2 Cottbus	132.000
3 Brandenburg/Havel	92.000
4 Frankfurt (Oder)	86.000
5 Schwedt	54.000
6 Eberswalde	54.000
7 Eisenhüttenstadt	51.000
8 Oranienburg	37.000
9 Senftenberg	37.000
10 Neuruppin	34.000

2030	
1 Potsdam	160.000
2 Cottbus	84.000
3 Brandenburg/Havel	59.000
4 Frankfurt (Oder)	51.000
5 Falkensee	49.000
6 Oranienburg	43.000
7 Bernau	36.000
8 Eberswalde	32.000
9 Königs Wusterhausen	30.000
10 Fürstenwalde	30.000

Quelle: LDS; jeweils Gebietsstand von 2005

tenberge geht die Zahl der 15-65-Jährigen bis 2030 um 54 Prozent zurück, in Schwedt um 51 Prozent, in Eisenhüttenstadt und Guben um 51 Prozent, in Premnitz um 45 Prozent. Der Arbeitsmarkt in zehn oder 15 Jahren wird ein vollkommen anderes Gesicht haben als heute. Vor dem Hintergrund

dieser Zahlen wirkt die Kritik an der Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit der Einführung der Rente mit 67 bis zum Jahr 2029 (!) geradezu bizarr.

Die Abwanderungen vor allem der jungen Frauen hat in Brandenburg bereits heute zu einem Missverhältnis zwischen Männern und Frauen ge-

Zahl der 15- bis 65-jährigen

	2004	2030	2030 zu 2004	2030 zu 2004
Brandenburg/Havel	51.400	32.600	-18.800	-36,6%
Cottbus	76.400	48.200	-28.200	-36,9%
Frankfurt (Oder)	46.800	28.000	-18.800	-40,2%
Potsdam	103.700	98.400	-5.300	-5,1%
Barnim	126.300	90.600	-35.700	-28,3%
Dahme-Spreewald	111.700	78.000	-33.700	-30,2%
Elbe-Elster	85.200	53.300	-31.900	-37,4%
Havelland	107.200	91.500	-15.700	-14,6%
Märkisch-Oderland	136.500	97.600	-38.900	-28,5%
Oberhavel	138.900	107.700	-31.200	-22,5%
Oberspreewald-Lausitz	92.200	55.800	-36.400	-39,5%
Oder-Spree	135.000	86.400	-48.600	-36,0%
Ostprignitz-Ruppin	76.700	45.600	-31.100	-40,5%
Potsdam-Mittelmark	142.400	109.500	-32.900	-23,1%
Prignitz	61.100	35.000	-26.100	-42,7%
Spree-Neiße	98.000	56.100	-41.900	-42,8%
Teltow-Fläming	113.400	81.700	-31.700	-28,0%
Uckermark	98.700	56.500	-42.200	-42,8%
Land Brandenburg	1.801.500	1.252.400	-549.100	-30,5%
Berliner Umland	703.800	594.700	-109.100	-15,5%
Äußere Regionen	1.097.700	657.700	-440.000	-40,1%

Quelle: LDS, eigene Berechnungen

führt. Diese Schere wird sich sogar noch weiter öffnen, besonders stark in den äußeren Regionen. Kommen heute im Berliner Umland noch 96 Frauen auf 100 Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren, werden es 2030 etwa 91 sein. Ganz anders in den äußeren Regionen: Dort verschiebt sich das Verhältnis von derzeit 85 Frauen auf 100 Männer auf 81. In den Kreisen Spree-Neiße und Oder-Spree werden junge Männer besonders große Probleme haben, eine Partnerin zu finden: Dort werden nur noch 72 bzw. 75 Frauen auf 100 junge Männer kommen. Und das sind nur die rein zahlenmäßigen Veränderungen – es wird sich jedoch auch gesellschaftlich etwas verschieben. Auf den Punkt gebracht: Was soll eine junge und gut ausgebildete Frau in einer Region, wo es vor allem schlechter ausgebildete und arbeitslose Männer gibt? Diese Regionen werden sich besonders schwer tun, wenn es darum geht, Familien anzuwerben – und ihre demografischen Perspektiven werden mit Blick auf Geburtenzahlen der kommenden Jahre nicht besser.

3. Was nun?

Der demografische Wandel erfordert eine umfassende und ressortübergreifende Politik, da (fast) alle Lebensbereiche betroffen sind. Auf was kommt es besonders an?

Wie viele Frauen im Alter von 18-40 Jahren kommen 2030 auf wie viele Männer?



Quelle: LDS, eigene Berechnungen

Erstens: Mehr Kinder. Keiner solle glauben, eine höhere Geburtenrate würde die demografischen Probleme quasi über Nacht lösen. Mehr Kinder tun nicht nur einer Gesellschaft insgesamt gut. Sie würden auch einen Beitrag dafür leisten, dass die Anpassungsleistungen in der Zukunft nicht ganz so stark ausfallen, wie jetzt prognostiziert. Heute mehr Kinder heißt, dass es in sieben Jahren mehr Grundschüler, in 18 Jahren mehr Abiturienten gäbe – oder schlicht: dass das „demografische Echo“ etwas abgeschwächt würde.

Ein familienfreundliches Land

Darüber hinaus sind Kinder aber auch ein simpler ökonomischer Faktor. Das Wirtschaftswachstum von Frankreich oder den USA beruht zu einem nicht unerheblichen Teil auf dem Bevölkerungszuwachs: Denn Kinder erhöhen die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen. Und sie verringern den Schließungsdruck auf Schulen und Kitas – 10 Prozent mehr Kinder bedeuten eben auch 10 Prozent mehr Schüler.

Die Forschung hat bis heute keine eindeutigen Zusammenhänge zwischen Geburtenrate und anderen Faktoren nachweisen können – sicher ist nur, dass es keine monokausalen Zusammenhänge gibt. Offenkundig ist jedoch, dass eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, ein qualitativ

hochwertiges Betreuungssystem sowie positive ökonomische Perspektiven einen wichtigen Beitrag leisten bei der Entscheidung, ob Familien sich für mehr Kinder entscheiden. Und genau diesen Rahmen kann die Gesellschaft, kann Politik, kann jeder einzelne mit beeinflussen.

Lebenschancen verbessern

Zur Familienfreundlichkeit wird immer mehr auch Seniorenfreundlichkeit gehören. Städte wie Weimar – mit erheblichem Zuzug älterer Menschen insbesondere aus den alten Ländern – erheben dies sogar zu ihrem Markenzeichen. Brandenburg hat die Chance, durch Seniorenfreundlichkeit, gepaart mit wunderschöner Natur, zum Zuzugsgebiet von älteren Menschen gerade aus Berlin zu werden.

Zweitens: Neue Frauenpolitik. Frauen werden wichtiger. Nicht nur Unternehmen haben das entdeckt, weil Frauen die berühmten *soft skills* vermeintlich besser als Männer beherrschen. Frauen sind heute mobiler als Männer – vor allem aber sind sie besser ausgebildet. Eine Gesellschaft tut gut daran, Frauen im Land zu halten und ihnen Beschäftigungschancen zu öffnen. Dazu gehört ein umfangreiches Angebot an Kinderbetreuung sowie eine „weibliche Wirtschaftspolitik“ mit familienfreundlichen Arbeitszeiten, flexiblen Kitas und Unterneh-

men, die die Bedürfnisse von Familien und Frauen wirklich ernst nehmen. Brandenburg hat nach Finnland, Dänemark und Schweden die höchste Frauenerwerbsquote³ in Europa. Die Frauen im Land *wollen* arbeiten – sie müssen nur auch die Chance dazu erhalten.

Drittens: Mehr Bildung. Der absehbare Schülerrückgang wird Absolventen in den kommenden Jahren zu einem knappen Gut werden lassen. Mit anderen Worten: Die Unternehmen werden jeden einzelnen der Schüler brauchen. Doch ein Schulabschluss führt nicht zwangsläufig zu mehr Lebenschancen. Qualitätsverbesserungen in Kitas, Schulen und Berufsschulen sind eine unabdingbare Voraussetzung – gerade für Regionen, die es aus demografischer Sicht besonders schwer haben.

Kein Schüler ohne Abschluss

Um Lebenschancen überhaupt nutzen zu können, ist es notwendig, Barrieren beim Zugang zu höherer Bildung vor allem für Kinder aus sozial schwachen Familien einzureißen. Eine kleine Revolution werden wir brauchen, damit in Zukunft die Abbrecherquoten sowohl in der Schule als auch in der Berufsausbildung sinken – und die Quote derjenigen, die die Schule ohne

Abschluss verlassen bei 0 und nicht bei 10 Prozent liegt.

Viertens: Bessere Universitäten. Heute kommen auf 100 Akademiker, die älter als 45 Jahre sind, 125 jüngere – 2050 könnten es nur noch 80 sein. Die Attraktivität von Regionen wird jedoch in Zukunft auch davon abhängen, wie es ihnen gelingt, bestens ausgebildete Menschen anzuziehen – und zu halten. Dabei spielen Universitäten und Forschungseinrichtungen eine ganz entscheidende Rolle.

Unsere Hochschulen müssen mit exzellenten Lehr-, Forschungs- und Studienbedingungen werben können. In Ostdeutschland wird in den kommenden Jahren die Zahl der Abiturienten und damit auch der eigenen Studienanfänger um etwa die Hälfte zurückgehen. Bis dahin muss es gelingen, den Ruf unserer Hochschulen so gut werden zu lassen, dass junge Leute aus anderen Ländern in Brandenburg studieren wollen. Schon heute zeichnen sie sich über weitgehend moderne Infrastruktur und eine relativ hohe Familienfreundlichkeit aus. Besser werden müssen unsere Hochschulen, wenn es darum geht, Absolventen in der Region zu halten. Brandenburg muss zum Zuwandererland für Studenten und Absolventen werden – eine enge Kooperation zwischen den Hochschulen und Unternehmen ist

³ Dabei werden sowohl die Frauen erfasst, die arbeiten, als auch diejenigen, die arbeiten wollen.

dafür eine wichtige Voraussetzung.

Fünftens: Vorsorgende Arbeitsmarktpolitik. Mit etwa 100.000 wird der absehbare Fachkräftebedarf der kommenden Jahre in Brandenburg beziffert, parallel geht jedoch die Zahl der Erwerbsfähigen massiv zurück. Umso wichtiger ist eine strategische Personalplanung in den Unternehmen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schulen und Hochschulen ist deshalb eine der wichtigsten Voraussetzungen, um den Fachkräftebedarf zu decken. Diese kommunikative Leistung wird der wichtigste Bestandteil einer vorsorgenden Arbeitsmarktpolitik sein, die vor allem Orientierung schaffen muss für Lehrer, Eltern, Schüler und Studenten – aber auch für Unternehmer, denn auch deren Nachfolge will geregelt sein.⁴

Sechstens: Mehr Zuwanderung. Ganz ohne Zuwanderung wird es in Zukunft nicht gehen. Doch noch ist das den meisten Brandenburgern nicht bewusst und die ostdeutsche Gesellschaft so schlecht wie kaum eine andere auf eine steigende Zuwanderung vorbereitet. Der Ruf als fremdenfeindliche Region – ob nun berechtigt oder nicht – eilt ihr voraus. Doch Toleranz wird in Zukunft zu einer zentralen Zukunftsresource. Der konsequente Kampf gegen den Rechtsextremismus auf der Straße und die Xenophobie in den Köpfen ist

deshalb unabdingbar, will man gut ausgebildete Menschen von überall her anziehen. Wie nötig das ist, zeigen die ersten Beispiele aus der Uckermark, wo polnische Krankenschwestern oder Ärzte den Mangel in Brandenburg lindern. Die Zuwanderung der Hugenotten im 18. Jahrhundert ist das Beispiel, wie Brandenburg bereits einmal von seiner Toleranz profitiert hat – dieses Beispiel muss wieder Schule machen. Vor allem die Hochschulen könnten zur Basis für eine zunehmende Zuwanderung aus dem In- und Ausland werden.

Chancen nutzen

Siebentes: Rückzugsräume zulassen.

Abwanderung aus wirtschaftsschwachen Regionen ist nicht unbedingt das Problem, sondern Teil der Lösung. Denn Menschen müssen in einer Region leben und arbeiten können – wenn sie das in den Kommunen in der Peripherie nicht mehr können, wandern sie in andere, zukunftsreichere Regionen. Mit dieser „Abstimmung mit den Füßen“ definieren sie aber zugleich, wo die Stärken eines Landes liegen – und wo eben nicht. Umgekehrt heißt das aber auch, dass nicht alle Regionen entwickelt werden können. Gerade ein Land wie Branden-

⁴ Zur Idee einer vorsorgenden Arbeitsmarktpolitik siehe ausführlich: Günter Baaske, Jeder wird gebraucht, in: Berliner Republik, 9. Jg., Heft 1 (2007), S. 67-71

burg – mit so unterschiedlichen räumlichen Gegebenheiten – wird damit leben müssen, dass manche Region zum Rückzugsraum für Natur und Tier wird. Der Nationalpark Unteres Odertal ist ein letztendlich erfolgreiches Beispiel dafür, wie bewirtschaftete Fläche Schritt für Schritt wieder der Natur überlassen wird.

Der Stadtumbau – also der Abriss nicht mehr benötigter Wohnungen und die Neugestaltung von Wohnbezirken – oder die Flutung ehemaliger Tagebaue sind andere Varianten für diesen Weg. Hier werden Wunden geheilt, die die Industrialisierung hinterlassen hat. An diesen Beispielen wird deutlich, dass im demografischen Wandel auch viele Chancen stecken, um Lebensräume zu gestalten.

Der geordnete Rückzug und die kontrollierte Schrumpfung wird in einigen ländlichen Regionen die klassische Wirtschaftsförderung ablösen, ja ablösen müssen. Dabei geht es nicht um *kompletten* Rückzug, sondern um touristisch nutzbare Landschaftsparks, den Anbau nachwachsender Rohstoffe, aber auch um kontrollierte Verwilderung. Es gilt den „Luxus der Leere“ (Wolfgang Kil) zu entdecken.⁵ Das bedeutet aber auch, sich auf dieses Konzept einzulassen und sich nicht wechselseitig Einwohner und Infrastruktur

streitig zu machen – gerade wenn es um Schulen geht, neigen bereits heute Kommunen beim Wettkampf um Schüler zur Kannibalisierung.

Erklären und zupacken

Achtens: Staatlichkeit neu definieren.

Die ohnehin sinkenden Zuweisungen für den Aufbau Ost werden ab 2019 komplett versiegen. Doch die Einnahmen des Landes gehen auch aufgrund der sinkenden Einwohnerzahl zurück. Dieser Rückgang wird nach 2020 anhalten. Wo Zuweisungen zurückgehen, müssen auch öffentliche Aufgaben schrumpfen. Eine Debatte darüber, wo der Staat unabdingbar ist, wo er Schwerpunkte legen muss, um dem Land Zukunftsfähigkeit zu erhalten, ist deshalb unentbehrlich. Dabei sind neue Ideen und neue Instrumente an jeder Stelle willkommen – auch das ein oder andere Experiment wird man dabei eingehen (müssen).

Neuntens: In den Köpfen anfangen.

Demografischer Wandel ist schwierig zu verstehen. Proaktives Handeln muss deshalb durch proaktive Kommunikation begleitet werden. Erklären, erklären, erklären heißt das Gebot der Stunde. Nur wer verstanden hat, dass im Wandel auch Chancen stecken, wird auch selbst mit anpacken.

⁵ Ausführlich siehe dazu: Eva Barlösius und Claudia Neu, Die Wildnis wagen?, in: Berliner Debatte Initial, 12. Jg., Heft 6 (2001), S. 65ff.

In einer Grundstimmung des „Wir schaffen das schon“ lässt sich manches einfacher bewerkstelligen. Und was für das Land im Inneren gilt, ist nach außen nicht falsch. Schnell ist die Rede vom Land, aus dem die Menschen wegziehen, wo nur noch die Alten zu Hause sind. Statt einer Spirale nach unten geht es vielmehr um offensive Kommunikation über Experimente in der Mitte Europas, über ein Labor der Zukunft, wo Probleme angepackt – und Erfahrungen gesammelt werden, die vielen anderen Regionen noch sehr nützlich sein werden.

Zehntens: Solidarität als Grundprinzip. Wandel schafft häufig Verunsicherung. Umso wichtiger ist es, dass – gerade in einem Land wie Brandenburg, wo die räumlichen Differenzen zuneh-

men – Solidarität das handlungsleitende Motiv ist. Kein Mensch darf weniger Chancen haben, nur weil er in einer peripheren Region geboren wurde. Der gleichberechtigte Zugang zu Lebenschancen muss überall gewährleistet sein. In einem älter werdenden Land wird aber auch die Solidarität zwischen den Generationen wichtig sein. 2030 werden 43 Prozent der Brandenburger 60 Jahre und älter sein (unter den Wahlberechtigten wird ihr Anteil bei 50 Prozent liegen). Es wird viel Solidarität erforderlich sein, die Bedürfnisse von Kinder, Jugendlichen, Alten und Hochbetagten unter einen Hut zu bekommen. Eine Gesellschaft mit einer solchen Altersstruktur kennen wir noch nicht – schon deshalb gibt es zum Prinzip der Solidarität keine Alternative. ■

THOMAS KRALINSKI

ist Chefredakteur der Zeitschrift *Perspektive 21* und Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg.

Verwaltung der Zukunft

EINE ZIELVORSTELLUNG ZUR QUADRATUR DES KREISES
VON **TINA FISCHER**

Wie soll die öffentliche Verwaltung 2020 aussehen? Sie wird schneller, transparenter, bürgernäher und strategischer arbeiten. Wir werden eine Verwaltung ohne verschlossene Türen und feste Sprechzeiten haben. Electronic Government macht es möglich. Anträge werden an 365 Tagen im Jahr an 24 Stunden am Tag und von jedem Ort der Welt aus online gestellt – sei es Anspruchstellung auf öffentliche Hilfen, Beantragung von Baugenehmigungen oder Ummeldung von Wohnsitz oder Auto. Virtuelle Helfer, leiten durch die umfassenden Möglichkeiten der Online-Verwaltung, die nach Lebens- und Problemlagen geordnet ist.

Für den Bürger sind Strukturen innerhalb der Verwaltung und Zuständigkeiten weitgehend ohne Belang: Es gibt einheitliche Ansprechpartner im virtuellen Bürgerportal – zum Beispiel als *One-Stop-Shop* in einem Rathaus, als Service-Mobil oder als elektronischer Kiosk im Zeitungsladen an der Ecke –, im Call-Center oder im „realen“ Servicebüro, die ihm das Verfah-

ren und sein Ergebnis erklären und jederzeit über den Stand der Bearbeitung Auskunft geben. Der Ansprechpartner ist für die schnellstmögliche Bearbeitung des Anliegens verantwortlich. Eine Baugenehmigung wird 2020 innerhalb weniger Tage, manchmal Stunden erteilt. Im Berliner Umland werden die Kommunen gezielt mit einer garantierten Bearbeitungsdauer um „Häuslebauer“ werben. Der Bürger bekommt schnell ein verbindliches und verständliches Ergebnis – elektronisch oder in Papierform. Ist er damit unzufrieden, wird ihm gezeigt, wie das Problem anderweitig gelöst werden kann, wenn die Verwaltung die entsprechende Initiative nicht direkt selbst ergreifen konnte.

Schnelle Koordinierung

Schnelligkeit in den Abläufen kommt dem Bürger zugute und ist darüber hinaus ein bedeutsamer Standortfaktor. Daher wird es in Zukunft für eine Verwaltung wichtig sein, ihre Abläufe als Prozessmanagement zu sehen und auch so

zu betreiben. Programme, die mehrere Politikfelder betreffen, werden durch ebenenübergreifende Projektteams entwickelt, koordiniert und evaluiert. Sie basieren auf transparenten Analysen, politischen Entscheidungen und klaren, verbindlichen Zielstellungen. Leistungen und Wirkungen werden gemessen, verglichen und bewertet.

Das Land steuert

Die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen orientiert sich an den Rollen Steuerung und Unterstützung einerseits sowie Leistungserbringung andererseits. Das Land wird zum hochqualifizierten Steuerungszentrum. Es versteht sich als Koordinator und als „Ermöglicher“, indem es für angemessene rechtliche Rahmenbedingungen und Ressourcenausstattung sorgt, aber auch die Effektivität der Leistungserbringung evaluiert und optimiert. Auf eigene operative Leistungserstellung wird weitgehend verzichtet. Gesteuert wird über die Vorgabe von Leistungs- und Wirkungszielen, welche die politischen Prioritäten abbilden.

Der klassische Haushalt wird abgelöst durch Budgets, die an die Erreichung dieser Ziele geknüpft sind. Die Ministerialbürokratie gewährleistet die „Übersetzung“ zwischen politischen Entscheidungen und operativer Aufgabenerfüllung. Sie verfügt über Fachleute, die Überblick haben, nach Al-

ternativen suchen und auf die Einhaltung der Leistungs- und Wirkungsziele achten. Besonderes Augenmerk liegt auf der Antizipation unerwünschter Entwicklungen, entsprechenden Frühwarnsystemen und der Umsetzung von Gegenstrategien. Dabei werden Problemzusammenhänge unabhängig von Zuständigkeiten analysiert. Durch Budgets werden materielle Anreize zur Kooperation der ausführenden Ebenen geschaffen.

Finanziert werden die öffentlichen und auch privaten Leistungserbringer für ihre Ergebnisse bei Einhaltung von Qualitäts- und Servicestandards. Das Parlament prüft, ob Regierung und Verwaltung die politischen Ziele umsetzen und dabei wirtschaftlich arbeiten. Für die operative Leistungserbringung wird in der Regel die kommunale Ebene verantwortlich sein. Schulen – einschließlich der Lehrer – sind dann ebenso in kommunaler Verantwortung wie der öffentliche Waldbesitz oder der Umweltschutz.

Kaum noch Beamte

2020 wird auch die Verwaltung unter einem erheblichen Fachkräftemangel leiden. Daher werden Arbeitszeit, -inhalt und -ort unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten flexibel festgelegt. Das Personal wird ständig weiter qualifiziert, rotiert durch verschiedene Arbeitsbereiche und wird

nach Team- und Einzelleistungen unter Berücksichtigung der entsprechenden Zielvereinbarungen bezahlt – nicht mehr nach Alter. Das Berufsbeamten-tum ist weitgehend abgeschafft: Nur noch Richter, Polizisten und Beschäftigte im unmittelbaren Strafvollzug sind Beamte. Ansonsten gilt das private Arbeitsrecht. Dies wird auch zu entsprechenden Änderungen bei der Vertretung von Personalinteressen führen.

Suche nach Verbesserungen

Hoheitliche Aufgaben werden durch „beliehene“ Arbeit- oder Auftragnehmer ausgeübt. Zehn Prozent der Personalkosten und der Arbeitszeit werden für Qualifizierung aufgewendet. Besonders intensiv wird die Führungskräfteentwicklung betrieben. Die Manager der Verwaltung sollen schließlich über die Fähigkeiten zur Motivation, Kooperation und Evaluation verfügen, Verbesserungsmöglichkeiten identifizieren und die Veränderungen gestalten und organisieren, die nicht als Ausnahme und Risiko, sondern als Regel und Chance zu begreifen sind. Dies geschieht unter Beteiligung der Anspruchs- und Interessengruppen im Umfeld des jeweiligen Verantwortungsbereichs.

Bei Bedarf an spezifischen Qualifikationen erledigt eine Kommune oder eine Serviceagentur Aufgaben für andere mit – gegen entsprechende Kostenerstattung. Die Bearbeitung kann so

durch wenige, hochqualifizierte Spezialisten in Pools erfolgen, so dass nicht jede Verwaltungseinheit die gleichen Baurechtler, Umweltexperten oder Schulevaluatoren vorhalten muss. Diese Einheiten sind professionelle und spezialisierte Dienstleister, die Unterlagen und Sachverhalte prüfen und Entscheidungen vorbereiten. Die Entscheidungen selbst trifft am Ende aber die Kommune oder die verantwortliche Landes- oder Bundesbehörde.

Interne gleichartige Serviceaufgaben wie Buchhaltung, Personalverwaltung oder IT werden ebenso konzentriert und oft auch privatisiert. Denn gemeinnützige und auch gewinnorientierte private Dienstleister werden zunehmend in die Leistungsprozesse integriert.

Der kommunale Finanzausgleich 2020 wird kaum noch mit (Kopf-)Pauschalen, sondern anhand des Umfangs und der Qualität der tatsächlich erbrachten Leistungen, erfolgen. Gemeinden, Städte und Kreise definieren sich dann ohnehin weniger über ihre Verwaltungssitze, sondern begreifen sich als lokale Entscheidungsebene und Gewährleister öffentlicher Dienstleistungen – ohne dabei alle Aufgaben selbst ausführen zu müssen.

Verwaltung ist besser als ihr Ruf

Viele Elemente dieser mittelfristigen Zielvorstellung sind heute irgendwo in der Welt schon Realität – oder werden

es demnächst sein. Man muss diese Vision nicht teilen, kann unterschiedliche Vorstellungen zulassen. Aber vor allem müssen die Betroffenen – in der ersten Linie die Bürger selbst – beteiligt werden. Wer eine moderne Verwaltung will, muss sie aktiv gestalten. Die Verwaltung ist heute schon besser als ihr Ruf. Aber ihr stehen schwierige Zeiten bevor. Die Politik kann es sich nicht erlauben, neue Möglichkeiten und Erfahrungen anderer ungenutzt zu lassen. Denn es ist die Verwaltung, die Politik umsetzt und dafür sorgt, dass sie bei den Menschen ankommt.

Eine derartige Vision ist realisierbar. Das erfordert aber Mut zum Handeln und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Probleme wird es geben, aber sie sind lösbar, wenn man sie wirklich lösen will. Als erster Schritt wäre es

allerdings notwendig, dass sich die Politik stärker mit der Verwaltung beschäftigt – also auch Verwaltungspolitik betreibt. Dann gilt es nach realistischer Bestandsaufnahme entsprechende Strategien zu entwickeln – und auch umzusetzen.

Eine moderne Verwaltung wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Verwaltungsreform ist aber eine Investition, die sich lohnt. Angesichts der demografischen und besonders auch der finanziellen Entwicklung scheint es dazu kaum eine Alternative zu geben. Denn letztlich geht es um nicht weniger als die Handlungsfähigkeit von Staat und Politik. Soll diese nicht gefährdet werden, sind Anpassungs- und Veränderungsbereitschaft keine Optionen, sondern Voraussetzungen. ■

TINA FISCHER

ist SPD-Landtagsabgeordnete und
Vorsitzende des Sonderausschusses zum Abbau von Normen und Standards.

Wissenstransfer für die Märkte der Zukunft

WIE FÜR DIE WIRTSCHAFT NEUE CHANCEN ENTSTEHEN
VON **KLAUS-PETER SCHULZE**

Die Herausforderungen der modernen Wissensgesellschaft machen für die Wirtschaft eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft heute nötiger denn je. Eine wichtige Form der Zusammenarbeit ist der Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft. Ziel ist es, anwendungsorientiertes Wissen in eine ökonomische Verwendung – in neue Produkte und Verfahren – zu überführen. *Know-how*-Geber sind dabei Hochschulen oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, *Know-how*-Nehmer sind Unternehmen. Die Form der Wissensübertragung nimmt dabei sehr unterschiedliche Ausprägungen an. Längst überholt sind Erklärungsmodelle des einseitig gerichteten Wissensübergangs von der Wissenschaft in die Wirtschaft nach dem Motto: Habe Lösung, suche Problem.

Der Wissenstransfer heute ist ein mehrfach verschlungener, zum Teil mit gegenläufigen Phasen behafteter Prozess der Kooperationsfindung, bei dem Nachfrage und Angebot sukzessive aufeinander abgestimmt werden.

Getrieben wird dieser Prozess durch die Notwendigkeit der Unternehmen nach ständiger Innovation, um im Konkurrenzkampf auf den Absatzmärkten bestehen zu können. In diesem Innovationswettbewerb ist das Unternehmen ständig gefordert, mit neuen Produkten oder Verfahren Wettbewerbsvorteile zu erlangen oder diese zu erhalten. Wenn dabei eigene Kapazitäten oder eigenes Vermögen nicht ausreichen, ist die Frage nach externer Wissenszufuhr gestellt: Die Suche nach Partnern aus der Wissenschaft beginnt.

Nichts geht von selbst

Dabei sind Innovationsaktivitäten im marktwirtschaftlichen System zunächst einmal ureigenste Aufgabe der Unternehmen selbst – also auch die Beschaffung externen Wissens. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass Wissenstransfer in der Wirtschaft kein Selbstläufer ist. Er bedarf vielfach der Unterstützung durch die öffentliche Hand – insbesondere in Situationen wirtschaft-

licher Umbrüche und des Marktversagens. So finden wir in allen Bundesländern, nicht nur in Ostdeutschland, verschiedene Modelle der öffentlichen Förderung des Wissenstransfers. In Brandenburg wurde von Anbeginn dem Wissenstransfer eine besondere Bedeutung beigemessen. Dies äußert sich bis heute in den verschiedenen Fördermaßnahmen der Landesregierung, mit dem der Wissenstransfer unterstützt wird. Art und Umfang der Förderung hängen hierbei wesentlich von der Form des Wissenstransfers ab.

Verschiedene Formen

Wissenstransfer tritt in sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen auf. Grundsätzlich lässt sich der Transfer „durch Köpfe“ vom Transfer „durch Informationen“ und „durch Rechte“ unterscheiden. Beim Transfer „durch Köpfe“ geht es um Wissenstransfer durch Personen und um Wissenstransfer durch Existenzgründungen. Der Transfer „durch Informationen“ tritt in Form von Beratungsdienstleistungen sowie Forschungs- und Entwicklungs-Aufträgen (FuE-Aufträge) statt, während der Transfer „durch Rechte“ in Form von Patentverwertungen auftritt.

Die nachfolgenden Darstellungen konzentrieren sich auf den Wissenstransfer aus Hochschulen und die diesbezüglichen Möglichkeiten seiner

staatlichen Förderung. Dabei werden die Möglichkeiten des Landes Brandenburg besonders berücksichtigt.

Job nach dem Studium

Beim Wissenstransfer durch Personen, der „klassischen“ Form des Wissenstransfers, geht es um die Beschäftigung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Unternehmen. Das Unternehmen gewinnt durch die Einstellung die Zufuhr aktuellen *Know-hows*, die Absolventen den Zugang zu einem neuen Arbeitsplatz. Häufig gehen dem Einstellungsprozess Vorlaufkontakte, wie etwa die Durchführung von Praktika oder Diplomarbeiten voraus. Viele Hochschulen organisieren die Kontaktabahnung zwischen Absolventen und Unternehmen durch die Einrichtung spezifischer Plattformen, wie zum Beispiel Diplomarbeitsbörsen oder auch so genannter *Career-Days*.

In vielen deutschen Bundesländern – so auch in Brandenburg – wird diese Form des Wissenstransfers durch Personen öffentlich unterstützt. Bekannt ist insbesondere das Förderprogramm „Innovationsassistent“, mit dem über einen gewissen Zeitraum hinweg die Einstellung junger Hochschulabsolventen bei Unternehmen anteilig finanziert wird. So können etwa in Brandenburg die Personalkosten eines Innovationsassistenten über zwei Jahre

mit bis zu max. 30.000 Euro gefördert werden.

Auch der umgekehrte Weg von der Wirtschaft in die Wissenschaft tritt – wenn auch seltener – auf. Dabei nehmen Beschäftigte aus Unternehmen auf Dauer oder auf Zeit eine Anstellung bei einer wissenschaftlichen Einrichtung an. Die Vorteile für alle Beteiligten liegen auf der Hand. Die Wissenschaftseinrichtung wird mit dem aktuellen Transferbedarf der Wirtschaft konfrontiert, die Wirtschaft kann zielgerichtet FuE-Probleme angehen und im Falle der Lehre ihre Aktivitäten praxisorientiert ausrichten. Leider wird dieser Weg des Personaltransfers zu selten genutzt und auch kaum öffentlich unterstützt.

Bill Gates als Vorbild

Neue Produktideen entstehen häufig im Zuge wissenschaftlicher Lehre und Forschung. Eine Möglichkeit, sie marktwirksam werden zu lassen, sind Existenzgründungen. Schillernde Erfolgsgeschichten junger technologieorientierter Existenzgründer wie Bill Gates oder Hasso Plattner üben eine durchaus gewollte Anreizfunktion aus. Öffentliche Fördermaßnahmen auf Bundes- und Länderebene sind nahezu allgegenwärtig. Welcher Politiker schmückt sich nicht gerne mit dem oder der erfolgreichen Existenzgründer oder Existenzgründerin an seiner Seite. Sicher

ist: Erfolgreiche technologieorientierte Existenzgründungen sind Motor für die Strukturentwicklung einer Volkswirtschaft, sie schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Aber sie sind aufgrund ihres Risikopotenzials auch in besonderem Maße vom Scheitern bedroht. Eine Wurzel dafür liegt regelmäßig in der zu einseitigen Technifizierung des Gründers. Aufgrund der streng disziplinären wissenschaftlichen Ausbildung steht bei vielen technologieorientierten Existenzgründungen die Optimierung der technischen Problemlösung im Vordergrund. Der Blick auf den Markt wird vernachlässigt. Doch der Kunde ist es, der letztlich von der entwickelten technischen Lösung, dem neuen Produkt oder Verfahren überzeugt werden muss. Technik ist in diesem Sinne lediglich Mittel zur Befriedigung von Kundenbedarf. Fragen wie: Wo ist mein Markt, wer ist mein Kunde, wer ist mein Konkurrent oder auch wer finanziert mich, bedürfen daher sorgfältiger Beantwortung, bevor der Schritt in die Selbständigkeit gegangen wird. Auch hier hilft der Staat in vielfacher Weise. In Brandenburg sind für wissensintensive Existenzgründungen spezielle Förderprogramme entwickelt worden. So zum Beispiel das vom Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie mit ESF-Mitteln aufgelegte und von der Zukunftsagentur Brandenburg und der Landesagentur

für Struktur und Arbeit partnerschaftlich durchgeführte Förderprogramm „Innovationen brauchen Mut“. Hierbei stehen ausgewählte Coaches dem Existenzgründer in der Anlaufphase kostenlos mit Rat und Tat zur Seite.

Beratend zur Seite stehen

Beratungsdienstleistungen der Wissenschaft für die Wirtschaft erstrecken sich auf nahezu alle betrieblichen Funktionen. Angefangen von kaufmännischen Fragestellungen über organisatorische Probleme bis hin zu rein technischen Lösungsangeboten. Derartigen Beratungsleistungen liegt regelmäßig eine vertragliche Beziehung im Sinne eines Werk- oder Dienstvertrages zugrunde, in dem Art, Umfang, Leistungstermine und Kosten vereinbart sind. Die Vorteile für das Unternehmen als Leistungsempfänger liegen in der wissenschaftlichen fundierten Beratungsleistung und dem regelmäßig relativ günstigen Leistungspreis. Die Vorteile für die beteiligten Wissenschaftler liegen in der Orientierungsfunktion für die eigene Forschung und Lehre und dem damit verbundenen Drittmittelaufkommen. Nicht unüblich ist auch auf wissenschaftlicher Seite die Bildung von Beratungspools, in denen auch wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten höheren Semesters mitwirken. Der Wissenschaftler hat dann zusätzlich die Aufgabe, für die notwendige Qualitätskontrolle Sorge zu tragen.

Auch für den Wissenstransfer durch Beratungsdienstleistungen stehen Unterstützungsangebote der öffentlichen Hand zur Verfügung. In Brandenburg reichen sie von der Förderung hochschulspezifischer, so genannter Transferstellen bis hin zur anteiligen finanziellen Unterstützung des Beratungsvertrages. Vielfach bildet diese Form des Wissenstransfers die Vorstufe für den Wissenstransfer durch FuE-Aufträge.

Exklusive Forschung

Reichen die eigenen FuE-Kapazitäten eines Unternehmens zur Problemlösung nicht aus, kann die Auslagerung auf eine geeignete Wissenschaftseinrichtung eine Alternative sein. Die inhaltliche Breite der FuE-Aufträge reicht von der Lösung technischer Detailfragen, der Erforschung grundlegender anwendungsbezogener Zusammenhänge bis hin zur Entwicklung ganzer Pilotanlagen. Grundlage für diese Form des Wissenstransfers ist eine besondere Vertrauensbasis in die Leistungskraft und auch Verschwiegenheit des Wissenschaftspartners. Denn hier ist die Lösung des rein technischen FuE-Problems regelmäßig verbunden mit der gleichzeitigen Offenlegung zukünftiger Entwicklungsvorstellungen und Markterwartungen des Unternehmens. Deshalb wird eine solche Kooperation insbesondere von Unternehmensseite besonders sorgfältig

tig vorbereitet und begleitet. Dieser Exklusivitätsbedarf der Wirtschaft konfiguriert nicht selten mit dem wissenschaftlichen Publizitätsanspruch. Wird dieser Konflikt erfolgreich gelöst, können dadurch dauerhafte Transferbeziehungen entstehen, die auch mit positiven Effekten für die anderen Formen des Wissenstransfers einhergehen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind hier aufgrund ihrer relativ geringen Marktstärke besonders vorsichtig.

Staatlicherseits wird eine solche Form des Wissenstransfers in besonderem Maße gefördert. Ein Beispiel ist die kürzlich von der Bundesregierung eingeführte so genannte Forschungsprämie, die wissenschaftliche Organisationen bei der Zusammenarbeit mit Unternehmen finanziell belohnt. Darüber hinaus gibt es in den meisten Bundesländern weitere Programme, die mittelbar oder unmittelbar den Wissenstransfer durch FuE-Aufträge unterstützen. So wird etwa in Brandenburg die Einbeziehung von FuE-Aufträgen bei der unternehmensbezogenen Innovationsförderung besonders berücksichtigt.

Neue Chancen durch Patente

Eine relativ neue Form des Wissenstransfers aus Hochschulen ist die Vergabe von Schutzrechten, so zum Beispiel von Patenten oder Lizenzen an Unter-

nehmen. Diese Transferform wurde durch das neue Arbeitnehmererfindergesetz im Jahr 2002 möglich, nachdem die Hochschulen Eigentümer der Schutzrechte der Erfindungen ihrer Hochschullehrer werden können. Dies war den Hochschulen bis dato durch das „Hochschullehrerprivileg“ verwehrt, das jetzt abgeschafft ist. Nunmehr sind Hochschulen in der Lage, mit dem in Schutzrechten inkorporierten Wissen zu handeln. Denkbar und praktiziert werden dabei Patentverkäufe, Lizenzvergaben aber auch Existenzgründungen mit bewerteten Schutzrechten als Kapitaleinlage. Für die Hochschulen ergibt sich daraus die Möglichkeit, Finanzierungsbeiträge zu generieren, dem Unternehmen eröffnen sich neue Chancen der Verfügbarkeit geschützten Wissens.

Um die Einführung dieser modernen Form des Wissenstransfers für die Hochschulen zu erleichtern, wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Einrichtung von Patentverwertungsagenturen gefördert. Zurzeit gibt es davon in jedem Bundesland mindestens eine. Ihre Aufgabe ist es, die Hochschulen bei der Verwertung ihrer Schutzrechte zu unterstützen. Je nach Ausgestaltung des Aufgabenumfanges reichen die Aktivitäten von der Akquisition geeigneter Unternehmensinteressen über die Verhandlung der Vergabekonditionen bis hin zum Abschluss der Verträge im Namen der Hochschule. Die Patentver-

wertungsagenturen selber sind in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert. Diese reichen von einer eigenständigen Gesellschaft bis hin zu un Selbstständigen Einheiten größerer Organisationen. In Brandenburg wird die Patentwertung durch die Organisationseinheit *brainshell* in der ZukunftsAgentur Brandenburg im Auftrag aller Hochschulen durchgeführt. Neben der Bundesförderung wird das Brandenburger Modell auch durch Förderungen von Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium unterstützt.

Hilfe für den Mittelstand

Wissenstransfer zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft findet in verschiedenen Formen und Intensitäten statt. Er ist aus einer zukunftsorientierten Wirtschaft heute nicht mehr wegzu-denken. Allerdings ist Wissenstransfer im marktwirtschaftlichen System kein Selbstläufer. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen bedürfen hierbei staatlicher Hilfestellung. Verschiedene nationale und regionale Modelle der Förderung haben sich in Deutschland etabliert. Erfolgreiche Modelle des Wissenstransfers zeichnen sich dadurch aus, dass sie den jeweiligen regionalen Wissenschafts- und Wirtschaftsstrukturen angepasst sind, stabile Förderbedingungen aufweisen und auf Anreizmechanismen gegenüber der Wissenschaft setzen.

Brandenburg hat – von Ausnahmen abgesehen – eine kleinstrukturierte

Wirtschaft, mit all ihren bekannten Nachteilen. Dem Aufbau eines tragfähigen Mittelstandes kommt daher eine Schlüsselrolle zu. Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft kann hier helfen, strukturbedingte Nachteile zu überwinden. Je nach Bedarf kommen hierbei die unterschiedlichen Formen des Wissenstransfers in Betracht.

Erfolgreicher Wissenstransfer bedarf stabiler Rahmenbedingungen. Systembrüche, periodenunsichere Förderbedingungen, unklare Zukunftsaussichten lähmen den Transferprozess. Noch so überzeugende Transfermodelle verlieren an Wirkung, wenn die Kontinuität des Transferprozesses unterbrochen wird. Erfolgreicher Wissenstransfer braucht daher klare, verlässliche und konsensuale Rahmenbedingungen, auf die sich Wissenschaft und Wirtschaft einstellen können.

Nutzen für alle

Die Frage, ob wissenschaftliches Know-how eine Bringschuld der Wissenschaft oder eine Holschuld der Wirtschaft ist, hat rein akademischen Charakter. Entscheidend ist, dass das Wissen den Weg in den Markt findet. Hierzu bedarf es geeigneter Anreizmechanismen, die den Transfer für beide Seiten attraktiv machen. Technologietransfer muss sich „lohnen“ – auch für die Partner aus der Wissenschaft. Zusätzlich zur notwendigen „Grundfinanzierung“ im transferre-

levanten Wissenschaftsbereich sollte ein deutlicher Leistungsanreiz bei erfolgreichen Transferprozessen nicht nur für die Wissenschaftseinrichtung, sondern auch für die beteiligte Wirtschaft spürbar sein. Die kürzlich von der Bundesregierung lediglich für Wissenschaftseinrichtungen entwickelte „Forschungsprämie“ sollte daher auf ihre Ausdehnung in den Wirtschaftsbereich hinein überprüft werden.

Kein Land kann es sich heute leisten, die transferrelevanten Wissenschaftsressourcen zu vernachlässigen. Ihre Nutzung liegt nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern gleichermaßen im Interesse der Wissenschaft. Wissenstransfer bietet der Wissenschaft Praxisorientierung, Anregungen für neue Forschungsfelder und Finanzierungspotenziale. Erfolgreicher Wissenstransfer nutzt beiden: der Wissenschaft und der Wirtschaft. ■

Das Debattenmagazin

Wieviel Einspruch verträgt der Mainstream? Heute regieren die 68er – aber was kommt, wenn sie fertig haben? Die Berliner Republik ist der Ort für eine neue politische Generation: undogmatisch, pragmatisch, progressiv. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.



Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich

www.b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint alle zwei Monate. Sie ist zum Preis von 5,- EUR inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen:

Jahresabo 30,- EUR; Studentenjahresabo 25,- EUR

Jetzt Probeheft bestellen: Telefon 0 30/2 55 94-130,
Telefax 0 30/2 55 94-199, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Seit 1997 erscheint

„perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben, können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage www.perspektive21.de als pdf-Datei herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden sie uns bitte eine E-Mail an perspektive-21@spd.de.

Zur Zeit sind folgende Titel lieferbar:

- Heft 17 Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?
- Heft 18 Der Osten und die Berliner Republik
- Heft 19 Trampolin oder Hängematte? Die Modernisierung des Sozialstaates.
- Heft 20 Der Letzte macht das Licht aus?!
- Heft 21/22 Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn?
- Heft 23 Kinder? Kinder!
- Heft 24 Von Finnland lernen?!
- Heft 25 Erneuerung aus eigener Kraft
- Heft 26 Ohne Moos nix los?
- Heft 27 Was nun, Deutschland?
- Heft 28 Die neue SPD
- Heft 29 Zukunft: Wissen.
- Heft 30 Chancen für Regionen
- Heft 31 Investitionen in Köpfe
- Heft 32 Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert
- Heft 33 Der Vorsorgende Sozialstaat